




25. Heft | 12. Dezember 1912

HUGO LINDEMANN · DIE WÜRTTEMBERGISCHEN LANDTAGSWAHLEN 1912 UND IHRE LEHREN

 M 29. November sind in Württemberg die Nachwahlen den Hauptwahlen vom 16. gefolgt. Es stehen nunmehr nur noch die Proportionalwahlen aus, durch die 17 Abgeordnete in 2 Kreisen für das ganze Land zu wählen sind. Sie werden aber keine Überraschungen mehr bringen, da sich ihr Ergebnis auf Grund der Wahlen, die ihnen vorausgingen, mit annähernder Sicherheit bestimmen läßt. Es kann daher schon jetzt eine Würdigung des Wahlergebnisses erfolgen, das zahlenmäßig so aussieht: Es wurden gewählt in der Haupt- und Nachwahl von der Sozialdemokratie 13 (früher 12), von der *Deutschen Partei* (den Nationalliberalen) 9 (10), von der fortschrittlichen Volkspartei 15 (19), von den Konservativen und dem *Bund der Landwirte* 17 (12), vom Zentrum 21 (21).

Das Zentrum hat also die Zahl seiner Mandate unverändert erhalten: einem Gewinn in Neckarsulm vom *Bund der Landwirte* steht ein Verlust in Geislingen an die *Deutsche Partei* gegenüber. Es hat sich gezeigt, daß mit ganz geringen Ausnahmen der Besitzstand des Zentrums absolut sicher ist, und daß alle Versuche in die Zentrumsdomänen Oberschwabens einzudringen bisher gänzlich erfolglos gewesen sind. Wurden doch schon im 1. Wahlgang nicht weniger als 19 Zentrumsmandate besetzt. Die Stimmenzahlen, die in diesen 19 Bezirken auf andere Parteien entfielen, sind meist ganz unbedeutend; nur in Aalen, Rottenburg, Rottweil fallen die gegnerischen Stimmen überhaupt ins Gewicht. Auch die Erscheinung, daß in einigen Bezirken gegen den offiziellen Kandidaten der Parteileitung Kandidaten auf eigene Faust auftraten, darf nicht als ein Zeichen beginnender Zersetzung oder Rebellion in den Reihen der Zentrumswähler gedeutet werden. Es handelt sich dabei um durchaus lokale Vorgänge. Übrigens hat nur in einem Fall der nichtoffizielle Kandidat einen Erfolg erzielt; es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß er in Gnaden in die Zentrumsfraktion aufgenommen werden wird. Die Kandidatenaufstellung, bei der sich das Zentrum ausschließlich von dem Gedanken leiten ließ weniger arbeitsfähige Vertreter auszuschalten und durch tüchtige Kräfte zu ersetzen, mag hier und da in den Zentrumskreisen mancherlei Unmut erweckt haben. Auf jeden Fall aber kann das Zentrum nunmehr auf eine leistungsfähigere Fraktion sich stützen. Angesichts der Kämpfe, die der kommende Landtag bringen wird, darf dieser Vorgang nicht unterschätzt werden. Die Wahl hat, wie bereits die des vorigen Landtags, gezeigt, daß das Zentrum, was die Zahl der Mandate angeht, wohl seinen Höhepunkt erreicht hat. Der einzige Bezirk, in dem eine starke Zentrumsminorität vorhanden ist, ist der Bezirk Künzelsau,

wo der Zentrumskandidat 2542 Stimmen, sein Gegner, ein Bauernbündler, 2694 Stimmen von im ganzen 6214 Wahlberechtigten erhielten. Dabei war der Sieg des Bündlers nur dadurch möglich geworden, daß alle übrigen Parteien ihre Wähler dem Bauernbündler zuführten, nur um die Wahl des Zentrumsmanns zu verhindern. Auch in Stuttgart kann eins der 6 Mandate in Zukunft einmal, wie schon im Jahr 1906, dem Zentrum zufallen. Damit sind aber die Expansionsmöglichkeiten des Zentrums in der Hauptsache erschöpft.

Bei dieser Sachlage, die wesentlich von den Verhältnissen in Bayern und Baden abweicht, wäre das Zentrum dauernd verdammt in der Minorität zu bleiben und würde nur eines stets beschränkten Einflusses sich erfreuen können, wenn es nicht verstanden hätte sich in dem Bauernbund eine immer getreue und willfähige Hilfstruppe planmäßig heranzuziehen. Der Bauernbund, der durch die Wahlen des Jahres 1906 mit 15 Mandaten in den Landtag einzog, hat dort nach einigen wenigen Anläufen zu politischer Selbständigkeit sich sehr bald ganz in die geistige Führung des Zentrums begeben, zu dem ihn der von ihm betonte Grundsatz der Stärkung kirchlicher und staatlicher Autorität, seine zünftlerische Mittelstandspolitik an und für sich schon führen. Mit ganz wenigen Ausnahmen (von ihnen sei besonders die Zustimmung des Bauernbundes zur Volksschulnovelle deshalb hier erwähnt, weil trotz dieser Zustimmung die höhere Belastung der Gemeinden mit Schulkosten, die dieses neue Gesetz brachte, dazu dienen mußte den größten Teil des Aufwands der bündlerischen Agitation zu bestreiten) haben Bauernbund und Zentrum gleichmäßig gestimmt. Das Zusammenarbeiten der beiden Parteien im Reichstag hat sich im württembergischen Landtage wiederholt. Dieser Vorgang beweist, wie stark andere Momente neben den wirtschaftlichen Verhältnissen sich geltend machen und die Politik ganzer Klassen bestimmen können, da die richtig verstandenen wirtschaftlichen Bedürfnisse der für den Bauernbund stimmenden Bevölkerungsteile (Kleinbauernschaft und Kleinhandwerkertum) sicherlich im Gegensatz zu den von ihm vertretenen großagrarisches Interessen stehen. Das geschilderte Zusammenwirken der beiden Parteien wurde in den Landtagswahlen sorgfältig vorbereitet fortgesetzt. Auch hier wiederholte das württembergische Zentrum die Wahlpolitik, die das Zentrum im Reich bei den letzten Reichstagswahlen eingeschlagen hatte. Überall da, wo es für eine eigene Kandidatur keine Aussicht hatte, stimmte es gleich im 1. Wahlgang für den mit ihm verbündeten Bauernbündler (Konservativen). Die Wirkungen dieser Unterstützung zeigten sich in dem Anwachsen der Mandate des Bauernbundes bereits bei der Hauptwahl. Dieser erzielte in der Hauptwahl 11 Sitze, darunter 1 Mandat in Stuttgart. Bei der Nachwahl erhielt er noch 6 Mandate, so daß er also mit 17 gegen 12 bei Schluß und gegen 11 bei Beginn des letzten Landtags abschloß. Der Handel zwischen Zentrum und Bauernbund zeigte sich besonders klar in dem Bezirk Neckarsulm, den das Zentrum für sich in Anspruch nahm und der ihm auch bereitwillig vom Bauernbund konzidiert wurde, obschon er früherer Besitz des Bauernbundes war. Der frühere bauernbündlerische Vertreter, der Reichstagsabgeordnete Vogt, verzichtete auf eine Wiederkandidatur und siedelte in den benachbarten Bezirk Weinsberg über, wo er für den Verzicht auf Neckarsulm Entschädigung fand. Der Entschluß der Volkspartei im 2. Wahlgang in Neckarsulm den Bauernbündler gegen das Zentrum zu unterstützen fand daher auch durchaus keine freundliche Aufnahme bei dem Bauernbund, da sich infolgedessen möglicherweise ein anderes als das mit dem Zentrum abgeredete Resultat ergeben konnte.

In Geislingen, wo ein Zentrumsmandat gegen Nationalliberale und gegen die Sozialdemokratie verteidigt werden mußte, haben die Bündler ihre ganze Agitationsmaschinerie in den Dienst des Zentrums gestellt.

Es wäre aber falsch, das Anwachsen des Bauernbundes ausschließlich der Unterstützung durch das Zentrum zuzuschreiben. Zum größern Teil hat es andere tiefer liegende Ursachen. Ebenso falsch wäre es auch nun in dem Wahlsieg des Bauernbundes einen Ruck der Wählerschaft nach rechts zu erblicken. Er bedeutet vielmehr nur eine Offenlegung von politischen Verhältnissen, die bisher schon, jedoch verdeckt, bestanden hatten. Um dies klar zu machen, müssen wir uns die Parteien ansehen, denen der Bauernbund die Mandate abgewann. Er gewann in der Hauptwahl 1 Mandat von der Volkspartei, das diese in einer Nachwahl des vorigen Landtags dem Bauernbund abgenommen hatte, außerdem 2 Mandate von den Nationalliberalen. In der Nachwahl gingen 2 Mandate der Volkspartei und weitere 2 den Nationalliberalen verloren, also im ganzen den beiden liberalen Parteien 4 und 3 Mandate. Es handelt sich hier durchweg um Bezirke, in denen die Landwirtschaft teils gänzlich dominiert teils immer noch vor der Industrie voransteht. Die Nationalliberalen, die bisher als Abgeordnete für diese Bezirke im Landtag saßen, verdankten ihre Mandate nur dem Umstand, daß die Bündler ihnen früher keine eigenen Kandidaten gegenübergestellt hatten, teils weil der nationalliberale Vertreter gleichzeitig Mitglied des Bauernbundes war, (wie in Hall) teils aus mehr persönlichen Gründen (wie in Brackenheim), wo der frühere Generaldirektor der württembergischen Staatseisenbahnen viele Jahre lang den Sitz für die *Deutsche Partei* inne hatte. Die Mehrzahl dieser Abgeordneten hat bei den Abstimmungen in der letzten Landtagsperiode sich sehr häufig, besonders überall da, wo es sich um die Vertretung landwirtschaftlicher Interessen handelte, von ihren Parteien getrennt und mit der Rechten gestimmt, oder doch sich der Abstimmung enthalten oder entzogen. Der Besitz dieser Mandate war also in vielen Fällen nur ein nomineller. Tatsächlich bedeutet also die Verschiebung des Stimmverhältnisses bei der Mehrheitsbildung in einer ganzen Reihe sehr wichtiger Fragen keine wesentliche Abänderung der früheren Machtverhältnisse. In einer Reihe anderer Fragen dagegen wird sich die Schwächung der liberalen Parteien geltend machen, da auch die bündlerisch gesinnten früheren Mitglieder in gewissem Umfang unter dem Einfluß und der Disziplin ihrer Parteien standen. Immerhin war in der praktischen Arbeit des Landtags ein solcher Nationalliberaler oder Volksparteiler einem reinen Bündler vorzuziehen, wenn auch zur wirklichen Erkenntnis der politischen Verhältnisse eine klare Scheidung der Parteien einfacher ist. Jedenfalls rächt sich an den beiden liberalen Parteien die Nachgiebigkeit gegenüber der bündlerischen Agitation. Dies gilt namentlich für die nationalliberale Partei. Diese hat den Bauernbund so lange gehätschelt und mit ihm paktiert, bis er sich stark genug fühlte seinem Protektor die Mandate abzunehmen. Die Verluste der Volkspartei an den Bauernbund haben eine doppelte Ursache. Einmal die Unterlassung ständiger Organisations- und Agitationsarbeit in diesen ländlichen Bezirken, die um so notwendiger gewesen wäre, als der Bauernbund auf diesen beiden Gebieten unermüdlich tätig ist, und dann die Änderung des bisherigen Charakters der Volkspartei, namentlich auch in den für ihre Leitung bestimmenden Kreisen. Es ist kein Zweifel, daß trotz allen Abstreitens der volksparteilichen Presse in den letzten Jahren großkapitalistische Einflüsse sich in der Leitung der Partei

überwiegend geltend gemacht haben. Die Partei hat ihren frühern kleinbürgerlichen Charakter weithin abgelegt. Damit verlor sie an Anziehungskraft gerade für die Elemente, unter denen der Bauernbund seine Hauptwerbearbeit treibt. Sicher hätte eine energische demokratische Politik, vor allem auf dem Gebiet des Steuerwesens, der Volkspartei die schwindenden Sympathieen wiedergewinnen und ihre Position bei den Wahlen wesentlich bessern können.

Die starke Schwächung der Volkspartei kam nicht überraschend. Schon im Jahr 1906 gelang es ihr nur durch die Wahlhilfe der sozialdemokratischen Partei im 2. Wahlgang die frühere Position annähernd zu behaupten. Von einer einheitlichen Zusammensetzung der Fraktion war aber keine Rede. Bei den wichtigsten Fragen, zum Beispiel auf den Gebieten des Volksschulwesens, der Volksgesundheitspflege usw., fiel die Partei regelmäßig auseinander. Am schlimmsten zeigte sich dies bei dem Oberamtsarztgesetz, dessen Beratungen die letzten Wochen des vorigen Landtags ausfüllten. Zu dieser Zerfahrenheit der Partei kam, daß von ihrer Führung der Charakter der Regierungspartei häufig in geradezu prononcierter Weise betont wurde, und daß dem Regierungsstandpunkt, zum Beispiel auch wiederum auf dem Gebiet des Steuerwesens, Konzessionen gemacht wurden, die in den Kreisen der kleinbürgerlichen Anhänger tiefe Mißstimmung hervorrufen mußten. Es sei hierbei außerdem auf die Haltung der Führer in Sachen der Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft hingewiesen, die im württembergischen Volk als gänzlich überflüssig gilt und mit großem Mißtrauen betrachtet wird. Ohne Zweifel hat sich bei den Wahlen an der Volkspartei auch die innere Unwahrhaftigkeit unseres halbparlamentarischen Regierungssystems gerächt. Sie hat als Partei die ministerielle Politik oft unter Verzicht auf ihre eigenen Grundsätze vertreten und dafür das Odium geerntet, das sich an einen großen Teil der Regierungsmaßregeln knüpfte, ohne daß sie außer der ihr von den anderen Parteien und dem Volk zugewälzten Verantwortlichkeit, wie das in wirklich parlamentarisch regierten Ländern der Fall ist, auch die Initiative und die Bestimmung über die dem Landtag vorzulegenden Gesetzentwürfe gehabt hätte, von der eigentlichen Verwaltung ganz zu schweigen.

Über die Verluste der Nationalliberalen habe ich bereits gesprochen. Diese schweren Verluste werden zum Teil durch 3 Gewinne ausgeglichen, die sie auf Kosten der Sozialdemokratie gemacht haben. Dazu kommt 1 Mandat, das ihnen die Volkspartei bei dem Wahlabkommen abgetreten hat, und 1 Mandat, das in der Nachwahl dem Zentrum abgenommen wurde. Von den Verlusten der Sozialdemokratie sind 2 auf das Konto der inneren Streitigkeiten zu setzen, Welzheim und Göppingen. Der andere Sitz, Neuenburg, war ihr bei der vorigen Nachwahl nur durch einen Konflikt zwischen den Nationalliberalen und der Volkspartei zugefallen. Die Behauptung des Mandats gegenüber den diesmal gemeinsam vorgehenden Parteien war von vornherein sehr unwahrscheinlich. Anders lagen die Verhältnisse in den beiden anderen Bezirken. Welzheim hätte wahrscheinlich behauptet werden können, wenn nicht eine Reihe ärgerlicher Vorgänge Mißstimmung in den Reihen der Wählerschaft gegen den damaligen Abgeordneten, Kinkel, verbreitet hätten. Zweifellos hat die widerliche Polemik, die sich in der *Göppinger Freien Volkszeitung* an einen politisch gänzlich bedeutungslosen Höflichkeitsakt des damaligen Abgeordneten angeschlossen, und sein eigenes Verhalten bei dieser Polemik ihm die Sympathieen weiter Kreise entfremdet. Dazu kam, daß er später, ohne jede Fühlungnahme mit der Organisation des Wahlbezirks, diesen einfach im Stich ließ, um in Göppingen

zu kandidieren. Die Wirkungen dieser Handlungen und Vorgänge wie nicht minder der Eindruck, den die hyperradikale Göppinger *Freie Volkszeitung* mit ihren exaltierten Revolutionsartikeln und ihrer jedes Maß vermissen lassenden Sprache auf die Wähler dieses im wesentlichen ländlichen Bezirks machte, zeigen sich nicht nur im Verlust des Mandats, das im 1. Wahlgang an den frühern nationalliberalen Vertreter verloren ging, sondern auch in dem starken Stimmenrückgang, der trotz aller Arbeit des neuen Kandidaten nicht aufgehalten werden konnte. Viel empfindlicher noch als der Verlust des Welzheimer Mandats ist der Verlust in Göppingen. Zur Eroberung dieses Mandats im 1. Wahlgang hatten im Jahr 1906 nur wenige Stimmen gefehlt. Auch bei den Reichstagswahlen der Jahre 1907 und 1911 hatte der Bezirk große, stets wachsende Mehrheiten für den sozialdemokratischen Kandidaten aufgebracht, obschon die Parteigenossenschaft des Bezirks innerlich schon damals zerrissen war, und die einander befehdenden Teile ihre Streitigkeiten mit aller Schärfe austrugen. Durch die Entfernung des frühern Abgeordneten, des Schreibers dieser Zeilen, und durch die Aufstellung des frühern Welzheimer Abgeordneten Kinkel, der an der Spitze des Göppinger *Radikalismus* steht, zum Kandidaten für Göppingen wurden die Gegensätze aufs äußerste verschärft. Wohl wurde Kinkel durch den ungünstigen Ausgang eines Beleidigungsprozesses gezwungen die Kandidatur niederzulegen, aber weder seine Entfernung noch die Aufstellung eines andern, an den Streitigkeiten unbeteiligten Kandidaten konnte den verfahrenen Karren wieder ins Geleise bringen. Mit dem Verlust von 2 Mandaten mußte die württembergische Partei für die größtenteils auf persönliche Gegensätze und persönliche Ambitionen zurückzuführenden, gänzlich ausgearteten Parteistreitigkeiten bezahlen. Sicherlich haben diese ihre schädliche Wirkung auch über den Göppinger Bezirk hinaus ebenso ausgeübt wie die bekannten, in der gleichen Weise zu qualifizierenden Parteistreitigkeiten in Stuttgart. Ohne diese Vorgänge, die von den Gegnern begreiflicher Weise gründlich ausgenutzt wurden, hätte sich die Sozialdemokratie in Württemberg bei den Wahlen in einer geradezu glänzenden Position befunden. Das Ansehen, das sich die Landtagsfraktion durch ihre unermüdliche und erfolgreiche positive Mitarbeit weit über die Kreise der Partei hinaus erworben hatte, die politische Entwicklung der letzten 6 Jahre mit der deutlichen Rechtsentwicklung der Volkspartei, die Steuerreformen der Jahre 1909 und 1911, alles trug dazu bei die Wahlaussichten der Partei zu verbessern. Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß die Ausnutzung dieser günstigen Umstände in unverantwortlicher Weise durch Teile der Partei selbst behindert, ja geradezu unmöglich gemacht wurde. Es ist ein großes Kapital moralischen Ansehens dabei zugrunde gegangen. Trotz aller dieser widrigen Umstände gelang es im 1. Wahlgang 10 Mandate zu erringen, während allerdings der 2. Wahlgang nur noch weitere 3 brachte.

Gleich zu Anfang der Wahlbewegung hatte der volksparteiliche Führer von Payer in einer, seinerzeit viel beachteten Rede die Bildung eines Großblocks bei den kommenden Wahlen für Württemberg für überflüssig erklärt, da eine Mehrheit aus Zentrum und Bauernbund ihm gänzlich ausgeschlossen erschien. Dagegen setzte er sich mit seinem ganzen Einfluß dafür ein das bei den letzten Reichstagswahlen zwischen der Volkspartei und den Nationalliberalen geschlossene Bündnis auch auf die Landtagswahlen auszudehnen. So erhielten denn die Wahlen dieses Jahres ihre Signatur durch den Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien, die sich noch bei den vorigen Landtagswahlen aufs

bitterste bekämpft hatten. Der Kampf der beiden liberalen Parteien richtete sich aber zum mindesten ebenso sehr gegen die Sozialdemokratie wie gegen die Rechtsparteien. In einer ganzen Reihe von Bezirken wurde er gegen jene so geführt, als ob es überhaupt keine Bauernbündler gäbe, und als ob die Solidarität der bürgerlichen Parteien unbedingt bei den Nachwahlen proklamiert werden würde. Daß eine solche Kampfweise, die dann auch von der Sozialdemokratie erwidert wurde, ein Zusammengehen bei den Nachwahlen nicht erleichterte, mußte jedem Einsichtigen klar sein. Bei etwas richtigerer Einschätzung der Wahlaussichten, wie sie der Sprecher der württembergischen Sozialdemokratie auf ihrer Heilbronner Landesversammlung, der Abgeordnete Keil, bei der Volkspartei und bei einem Teil der Sozialdemokratie leider tauben Ohren predigte, hätten Volkspartei und Sozialdemokratie, mit deren gegenseitiger Unterstützung im 2. Wahlgang jedermann in beiden Lagern rechnete, auch schon im Wahlkampf vor der Hauptwahl diese zukünftig notwendige Kooperation nicht aus den Augen verlieren dürfen. Als dann die Notwendigkeit wirklich eintrat und es zwischen den beiden Parteien zu einer Verabredung zwecks gegenseitiger Unterstützung kam, konnte diese bei den beiden Wählerschaften nicht ihre volle Wirkung tun. Dazu war die Verärgerung an manchen Orten zu groß. Weder die volksparteilichen noch die sozialdemokratischen Wähler sind überall der Parole ihrer Leitungen in vollem Umfang gefolgt, obschon natürlich die Disziplin bei den unsrigen bedeutend stärker war. Nichts aber wäre törichter als sich die Erkenntnis der Tatsachen mit dem Schlagwort des bürgerlichen *Klasseninstinkts* zu verbauen, mit dem man in einer Stuttgarter Parteiversammlung die Sache abzumachen suchte. Bei einer Verständigung zwischen den Parteien schon vor dem 1. Wahlgang wäre es zweifellos möglich gewesen eine Reihe von Mandaten für die Linke zu behaupten, die jetzt verloren sind. Der Besitz der Mandate aber entscheidet über die Politik, die in den nächsten 6 Jahren im Landtag gemacht wird, und nicht die Stimmenzahlen, mögen diese noch so schöne Prozentziffern des Zuwachses aufweisen. Auch den volksparteilichen Führern ist nunmehr, nachdem das Unglück geschehen, die Erkenntnis gekommen, daß auch in Württemberg das Bedürfnis für einen Großblock besteht, wenn man das Land nicht der klerikal-konservativen Reaktion ausliefern will.

Zu einem Großblock bedarf es aber auch der Nationalliberalen, die bisher jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie abgelehnt haben. Sie haben dadurch zu ihrem Teil dazu beigetragen, daß die Position der Rechten gegen früher so bedeutend verstärkt worden ist. Mag auch ihr rechtsstehender Flügel in dem Anwachsen der bauernbündlerischen Vertretung im Landtag von seinem Standpunkt aus keinen Nachteil erblicken, soweit es sich um die stärkere Betonung einer konservativen Politik handelt (denn diese Nationalliberalen scheidet von den Konservativen nur der Name), so hat doch auch er kein Interesse daran bei der Etablierung einer Zentrums Herrschaft behilflich zu sein. So braucht man noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß die Logik der Tatsachen auch der nationalliberalen Partei Verständnis für einen kommenden Großblock zur Verteidigung eines recht gemäßigten liberalen, aber doch immerhin liberalen Fortschritts einpauken wird. Anzeichen dafür haben sich bereits bei dem 2. Wahlgang gezeigt. Die Sorge um einige bedrohte Mandate hat sie zu Verhandlungen mit der Sozialdemokratie geführt, wenn sie auch nicht in einem förmlichen Abkommen ihren Abschluß fanden. Und wäre nicht

bei dem 1. Wahlgang eine Anzahl nationalliberaler Mandate gleich im ersten Ansturm von den Bündlern genommen worden, so wäre es vielleicht schon diesmal zu einer bindenden Verabredung gekommen.

So schließen sich also die Landtagswahlen Württembergs in gewissem Sinn ein in die Reihe der Abwehrkämpfe, wie sie in den letzten Jahren in den süddeutschen Staaten von den Liberalen und der Sozialdemokratie gemeinsam gegen die bedrohlich gestiegene Macht des stets reaktionärer werdenden Zentrums und seiner konservativ-bauernbündlerischen Hilfstruppen geführt wurden.

XX
**PAUL KAMPFFMEYER · DER SOZIALISTISCHE
 FRIEDENSGEDANKE »EIN STÜCK VERFASSUNG«**

WENN wir nochmals im Geist die Baseler Friedenskundgebung des internationalen Proletariats erleben, so klingt in uns der erhebende, jene ganze Veranstaltung charakterisierende religiöse Grundton wieder. Das christliche *Friede auf Erden*, das ja auch in der proletarischen Friedensidee mitschwingt, trat in Basel fast in seiner rein religiösen Form auf. Die Adler, Jaurès, Keir Hardie, Haase fühlten sich in den hohen feierlichen Räumen des Baseler Münsters völlig als Christen und klagten von christlich-ethischem Standpunkt aus die kapitalistische Zivilisation an, die in ihren blutigen Kriegsgreueln eine höhnische Blasphemie auf die Lehre des Nazareners sei. Kein Wort über die historisch-ökonomische Notwendigkeit derartiger kriegerischer Höllenzustände. Das ethisch-ästhetische Moment nahm eben selbst viele unserer *Materialisten* gefangen und verdrängte das historisch-ökonomische Moment völlig. Es hieß da nicht, es sei eine historische Notwendigkeit, daß der Sozialismus aus der furchtbarsten menschlichen Misere, aus den Leichenhaufen der Gemordeten, aus den schmutzigen Lagerstätten der Verwundeten und Kranken, aus den rauchenden Trümmerhaufen verwüsteter Städte und Dörfer auferstehen müsse; nein, dieser Weg durch Jammer und Elend sollte gerade durch die proletarische Weltfriedensbewegung verlegt und der Sozialismus, von Menschenblut unbefleckt, in Reinheit und Schönheit emporgehoben werden.

Als der Sozialismus inmitten des Kriegsgeschreis der Wiener und Petersburger Spektakelmacher laut und eindringlich den Frieden predigte, und Millionen von Proletariern ihre Friedensgesinnung energisch bekundeten, da drängte sich der öffentlichen Meinung die Überzeugung auf, daß tatsächlich in der sozialistischen Bewegung eine lebenskräftige, von einer christlichen Grundstimmung getragene Idee zum Ausdruck gelangte. Man begriff, ja man fühlte förmlich den Wahrheitskern der sozialistischen Lehre, daß tiefgehende politische und ökonomische Weltkonflikte durchaus nicht durch Panzerschiffe, Dynamit und Melinit gelöst zu werden brauchen, und daß es friedliche Methoden der Lösung gäbe. Diese Methoden befinden sich zwar noch *in statu nascendi*, aber sie sind immerhin schon im Werden. Das sozialistische Kulturgefühl, das sich auf das heftigste gegen jede massenmörderische, kriegerische Lösung politischer und ökonomischer Probleme auflehnt, beginnt ein Gemeingefühl der europäischen Nationen zu werden; und der Friedensgedanke wird allmählich ein Bestandteil der öffentlichen Meinung. Ich sagte schon, daß die

Friedensidee eine starke Stütze in christlichen Vorstellungen findet, aber sie lebt nicht nur von alter, geliehener Kraft sondern verfügt selbst über ein eigenes, ständig wachsendes Kraftvermögen. Mehr und mehr leuchtet nämlich den Kulturnationen ein, daß heute alle kriegerischen nationalen Konflikte die Tendenz haben sich zu Weltkonflikten auszuwachsen, und daß sie infolge der vielverschlungenen, verwickelten Weltwirtschaftsverhältnisse zu einem ungeheuren, teilweise unersätzlichen Verlust kulturgestaltender Potenzen führen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben eben noch keine ihrer machtvollen und komplizierten Entwicklung entsprechende politische Form gefunden, und sie drängen nun zu einem Weltstaatsystem hin, unter dem sie sich durch planmäßige internationale Regelung harmonischer und fester verketteten können. Die sozialistische Friedensidee ist also ein mit dem Christentum eng verknüpfter Humanitätsgedanke, und sie ist zugleich ein moderner, aus der Weltökonomie abgeleiteter weltpolitischer Gedanke. In beiderlei Form hat er sich des öffentlichen Bewußtseins bemächtigt, und das »öffentliche Bewußtsein«, so sagt Lassalle mit Recht, ist »in gewissen Grenzen ein Stück Verfassung«, ein gesellschaftliches Machtverhältnis.

Und das ist gerade der bezeichnendste Zug der großen Baseler internationalen Friedensdemonstration, daß die hier so wirkungsvoll bekundete, scheinbar so luftige Weltfriedensidee bereits ein massives Machtverhältnis geworden ist; sie ist eine Kraft in den Köpfen großer sozialer Klassen geworden, eine Potenz, die diese zwingt der Friedensidee zu huldigen, auch ohne daß sie sich zum Sozialismus bekennen. Hier wiederum tritt eine Seite des modernen Sozialismus hervor, für die unsere sozialistischen *Nurklassenkämpfer* kein Auge haben. Der Sozialismus ist mehr als eine proletarische Klassenkampftheorie, er berührt die Lebensinteressen großer Gesellschaftsklassen, und gerade für das Werden einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist es bedeutungsvoll, daß wir die werbende Kraft des Sozialismus auch auf diese Klassen wirken lassen. Oder sollen wir etwa aus purer Angst vor sogenannten *Zuläufern* die allgemeinen menschlichen Tendenzen verkümmern lassen? Waren wir denn nicht alle einmal *Zuläufer* des Sozialismus, die zuerst nur von einer Seite des Sozialismus mächtig gepackt wurden? Die sozialistische Weltfriedensidee erscheint eben heute schon kleinbürgerlichen Kirchenräten und Regierungsräten als sehr *vernünftig*, weil diese stark unter dem Einfluß des von den Sozialisten betätigten Humanitätsgedankens stehen, und weil diese die wirtschaftlichen Lebensbedingungen ihrer sozialen Schicht durch einen Weltkrieg erschüttert sehen.

Der Weltfriedensgedanke ist also, wie wir mit Lassalle sagen können, »ein Stück Verfassung«. Er erhält aber diese Verfassungseigenschaft in einem um so stärkern Maß, als die Hauptträger dieses Gedankens, die Arbeiter, selbst in immer größerm Umfang ein »Stück Verfassung« werden. Als Ferdinand Lassalle seinen Vortrag über das Verfassungswesen niederschrieb, da verschwand der Arbeiter als politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor noch vollständig. Der große Agitator zählte in seinem *Verfassungswesen* der Reihe nach die politischen Machtträger auf: den König mit seiner Armee, den grundbesitzenden Adel, den Bankier Mendelssohn, den Großindustriellen Borsig usw. und ganz zuletzt den Arbeiter. Lassalle setzte den Fall, man wolle dem Arbeiter und Kleinbürger nicht nur seine politische sondern auch seine persönliche Freiheit nehmen. »Die Arbeiter würden«, so schreibt er, »auch ohne daß Borsig und Egels ihre Fabriken schlossen, auf die Straßen eilen,

der ganze kleine Bürgerstand ihnen zu Hilfe, und da Ihr vereinter Widerstand sehr schwer zu besiegen sein möchte, so sehen Sie, meine Herren, daß in gewissen alleräußersten Fällen Sie alle ein Stück Verfassung sind.« Die Arbeiter, und zwar nur die revoltierenden, vom Kleinbürgertum unterstützten Arbeiter waren für Lassalle »in gewissen alleräußersten Fällen« ein Machtverhältnis, »ein Stück Verfassung«. Und für die Zeiten Lassalles war diese Auffassung völlig zutreffend. Der Arbeiter kam als Bildner, als Gestalter des öffentlichen Bewußtseins gar nicht in Frage. Über seine Klassenanschauungen war er noch völlig im unklaren. Der typische großindustrielle Arbeiter, der Berliner Maschinenbauer, hing der Fortschrittspartei an, er piffte den großen Agitator aus und klatschte den Polizisten Beifall, als sie ihn von der Rednertribüne herunter arretierten. War sich nun der Arbeiter seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung in der Gesellschaft noch nicht bewußt, so konnte er seine aus seiner Klassenposition fließenden Gedanken noch gar nicht auf das öffentliche Bewußtsein wirken lassen. Mit einem Wort: die Idee des Arbeiterstandes war in den Arbeitermassen noch tot. Mit unendlicher Mühe gelang es dem Agitator Lassalle einige Tausend Arbeiter dem Arbeiterklassengedanken zu erobern und zu Verfechtern eines *Arbeiterprogramms* zu machen. Die werbende Kraft des Sozialismus lag ferner geraume Zeit nur im gesprochenen Wort, und daher zwang er nur kleine Kreise deutscher Arbeiter in seinen Bann. Erst mit der Entwicklung der Zeitung zu einem politischen Bildungsorgan der Masse gewinnt der Sozialismus eine gewaltige Expansionskraft. Mit diesem Moment beeinflußt er die öffentliche Meinung, ergreift die Freunde und Feinde des Sozialismus und ordnet als dauernde Bestandteile dem Bewußtsein der Nation gewisse sozialistische Grundanschauungen und Gefühle ein. Jetzt wird der Sozialismus eine Macht, ein Stück Verfassung. Mit der Entwicklung der Sozialdemokratie von einer Sekte zur Massenbewegung ist diese Partei eine ideelle, die öffentliche Meinung beeinflussende Massenkraft geworden.

In diesem Aufsatz schätze ich nur zunächst den Sozialismus als Bewußtseinsmacht ein. Der Träger des sozialistischen Bewußtseins nun, der Arbeiter, erhielt in Deutschland in den letzten 4 Jahrzehnten eine große politische Bedeutung. Statt der 100 000 Arbeiter, mit denen Ferdinand Lassalle in seinem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* grundstürzende Veränderungen in der politischen Struktur Deutschlands herbeiführen wollte, marschiert heute fast eine Million Organisierter in den politischen Vereinen der Sozialdemokratie. Der sozialistische Arbeiter entscheidet heute schon bei bestimmten politischen Konstellationen im Reichstag, in den Einzelparlamenten und in den kommunalen Vertretungen die Geschicke ganzer Massen und Klassen der Nation. Und dank seiner politischen Machtverhältnisse kann er heute schon im Sinn des Friedensgedankens kraftvoll wirken. Die proletarische Friedensidee ist also heute nicht nur eine Bewußtseinsmacht, sie ist eine politische Macht geworden.

Aber die Friedensidee lebt nicht nur in den politisch organisierten Massen, sie wird heute von Millionen wirtschaftlich organisierter Arbeiter getragen. An der ruhigen Fortentwicklung der Wirtschaft haben diese Organisierten ein Lebensinteresse. Und in wirkungsvollen Kundgebungen können sie gerade dem Staat und dem kapitalistischen Unternehmertum ihr Interesse am Weltfrieden zum Ausdruck bringen und auf beide einen fühlbaren Druck

zur Fernhaltung kriegerischer Konflikte ausüben. Hier tritt eine das ganze Wirtschaftsleben beeinflussende ökonomische Macht in die Erscheinung. Die organisierte Volkswirtschaft stellt sich gleichsam dem das ökonomische Leben desorganisierenden Staat gegenüber und heischt von diesem energisch den Ausschluß aller die wirtschaftlichen Beziehungen störenden kriegerischen Zusammenstöße. Gerade vor dem Krieg kann einem konfliktslüsternden Staat demonstriert werden, wie stark und allgemein der Friedenswille der aufbauenden, organisierten wirtschaftlichen Mächte ist. Hier spricht kein die Volkswirtschaft lahmlegender, sondern ein sie gerade erhaltender Wille. Es ist merkwürdig, wie gering vielfach noch große ökonomische Mächte heute in Deutschland politisch gewertet werden. Wir kennen wohl den direkten und indirekten politischen Einfluß und die hohe politische Wertschätzung der Großindustriellen, der Bank- und Börsenkapitalisten, aber die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse wird heute noch politisch grundsätzlich negiert. Als politische Macht muß schon heute der Staat die politisch organisierte Arbeiterklasse anerkennen, aber über deren ökonomische Macht glaubt er noch stolz hinwegsehen zu können. In fast beleidigender, kränkender Form überhört er heute noch alle Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften. Gewiß, er fürchtet die wachsende Macht des wirtschaftlich organisierten Proletariats und bekämpft dessen soziale Wohlfahrts- und Versicherungsinstitute, aber staatlich sanktioniert er diese Macht nicht. Bewußter und entschiedener muß daher die ökonomische Macht der arbeitenden Klasse in Deutschland noch sprechen, damit der Staat die wirtschaftlichen Organisationen dieser Klasse endlich als Macht würdigt. Heute ist dem Staat zum Bewußtsein zu bringen, daß auch der Friedenswille in 2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern lebt. In handgreiflichen Ziffern haben ihm die Gewerkschaften vor Augen zu führen, welche ungeheuren Erschütterungen, welche riesenhaften Anhäufungen von Arbeitslosigkeit und Elend kriegerische Verwickelungen in den einzelnen Arbeitszweigen hervorrufen würden, und welche dauernden wirtschaftlichen Interessen auf dem Spiel stehen, wenn ein Krieg die weltwirtschaftlichen Verbindungen durchbricht und die Existenz- und Konkurrenzmöglichkeit bestimmter Industrien ganz in Frage stellt. Hinter den statistischen Einfuhr- und Ausfuhrziffern sehen wir nicht die Hunderttausende wirtschaftlicher Existenzen, denen ein Krieg den Lebensfaden abschneiden würde; und es ist daher gut, wenn diese Existenzen selbst reden und ihren Willen zum Frieden bekunden. Ja sie können heute laut und vernehmlich sprechen, diese Existenzen, denn sie stehen nicht mehr in ohnmächtiger Vereinzelung da, sondern sie sind zu Machtverbänden vereinigt und haben sich in ihren Verbandsorganen wirksame Sprachorgane geschaffen. Sie beeinflussen durch ihre Beschlüsse in gewissem Umfang die gesellschaftliche Produktion. Die Arbeiterschaft kann heute schon die Friedensidee dank ihrer ökonomischen Organisation als eine starke Wirtschaftsmacht erweisen. Als die Arbeiterklasse vor fast 50 Jahren zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei von Ferdinand Lassalle aufgerufen wurde, da war freilich von dieser Macht nichts zu verspüren. Als werdende wirtschaftliche Macht schätzte sie der große Agitator noch nicht ein. Den tiefen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht erkannte er wohl, denn er nannte drastisch die wirtschaftlich mächtigen Großindustriellen, die Herren Borsig und Egel, »ein Stück Verfassung«. Diese Herren können eben ihre wirtschaftliche Macht in politische Macht umsetzen. Wird ihr Lebensprinzip: das Prinzip der frei konkurrierenden Großindustrie,

politisch bedroht, so würden sie ihre Fabriken schließen und die Massen arbeitslos auf die Straße treiben. Zu den Arbeitslosen würden sich bei stockendem Handel und Verkehr große Massen arbeitsloser Handwerksmeister und Handwerksgelegen schlagen. »Diese ganze unendliche Volksmasse würde nach Brot und Arbeit rufend durch die Straßen wogen, hinter ihnen stände anfeuernd durch ihren Einfluß, ermutigend durch ihr Ansehen, Vorschub leistend durch ihre Geldmittel die große Bourgeoisie, und es würde so ein Kampf ausbrechen, in welchem keineswegs der Sieg dem Heer verbleiben könnte. Sie sehen also, meine Herren, die Herren Borsig und Egel, die großen Industriellen überhaupt: die sind ein Stück Verfassung.« Die ökonomische Macht ist also eine Verfassungsmacht, und gerade wie die Bourgeoisie dank ihrer wirtschaftlichen Herrschaft ein Stück politischer Macht in den Händen hält, so verfügt heute schon die arbeitende Klasse dank ihrer wirtschaftlichen Organisation, dank ihres Mitbestimmungsrechts in den Fabriken, dank des von ihm errungenen Fabrikkonstitutionalismus über ein Stück wirtschaftlicher Macht.

Vor 50 Jahren bezeichnete noch Ferdinand Lassalle die Macht der Nation als »nicht organisiert«. Ihr gegenüber steht nach Lassalle das organisierte Heer, das Heer des Königs. »Die in der Nation ruhende Macht dagegen«, so hob Lassalle hervor, »wenn sie auch in Wirklichkeit eine unendlich größere ist, ist nicht organisiert; der Wille der Nation und besonders der Grad von Entschlossenheit, den dieser Wille bereits erlangt hat oder nicht, ist ihren Mitgliedern nicht immer leicht erkennbar; keiner weiß also genau, wieviel Nebenmänner er finden würde.« Heute ist ein großer Teil der Macht der Nation politisch und wirtschaftlich organisiert. Der Wille der Klassen der Nation bekundet sich klar und fest. Die Entschlossenheit dieses Willens ist durch mancherlei heftige politische und wirtschaftlich-soziale Kämpfe erprobt, und heute weiß der politische und wirtschaftliche Kämpfer, wie viele neben ihm stehen. Es ist eben eine ungeheure wirtschaftliche und soziale Umwälzung seit den Tagen Ferdinand Lassalles eingetreten. Diese Umwälzung hat den Arbeiter zu einem politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor erhoben und damit seine Ideen mit ganz anderer Durchschlagskraft als vorher ausgerüstet. Das gilt vor allem auch von der proletarisch-sozialistischen Friedensidee. Aber diese Umwälzung hat auch das Fürstenheer ergriffen. Wenn schon die militärischen Institutionen keine grundstürzenden Umänderungen erfuhren, das Heer wurde ein wesentlich anderes. Unpolitische Bauern, unpolitische ländliche Arbeiter und Kleinbürger setzten früher das Heer zusammen. Das deutsche Volk ist seit dem Aufschwung des Massenzeitungswesens ein lesendes, Politik treibendes Volk geworden. Heute rückt in immer wachsendem Maß der industrielle, politisch erzogene, organisierte Arbeiter in das Heer ein. Den ländlichen Arbeiter, der seiner Dienstpflicht in der Stadt genügt hat, hält die Stadt vielfach fest, und er saugt dort städtische Ideen ein. Und diese Ideen sind durchweg bei der wirtschaftlichen Struktur unserer größeren Städte und bei der großen Ausdehnung der sozialdemokratischen Organisationen proletarisch-sozialistisch. War der junge, vom Land stammende aktive Soldat noch nicht Sozialist, der nun in der Stadt ökonomisch und politisch wurzelnde Reservist und Landwehrmann wird es sicher. Das Bewußtsein des Vaterlandsverteidigers ist sozialistisch geworden, und das Bewußtsein ist, wie Lassalle sagt, unter Umständen »ein Stück Verfassung«. Und der sozialistische Friedensgedanke marschiert im Heer und mit dem Heer.

Das sind ganz nüchterne, greifbare Tatsachen, die im engsten, notwendigen Zusammenhang mit der Wandlung Deutschlands von einem reinen Agrarstaat in einen weltwirtschaftlichen Industriestaat stehen. Diese Umwandlung ändert die ökonomische und soziale Struktur Deutschlands und damit auch die Zusammensetzung der Armee.

Jeden Morgen und jeden Abend sollten sich die Leiter unserer Staatspolitik die seit dem Jahr 1870 vollzogene weltwirtschaftliche Entfaltung und soziale Umgestaltung Deutschlands vor Augen führen, sie sollten im Interesse einer kraftvollen Staatsbildung den neuen ökonomischen und sozialen Mächten freie Bahn geben, damit ohne innere und äußere Katastrophen das politisch wird, was ökonomisch schon geworden ist, und damit Deutschlands aufstrebende politische und soziale Kräfte ein warmes, volles Lebensinteresse an der Staatsentfaltung nehmen können. Bisher mußte den Völkern vielfach infolge der Rückständigkeit und Beschränktheit ihrer Staatsleiter der innere politische Fortschritt gleichsam von außen aufgezwungen werden. Lassalle läßt diesen Gedanken auch in seinem *Verfassungswesen* anklingen. »Der Antagonismus der Staaten unter einander«, so führt er dort aus, »der Gegensatz, die Eifersucht, der Konflikt in den diplomatischen Beziehungen ist einmal eine wirkende Kraft, und gleichviel, ob gut oder schlimmer, müßte sie hiernach schon unbedingt in Rechnung gezogen werden. Überdies aber, meine Herren, wie oft habe ich Gelegenheit gehabt in der Stille meines Zimmers bei historischen Studien mir die große Wahrheit auf das genaueste zu vergegenwärtigen, daß fast gar nicht abzusehen wäre, auf welcher Stufe der Barbarei wir, und die Welt im allgemeinen, noch stehen würden, wenn nicht seit je die Eifersucht und der Gegensatz der Regierungen unter einander ein wirksames Mittel gewesen wäre die Regierung zu Fortschritten im Innern zu zwingen.«

Soll und muß sich denn heute noch der Antagonismus der Staaten in furchtbaren Katastrophen austoben, damit wir endlich zu einem europäischen demokratischen Staatswesen gelangen, das den kriegerischen, blutigen Widerstreit der Nationen unmöglich macht? Soll den Nationalstaaten Europas die Kultursolidarität erst in den Kulturzerstörungen eines Weltkriegs aufgehen? Da sich in dem letzten Jahrhundert der Wille der Nation politisch und ökonomisch organisiert hat und sich dem zögernden Staat von innen aufzwingen kann, so hoffen wir zu einem europäischen Weltstaatensystem auch ohne die gewaltsame Zerstörung wertvoller Rassenkräfte und ohne die ungeheure Vernichtung wirtschaftlich-schöpferischer Potenzen zu gelangen.

XX
ARTHUR SCHULZ · AGRARPOLITISCHE LEHREN
MITTELDEUTSCHLANDS FÜR PREUSSEN UND
UNSERE PARTEI



FLEISCHTEUERUNG, Abwanderung der grundbesitzlosen Schichten der ländlichen Bevölkerung und ihre Folge: stetig zunehmender Landarbeitermangel, der Gutsbesitzer und Großbauern zum Abverkauf oder gar zur Aufteilung ihres Grund und Bodens zwingt, endlich wachsender Begehr der landwirtschaftlichen Arbeiter und überhaupt der kleinen Leute des platten Landes nach zureichendem eigenen Grundbesitz haben in den letzten Jahren die innere Kolonisation zu einem national-

wirtschaftlichen Problem ersten Ranges erhoben. Die Parteien der Linken, die Nationalliberalen, gedrängt vom *Deutschen Bauernbund*, und die fortschrittliche Volkspartei, angespornt von ihrem Anhang im östlichen und nördlichen Deutschland, endlich ein erstarkender Flügel unserer Partei stellen die staatliche Förderung der Binnensiedelung immer mehr in den Vordergrund der innern Politik, vor allem Preußens. Dieser Volksströmung Rechnung tragend scheint sich die preußische Regierung, nachdem sie 2½ Jahrzehnte hindurch die Bauernsiedelung vorwiegend unter dem nationalpolitischen Gesichtspunkt der Polenbekämpfung betrieben hat, neuerdings endlich entschlossen zu haben der auf Aufteilung von Rittergütern und Domänen und auf Schaffung von Bauernwirtschaften und entwickelungsfähigen Arbeiterstellen gerichteten Bewegung auch in rein deutschen und von der Expansion der Polen weniger bedrohten Provinzen mehr als bisher entgegenzukommen. Als Symptome dieses neuern mehr volkswirtschaftlich und sozialpolitisch als national orientierten Kurses, den die preußische Ansiedlungspolitik jetzt einzuschlagen scheint, kann gelten, daß der Ministerpräsident von Bethmann Hollweg bei Beantwortung der Fleischsteuerungsinterpellation am 25. Oktober im Abgeordnetenhaus die Einbringung wichtiger Gesetzentwürfe angekündigt hat. Danach sollen die Stammeinlagen des Staats bei den großen gemeinnützigen Siedelungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg und die Mittel, die den staatlichen Rentenbanken zur Zwischenkreditgewährung zur Verfügung stehen, um 10 Millionen Mark erhöht werden. Um auch Arbeitern und anderen ärmeren Bewerbern den Kauf eines Rentenguts zu ermöglichen, soll den Rentenbanken gestattet werden die Rentengüter bis zu neun Zehnteln ihres Taxwerts zu beleihen. Ferner sollen die Schwierigkeiten beseitigt werden, die sich dem Abverkauf besiedelungsfähiger Gutsteile aus der Hypothekenbelastung des Guts entgegenstellen. Endlich sollen den Besiedelungsgesellschaften und -genossenschaften mehr als bisher preußische Domänen zur Verfügung gestellt werden. Leider läßt die Rede des Ministerpräsidenten noch manche dringlichen Wünsche unerfüllt, vor allem die Begründung großer gemeinnütziger Siedelungsgesellschaften auch für die Provinzen Schlesien und Sachsen und die Schaffung eines als Kampfmittel gegen die Güterpreissteigerung zu gestaltenden Enteignungsrechts, das zunächst die im Absentismus bewirtschafteten oder als Spekulationsobjekte mißbrauchten Großgüter (selbstverständlich auch deutscher Besitzer, und ohne Beschränkung auf Posen und Westpreußen) zu ergreifen hätte. Aber wenn die angekündigten Reformen auch nicht weit genug gehen, so schlagen sie doch wenigstens die rechte Richtung ein, weshalb sie auch von mir in den *Sozialistischen Monatsheften* schon vor 3 Jahren empfohlen worden sind.¹⁾ Es sollte daher selbstverständlich sein, daß unsere Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus ihnen im Prinzip zustimmt. Allein die Mehrheit unserer Landtagsfraktion steht bedauerlicherweise noch ganz im Bann der agrar**marxistischen** Dogmatik und verhält sich daher zur innern Siedelung nicht sonderlich wohlwollend. An dieser Stellungnahme der Mehrheit unserer Fraktion soll so kurz vor den preußischen Landtagswahlen keine eingehende Kritik geübt werden. Wohl aber muß auch schon vor den Wahlen dann und wann der eine oder andere jener Artikel unserer Parteiwochenschrift kritisch beleuchtet werden, die die Fraktionsmehrheit in ihrer sachlich und taktisch unrichtigen Haltung zu bestärken geeignet sind.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Agrarpolitische Aufgaben der preußischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 3. Band, pag. 1686.

Zu dem Fähnlein derer, die den Genossen K. Kautsky in seinem Kampf gegen den bäuerlichen Betrieb und Besitz unterstützen und damit, wenn auch gewiß unbeabsichtigt, die Geschäfte der reaktionärsten Klassenegoisten unter den konservativen Großgrundbesitzern besorgen, hat sich jüngst leider auch der Redakteur unseres ostpreußischen Parteiblatts, Genosse Karl Marchionini, zugesellt. Er erklärt die Aufteilung der Latifundien und die Ansiedlung von kleinen Bauern für »verfehlt« und begründet seine Ansicht wie folgt:

»Die Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ist mehrfach nachgewiesen worden. Die Zerschlagung der ländlichen Großbetriebe in kleine Bauernwirtschaften ist ein Kulturrückschritt, da man damit dem kleinen Bauern zumutet sich und seine Familie rücksichtslos auszubeuten; denn nur auf diese Weise kann er sich behaupten. . . . Es widerspricht überhaupt der Kulturmission des Sozialismus das Land in Parzellen aufzuteilen und auf ihnen Familienwirtschaften zu gründen. Das ist durch und durch reaktionär. Der Sozialismus will doch die Produktivität der Arbeit auf die denkbar höchste Spitze treiben, natürlich unter Entfaltung aller technischen Kräfte und Hilfsmittel, um den Arbeitsprozeß für die Menschheit so leicht wie möglich zu gestalten. Das ist aber nur möglich in Großbetrieben, und zwar sowohl in der Stadt wie auf dem Land. Wer also die Schaffung von Parzellenbetrieben erstrebt, schädigt nicht nur diejenigen, die sich zur Ansiedlung hergeben, sondern er arbeitet auch gegen den Sozialismus.«²⁾

Im Gegensatz zu diesen Behauptungen habe ich auf Grund der Erfahrungen und Beobachtungen, die ich in meiner Heimatprovinz Ostpreußen und in den Nachbarprovinzen gemacht habe, schon mehrfach nachgewiesen, daß die seit etwa 2 Jahrzehnten im deutschen Osten vor sich gehende Ausbreitung der bäuerlichen Familienwirtschaften einen Kulturfortschritt darstellt, den Grundideen des Sozialismus entspricht und deshalb von der Sozialdemokratie, besonders der preußischen und mecklenburgischen, gefördert werden sollte. Diese Überzeugung erstarkte in mir noch beträchtlich, als ich unmittelbar nach Wanderungen durch die dünnbesiedelten, manchmal fast menschenleer anmutenden Großgüterkreise Hinterpommerns und Mittelostpreußens, wo in den neubegründeten Bauerndörfern die Keime einer bessern Zukunft erst spärlich aufsprießen¹⁾, Ende Juni des vorigen Jahres im Anschluß an die Kasseler Wanderausstellung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* die thüringische und die hessische Landwirtschaft kennen lernte. Sie in einigen ihrer Hauptzüge kurz zu beschreiben scheint mir gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der nahenden Landtagswahlen zweckmäßig zu sein. Vielleicht könnten dadurch manche Parteigenossen, die sich in der nächst der Wahlrechtsfrage wichtigsten Frage der preußischen Politik, der Führung unserer Parteiwochenschrift folgend, in den schroffsten Gegensatz zur gesamten übrigen Linken stellen und mit der äußersten Rechten fraternisieren, doch noch an den agrarmarxistischen Anschauungen K. Kautskys, E. Andrées und K. Marchioninis irre und damit zu einem taktischen Zusammengehen mit den übrigen Linkenparteien geneigter gemacht werden. Um alles Subjektive möglichst fern zu halten, will ich mich dabei im wesentlichen an die durchaus tendenzlosen Berichte der 4 vorzüglichen Sachkenner anschließen, die ich am 24. Juni vorigen Jahres zu Kassel in der Hauptversammlung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* hörte und die nun in deren Jahrbuch gedruckt vorliegen. Sie beschäftigen sich mit Thüringen, den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden und dem Großherzogtum Hessen.

¹⁾ Siehe Marchionini *Innere Kolonisation in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 203 ff.

²⁾ Ich habe hierüber in meinen Artikeln *Zum landwirtschaftlichen Produktionsproblem und Das Vordringen des landwirtschaftlichen Familienbetriebs und des Kleingrundbesitzes in Ostelbien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 1028 ff., und 1912, 1. Band, pag. 424 ff. berichtet.



THÜRINGEN (bestehend aus dem Großherzogtum Sachsen, den 3 Herzogtümern Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Koburg und Gotha, den 2 Fürstentümern Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt und den 2 Fürstentümern Reuß) zeigte 1907 folgende Betriebsgliederung:

Größenklasse in Hektar	Zahl der Betriebe in absoluten Ziffern	Betriebe in % der Gesamtzahl	Von der landwirtschaftlich benutzten Fläche entfielen auf die nebenstehenden Größenklassen	
			in Hektar	in % der Gesamtzahl
unter 2	104 946	62,2	57 782	8,3
2 bis 5	25 924	15,4	85 310	12,2
5 bis 20	32 194	19,1	316 946	45,4
20 bis 100	5 146	3,1	164 111	23,5
über 100	407	0,2	74 146	10,6
zusammen	168 617	100	698 295	100

Fast die Hälfte der Fläche ist also in den Händen der mittleren, etwas weniger als ein Viertel in denen der großen Bauern; ihnen folgen die Kleinbauern mit etwas mehr als einem Zehntel, die Großbetriebe mit rund einem Zehntel und zum Schluß die Parzellenbetriebe mit etwas weniger als einem Zehntel. Was die Veränderungen seit 1882 betrifft, so ist besonders bemerkenswert, daß die Großbetriebe seither um 2,9%, die großhauerlichen Wirtschaften sogar um 9 % zugunsten der kleineren der Zahl nach zurückgegangen sind. Die Veränderungen der Fläche nach ergeben sich aus folgender Tabelle, wobei zum Vergleich die Zahlen des Reichsmittels hinzugesetzt sind:

Zählungsjahr	Von 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche entfielen auf die Größenklasse									
	unter 2 Hektar		2 bis 5 Hektar		5 bis 20 Hektar		20 bis 100 Hektar		über 100 Hektar	
	Thüringen	Reich	Thüringen	Reich	Thüringen	Reich	Thüringen	Reich	Thüringen	Reich
1882	7,6	5,7	11,7	10,0	44,5	28,7	25,2	31,1	11,0	24,4
1895	7,9	5,6	11,9	10,1	44,2	29,9	25,3	30,3	10,9	24,1
1907	8,3	5,4	12,2	10,4	45,4	32,7	23,5	29,3	10,6	22,2

Es haben also an Fläche die auf eine größere Zahl fremder Arbeitskräfte angewiesenen Betriebe verloren. Günstig ist die Grundeigentumsverfassung in Thüringen auch insofern als auf 100 Eigentümer nur 7 (im Reichsdurchschnitt 10,7) Pächter kommen und in der größeren Hälfte der Gemeinden bereits Zusammenlegungen stattgefunden haben, so daß also die Gemengelage der Parzellen, dieses Hauptübel rationeller Bodenkultur, meistens beseitigt ist.

In dem bergigen Land sind die Hauptgetreidefrüchte wie auch in der Provinz Hessen-Nassau und im Großherzogtum Hessen Roggen und Hafer. Die Getreideerträge stehen mit Ausnahme des Hafers über dem Reichsdurchschnitt. Die Weizen erträge überholten ihn erst im letzten Jahr, nachdem sie von 1885-1889 bis 1905-1909 um 62,3% (gegen nur 48,1% im Reich) gestiegen waren. Auch bei den übrigen Feldfrüchten betrug die Ertragssteigerung in den letzten 25 Jahren 30 bis 60 %. Nach dem Bericht des Ökonomierats Linckh (Weimar) ist das der Verwendung bessern Saatguts, besonders der Auswahl der für Boden und Klima geeigneten Sorten, daneben rationeller

Düngung zu danken. Das Hacken des Getreides, das in den großen Wirtschaften des deutschen Ostens der Leutenot wegen nicht möglich ist, hat sich in Thüringen auf vielen kleinen Wirtschaften eingeführt. Die Rindviehhaltung ist stärker als im Reichsdurchschnitt; 1907 kamen auf 100 Hektar der landwirtschaftlich genützten Fläche 60,9 Stück Rindvieh gegen 58,9 im Reich. Das gleiche ist bei der Schaf- und Ziegenhaltung der Fall. In Thüringen wurden 1907 auf 100 Hektar 25,9 Schafe und 27,5 Ziegen, im Reich nur 22,0 Schafe und 10,1 Ziegen gehalten. Für unsere Fleischversorgung noch wichtiger ist es, daß in Thüringen auf 100 Hektar 81,9, im Reich nur 63,2 Schweine kamen. Die Schweinehaltung ist meist in den Händen des Kleinbesitzes und auch der kleineren Gewerbetreibenden. In den Großbetrieben haben nach Linckh die Schweineseuche und ihre Bekämpfungsmaßnahmen teilweise zu einer Verringerung oder doch zu einem Stillstand in der Schweinehaltung geführt.⁴⁾ Die Obstbaumdichtigkeit übertrifft in allen 8 thüringischen Staaten den Reichsdurchschnitt erheblich.

Ein nicht minder erfreuliches Ergebnis der thüringischen Bodenbesitzverteilung als die Produktionssteigerung ist die Zunahme des Wohlstands auch der unteren Schichten der ländlichen Bevölkerung. Ein Autor, der in einem langen beruflichen und politischen Leben als Sohn eines Landpfarrers, Rechtsanwalt und Notar, gothaischer Spezialekommissar, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gothaer Gewerbe- und Landwirtschaftsbank, deutschfreisinniges Mitglied des Reichstags und gothaischer Landtagsabgeordneter zu den Kleinbauern seiner Heimat in engen Beziehungen stand, E. A. Müller, berichtet in einem Buch, das er vor kurzem als 80jähriger veröffentlicht hat, von »großen Summen, die von Arbeitern und kleinen Leuten auf die Sparkasse getragen werden,« und von »vielen Fällen, in denen sich gerade auf dem Land jetzt die Familien von Tagelöhnern und Halbbauern emporarbeiten, sich ein Stückchen Land nach dem andern pachten, dann kaufen, es erst über Feierabend bearbeiten, sich keine Arbeit und Entbehrung verdrießen lassend, dann Kuhbauern und Pferdebauern werden«. Der sprichwörtliche Vorwurf *Der Bauer klagt immer* sei nicht mehr wahr. In neuerer Zeit ließe sich konstatieren, daß man den Bauern »nicht selten die unumwundene Anerkennung seiner Zufriedenheit aussprechen hört, nicht allein den reich- sondern auch den minderbegüterten Bauern, namentlich den, der aus dem Stand der Tagelöhner sich zum kleinen Besitzer ohne übermäßige Verschuldung empogearbeitet hat.«⁵⁾ Eine Folge dieser Hebung des kleinbäuerlichen Wohlstands ist offenbar die günstige Bevölkerungsbewegung in Thüringen. Während die landwirtschaftliche Bevölkerung des Deutschen Reichs, vor allem wegen der Abwanderung der Landarbeiter aus den Großgüterprovinzen, von 1895 bis 1907 um 3 Millionen abgenommen hat, zeigt sie im gleichen Zeitraum in Thüringen eine Zunahme um über 13 000 Personen.



ASSEL ist der am wenigsten industrialisierte preußische Regierungsbezirk im Herzen Deutschlands. In der Landwirtschaft waren 1907 hauptberuflich 184 715 Personen gegen 156 073 in der Industrie und 43 835 im Handel und Verkehr beschäftigt. Dazu kamen 159 260 Personen, die im Nebenberuf landwirtschaftliche Tätigkeit ausübten. Um so wichtiger sind die Betriebsgliederung und die Grundbesitzvertei-

⁴⁾ Siehe Linckh *Der Stand der Landwirtschaft in Thüringen im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1911, pag. 471.

⁵⁾ Siehe Müller *Der deutsche Bauernstand, seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* / Gotha 1912 / pag. 192 ff.

lung und ihre Entwicklungstendenz. Hierüber gibt folgende Tabelle auf Grund der Zählung von 1907 Aufschluß:

Größenklasse in Hektar	Zahl der Betriebe	Wirtschafts- fläche in Hektar	In % der landwirt- schaftlich benutzten Fläche	In der Zeit von 1895 bis 1907 haben gewonnen (+) oder verloren (-)		
				an Zahl	an Fläche in Hektar	in % der Fläche
unter 2	76 220	70 107	9,6	+ 6474	+ 11 372	+ 10
2 bis 5	25 597	108 040	16,8	+ 1807	+ 12 811	+ 13
5 bis 20	22 177	276 250	43,7	+ 746	+ 27 870	+ 11
20 bis 100	3 464	146 052	22,2	- 600	- 44 732	- 23
über 100	223	49 319	7,7	- 45	- 24 811	- 33
zusammen	127 681	649 768	100	+ 8382	- 17 490	

Die wenigen Betriebe über 100 Hektar haben also ein Drittel, die Großbauernwirtschaften fast ein Viertel ihrer Fläche verloren.

Durchzogen von der Röhn, dem Reinhardswald, Teilen des Thüringerwalds und des Spessarts ist Hessen-Kassel ein ausgesprochenes Bergland, eine *bucklige Welt*. Dementsprechend ist der Boden vielfach steinig und flachgründig, und die ihm sauer abgerungenen Erträge werden durch widrige Natureinflüsse nicht selten noch in letzter Stunde gemindert oder im Wert herabgesetzt. Trotzdem sind die Erträge der 5 wichtigsten Feldfrüchte recht befriedigend und die beiden meistangebauten Getreidearten sowie die Hauptfutterpflanze Klee übertreffen sogar den Staatsdurchschnitt:

Fruchtart	In den 3 Jahren 1908 bis 1910 waren			
	die Anbau- fläche in Kassel Hektar	der Durch- schnittsertrag in Kassel Doppelzentner	der Durch- schnittsertrag im Staat Doppelzentner	mehr (+) oder we- niger (-) als Staats- durchschnitt Bezirksdurchschnitt
Winterroggen	99 117	20,13	17,68	+ 2,45
Winterweizen	45 618	20,10	21,20	- 1,10
Hafer	99 057	19,74	19,52	+ 0,22
Kartoffeln	50 383	128,03	146,78	- 18,75
Klee	28 606	55,24	51,9	+ 4,15

Noch leistungsfähiger zeigt sich der kleine und mittlere Grundbesitz in seiner das Staatsmittel durchweg übertreffenden Nutzviehhaltung:

Gebiet	Auf 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche entfielen:					
	Rinder	Schafe	Schweine	Ziegen	Hühner	Bienenstöcke
Regierungsbezirk Kassel	64,6	31,4	86,0	20,6	214,9	6,8
Preußischer Staat	52,2	23,5	65,6	9,7	174,2	6,7
also Vorsprung in Kassel	+ 12,4	+ 7,9	+ 20,4	+ 10,9	+ 40,7	+ 0,1

Wie in allen Bauerngebieten ist das landwirtschaftliche Genossenschafts- und Bildungswesen reich entwickelt. 381 Kreditgenossenschaften bilden in den Dörfern und kleinen Städten die Mittelpunkte des geistigen Lebens und die Quelle der wirtschaftlichen Gesunderhaltung des Bauernstands und anderer ländlicher Berufe. Die 7 bäuerlichen Kornhausgenossenschaften mittlern

Umfangs haben sich bisher im Gegensatz zu den großen Kornhäusern der Gutsbesitzervereinigungen im östlichen Deutschland gut bewährt. Berühmt ist Hessen-Kassel durch seine ländlichen Fortbildungsschulen. Vor Jahren faßte hier zuerst der Gedanke Fuß, daß die Erreichung der Ziele des ländlichen Fortbildungsschulwesens durch Einführung des Schulzwangs gesichert werden müsse. Die von den Raiffeisenvereinen mit Nachdruck und Wärme betriebene Agitation führte zu dem preußischen Gesetz betreffend die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Hessen-Nassau vom 8. August 1904. Im Jahr 1909 bestanden im Bezirk Kassel schon 422 Fortbildungsschulen mit Schulzwang, durchschnittlich eine für je 3 Landgemeinden. Sie wurden für die anderen Provinzen Preußens vorbildlich. Die Landflucht hält sich in mäßigen Grenzen. Während in den fruchtbaren Rittergüterkreisen Mittelschlesiens und -ostpreußens die ländliche Bevölkerung seit 1871 durchweg abgenommen hat, vielfach um 10 bis 15% und mehr, zeigen im ehemals kurhessischen Bauerngebiet nur die beiden armen Gebirgskreise Hünfeld und Gersfeld einen geringen Rückgang der Einwohnerzahl ihrer Landgemeinden.⁶⁾



WIESBADEN mit dem Taunus und Westerwald, wo die Weidewirtschaft überwiegt, einerseits und dem Rhein- und Maingau mit seiner intensivsten Edelkultur andererseits vereinigt, was Bodengestaltung, Klima und landwirtschaftliche Betriebsweise anlangt, die schroffsten Gegensätze in sich. Aber so verschiedenartig die einzelnen Landschaften des Regierungsbezirks auch sind, überall wiegt der Kleingrundbesitz vor. 60 600 Betriebe oder 60% bleiben unter 2 Hektar. 26 200 oder 25% bewirtschaften 2 bis 5 Hektar, 14 400 oder 14% repräsentieren den Mittelbetrieb. 328 oder 0,3% haben 20 bis 100 Hektar und nur 30 oder 0,02% über 100 Hektar. Die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften von 2 bis 20 Hektar umfassen 73% der landwirtschaftlich genutzten Fläche und zeigen die Tendenz sich noch weiter auszudehnen. Leider sind die einzelnen Gemarkungen stark zerstückelt, und die Zusammenlegung schreitet viel langsamer vorwärts als im benachbarten Kasseler Bezirk.⁷⁾ Hieraus erklärt es sich wohl, daß die Erträge respektive die Großviehdichtigkeit nur in den beiden, allerdings wichtigsten Betriebszweigen, dem Roggenbau und der Rindviehzucht, den Staatsdurchschnitt übersteigen. Weltberühmt ist der Weinbau im Rheingau, Hervorragendes wird auch im Feldgemüse- und Obstbau geleistet. In der Obstbaumdichtigkeit steht Wiesbaden unter den preußischen Regierungsbezirken an 2. Stelle. (Die Ackerkultur ist im Lauf der letzten Jahre bedeutend gestiegen. Es ist noch nicht sehr lange her, daß die Herbstarbeit auf dem Feld große Fehler aufwies und viel zu viel auf das Frühjahr verschoben wurde. Heute wird in der Regel schon im Herbst das Feld tadellos zubereitet. Die Verwendung künstlicher Düngemittel ist verhältnismäßig groß. Um die Milchproduktion zu heben, wurde in den letzten Jahren eine scharfe Milch-

⁶⁾ Siehe Staehly *Der Stand der Landwirtschaft im Regierungsbezirk Kassel und im Fürstentum Waldeck im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1911, pag. 410 ff.

⁷⁾ Siehe von Baumbach *Die Entwicklung der Verkoppelung (Zusammenlegung, Konsolidation, Gemeinheitsteilung) und ihre praktischen Erfolge in der Provinz Hessen-Nassau und im Fürstentum Waldeck im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1911, pag. 477 ff. X In der Diskussion, die diesem Vortrag folgte, berichtete der Landwirt Großmann (Kirberg), er habe seine 15 Hektar große Wirtschaft früher in 181 Parzellen, nach der Konsolidation nur in 25 Parzellen bewirtschaftet. Er habe dadurch jährlich mindestens 30 Arbeitstage gespart. Vor der Zusammenlegung wären in Kirberg nur 3 Drillmaschinen gewesen, jetzt gäbe es derer einige 40 in seinem Dorf. Der Durchschnittspreis für den Morgen habe früher 1000 Mark betragen, jetzt sei er 1500 Mark.

kontrolle auch in vielen kleinbäuerlichen Ställen durch besondere Kontrollassistenten durchgeführt. Neben einem guten Winter- und Fortbildungsschulwesen dienen der bäuerlichen Bevölkerung 436 ländliche Genossenschaften, von denen 306 Darlehnskassen und 113 Betriebsgenossenschaften sind. Zusammenfassend rühmt der Berichterstatter, Landwirtschaftsinspektor Keiser (Wiesbaden), »daß der an sich kleine Bezirk durch und mit seinem Kleinbesitz eine ungewöhnlich starke Bevölkerung völlig und gut ernährt, so daß er den kleinen Existenzen die Möglichkeit gibt ein eigenes Heim zu erwerben und dieses zu behalten. Das wiegt manchen sonst schweren Nachteil auf«. Mit Recht macht er darauf aufmerksam, daß gerade in Nassau die Industrie-arbeiterschaft mit der Landwirtschaft eng verknüpft ist und ein für die einzelnen Familien wie für die gesamte Volkswirtschaft in mancher Hinsicht recht vorteilhaftes Amphibiendasein führt:

»Die große Mehrzahl der 61 600 Betriebsinhaber mit einem Besitz unter 2 Hektar sind Arbeiter, Handwerker, Maurer, Zimmerleute usw., Leute die entweder auf dem Dorf oder in der Stadt arbeiten und zu Haus ihr Besitztum haben, die Samstags nach Hause fahren und ihre Ersparnisse auf die Sparkasse des Vorschußvereins tragen. Während der Woche hat die Frau mit großem Fleiß die Wirtschaft besorgt. Der Mann kauft aus seinem Verdienst möglichst alle Jahre, wenn es irgend geht, ein kleines Fleckchen Land hinzu, er vergrößert allmählich seinen Besitz, und wenn er in der Industrie nicht mehr beschäftigt ist, so hat er zu Hause sein Heim, mit dem er sich wenigstens annähernd ernähren kann.«^{*)}

Eine Folge dieser demokratischen Grundbesitzverteilung ist es, daß die Landflucht viel milder als im Osten auftritt und in letzter Zeit zurückgeht. Von 999 Gemeinden des Regierungsbezirks Wiesbaden wiesen nach einer graphischen Darstellung, die ich in der Kasseler Landarbeitsausstellung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* sah, in der Periode 1885 bis 1910 318 Gemeinden, in der Periode 1905 bis 1910 nur noch 277 eine Bevölkerungsabnahme auf.



ESSEN, das Großherzogtum, ist abgesehen vom Vogelsberg und Odenwald durch Bodenbeschaffenheit und Klima ziemlich begünstigt. Fast noch mehr kommt seiner Landwirtschaft die Nachbarschaft der Großstadt Frankfurt am Main mit etwa 415 000 Einwohnern und der größeren Städte Mainz, Darmstadt, Offenbach, Worms, Gießen, Mannheim mit zusammen beinahe einer Million Einwohnern zustatten. Der kolossale Milch- und Gemüsekonsum der hessischen Großstädte hat die Produktionsrichtung der Landwirtschaft des Großherzogtums entscheidend beeinflusst. Der Getreidebau ging von 48,85% der Anbaufläche in 1895 auf 42,76 % in 1907 zurück, die Viehwirtschaft und mit ihr der Hackfrucht- und Futterbau, ferner die Gemüse- und Obstkulturen wuchsen. Von den 983 Gemeinden des Großherzogtums treiben heute 70 feldmäßigen Gemüsebau, und der Geldwert der erzielten Gemüseernte stellt sich auf jährlich 2½ Million Mark, (des Spargels allein auf 1 207 000 Mark.^{*)} An Obstbaumreichtum wird Hessen nur noch von Baden, Sachsen und Württemberg übertroffen. Auf 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche trägt es 841 Obstbäume, Ostpreußen dagegen nur 134. Die Absatzverhältnisse sind auch für die Fortbildung der Betriebsgliederung und Bodenbesitzverteilung maßgebend geworden. Über

^{*)} Siehe Keiser *Der Stand der Landwirtschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1911, pag. 634 ff.

^{*)} Siehe den *Führer durch die Ausstellung der Landwirtschaftskammer im Großherzogtum Hessen auf der Jubiläumsausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Kassel | Darmstadt 1911* I, pag. 23 und 26.

diesen ursächlichen Zusammenhang führte der Berichterstatter (Ökonomierat Leithiger (Darmstadt) in Kassel aus:

»Der erste Thünensche Kreis um den Konsumort wird immer größer, und die Grenzen schieben sich immer mehr vor. Die nicht sehr haltbaren, schwer transportablen Lebensmittel der Großstadt: Gemüse, Obst, Frühkartoffeln, frische Milch, Geflügel usw. müssen immer weiter hergeschafft werden, und sie sind es, die, wenn man hierzu noch den Wein zählt, vom Kleinbesitzer, der mit eigenen Leuten arbeitet, immer nutzbringender erzeugt werden als vom Großbesitzer. Dieser Entwicklungsgang hat es auch mit sich gebracht, daß die Lage unserer Kleinbauern, wenn man von den Winzern absieht, die eine lange Reihe fast nur schlechter Jahre hinter sich haben, eigentlich ganz erträglich ist. Die Nachteile, die dem Kleinbesitzer anderwärts vielfach in der Verwertung seiner Produkte erwachsen, treten bei uns weniger in die Erscheinung, weil ein ausgedehntes Genossenschaftswesen es ermöglicht sich gegen Ausbeutung zu schützen. Hessen gehört ja wohl mit zu den klassischen Gebieten des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Wir haben in unserm Land 665 landwirtschaftliche Genossenschaften, davon sind 408 Spar- und Darlehnskassen, 31 Molkereigenossenschaften, 169 Absatzgenossenschaften und 54 sonstige Genossenschaften mit über 50 000 Mitgliedern. Es gibt bei uns nicht wenige Orte, wo alle diese verschiedenen Arten der Genossenschaften vertreten und bei denen die meisten Landwirte auch Mitglieder sind.«¹⁰⁾

Unter dem Einfluß dieser Kausalmomente hat sich die Betriebsgliederung im Großherzogtum im letzten Vierteljahrhundert wie folgt gestaltet:

Größenklasse in Hektar	Zahl der Betriebe						Von 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche entfielen auf nebenstehende Größenklassen		
	in Hektar			in % der Gesamtzahl			1882	1895	1907
	1882	1895	1907	1882	1895	1907			
unter 1	54029	59043	73887	42,0	44,2	50,2	4,9	5,2	5,9
1 bis 2	20120	20224	19245	15,7	15,1	13,1	6,7	6,6	6,5
2 bis 5	28678	28511	27920	22,3	21,3	19,0	21,5	21,3	21,5
5 bis 20	23856	24254	24409	18,6	18,1	16,6	49,8	50,2	50,7
20 bis 100	1719	1685	1444	1,3	1,2	1,0	12,2	11,8	10,9
über 100	124	123	123	0,1	0,09	0,08	4,9	4,9	4,5
zusammen	128526	133840	147088	100	100	100	100	100	100

Die größeren Betriebe verloren, die Parzellenbetriebe unter 1 Hektar und die Klein- und Mittelbauern von 2 bis 20 Hektar gewannen Boden. Und zwar nicht zum Schaden der landwirtschaftlichen Produktion. Ökonomierat Leithiger schreibt hierüber:

»Man trifft vielfach die Ansicht vertreten, daß, wo Parzellenwirtschaft mit kleinbäuerlichem Betrieb zusammenfällt, mangelhafte Bodenkultur und geringe Erträge die Folge seien. Wie ist das nun im Großherzogtum Hessen? Die Ernteerträge betragen im 5jährigen Durchschnitt bei:

Zeitraum	Winterweizen Doppelzentner	Roggen Doppelzentner	Gerste Doppelzentner	Hafer Doppelzentner	Kartoffeln Doppelzentner
1881 bis 1885	14,16	13,44	15,18	13,06	112,24
1886 bis 1890	16,50	15,12	17,20	15,98	97,02
1891 bis 1895	15,40	16,80	18,00	15,16	103,78
1896 bis 1900	18,20	18,06	22,14	18,20	124,46
1901 bis 1905	21,18	19,94	22,70	20,18	133,68
1906 bis 1910	22,50	20,26	21,92	22,10	115,80

¹⁰⁾ Siehe Leithiger *Der Stand der Landwirtschaft im Großherzogtum Hessen im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1911, pag. 429 ff.

Vergleicht man die Ertragssteigerungen während der hier herangezogenen 30 Erntejahre, so muß man bei allen unseren Getreidearten eine gleichmäßige, aber stetige Steigerung von 13 auf 15 Doppelzentner vom Hektar auf 20 bis 22,5 Doppelzentner oder um etwa 50 % feststellen. Vergleicht man die für Hessen ermittelten Erntemengen mit dem Durchschnitt des Deutschen Reichs, so stehen sich für das letzte Erntejahr 1910 folgende Zahlen (in Doppelzentnern) vom Hektar gegenüber:

Gebiet	Winterweizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
Großherzogtum Hessen	22,0	19,0	20,9	21,5	117,8
Deutsches Reich	19,8	17,1	18,5	18,1	131,9

Also bei allen Früchten übersteigt unsere Ernte den Reichsdurchschnitt um 2 bis 3 Doppelzentner, nur bei Kartoffeln steht sie um etwa 14 Doppelzentner gegen diesen zurück. Das hat aber seinen Grund darin, daß die Kartoffelernte im vorigen Jahr bei uns in Hessen fast eine halbe Mißernte war. Für die anderen landwirtschaftlichen Gewächse: Zuckerrüben, Runkelrüben, Klee, Wiesenheu usw., ergeben sich gleiche oder meist noch höhere Ertragssteigerungen. Man wird also die Behauptung, daß Parzellenbesitz und kleinbäuerlicher Betrieb gleichbedeutend mit unrationeller Ackerkultur sei, für Hessen wenigstens, nicht aufrechterhalten können. Allerdings hat es bei uns eines sehr beträchtlichen Aufwands von Anregung und Belehrung bedurft, um all die vielen Kleinbauern dahin zu bringen, daß sie erst mitarbeiteten; aber schließlich blieb der Erfolg nicht aus. Am frühesten setzten bei uns in Hessen die Maßnahmen für eine bessere Bodenbearbeitung ein, dann folgten in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Bestrebungen zu einer rationellern Düngung durch bessere Behandlung des Stallmistes und Anwendung der künstlichen Düngemittel. Dann folgte in den neunziger Jahren die Einführung ertragsreicherer Sorten.«

Der Rindviehstand hat sich in den letzten 30 Jahren um 18% vermehrt; vor allem aber ist das Lebendgewicht der ausgewachsenen Kuh in dieser Zeit von durchschnittlich 7 auf 11 Zentner und ihr Milchertrag im Jahresmittel von 1650 Liter Mitte der siebziger Jahre auf 2500 Liter gestiegen. Der Schweinebestand hat sich von 163 000 in 1883 auf 385 000 in 1907, also um rund 136% gehoben. Auf 1 Quadratkilometer landwirtschaftlichen Bodens wurden 1907 gehalten:

Gebiet	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen
Hessen	12,6	67,6	13,2	78,3	26,8
Preußen	13,2	52,2	23,5	65,6	9,7
Deutsches Reich	12,1	58,0	22,0	63,2	10,1

Der hessische Kleinbauernstaat übertrifft also den Reichsdurchschnitt in sämtlichen Viehgattungen mit Ausnahme der Schafe, vor allem in den für die Fleischproduktion wichtigsten, den Schweinen und dem Rindvieh. Die Viehdichtigkeitsziffern Preußens und des Reichs werden dadurch heruntergedrückt, daß der Rindviehbestand in den Großgrundbesitzprovinzen Brandenburg und Pommern bis unter 40, ja in Mecklenburg-Strelitz bis auf 33,6, der Hälfte des hessischen, sinkt, während die Schweinedichtigkeit in Ostpreußen mit 42,5 ihr Minimum innerhalb Deutschlands erreicht.



ERADE 100 Jahre nach der Stein-Hardenbergschen Agrarreform ist infolge des schweren Fehlers, der damals gemacht wurde, der Opferung der nichtspannfähigen Bauern, eine neue große Agrarreform im östlichen Preußen nötig geworden. Die damals aus den nicht regulierten und aus den ausgekauften Bauern entstandene grundeigentumslose Landarbeiterklasse ist aus ihren Wohnbezirken, wo sie vom Bodenerwerb und damit vom wirtschaftlichen und sozialen Aufsteigen und

Heimischwerden ausgeschlossen war, seit 60 Jahren unablässig und in fast ununterbrochen wachsenden Scharen abgewandert und hat dadurch die längere Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des Großgrundbesitzes in Ostelbien schlechthin unmöglich gemacht. Gleichzeitig hat die Erfahrung der letzten Fleischteuerungsjahre gelehrt, daß die ostdeutschen Rittergüter, die ja die Haltung des wichtigsten Fleischtiers, des Schweines, von jeher ihren Instleuten überließen, mit ihrem eingeschrumpften Arbeiterstamm auch nicht annähernd die Fleischmengen zu produzieren imstande sind, derer die gerade durch die Abwanderung ihrer Arbeiter riesig angewachsene städtische Bevölkerung bedarf. Eine durchgreifende Agrarreform ist also im Osten unabweisbar und dringlich geworden. Aber nach welcher Richtung muß die bestehende Agrarverfassung und Grundeigentumsverteilung Ostelbiens fortgebildet werden, damit die inländische Nahrungsmittel- und besonders Fleischerzeugung erhöht werde? Die Antwort auf diese Frage geben außer den Bauerndörfern, die im östlichen Deutschland schon seit langem bestehen oder in den letzten 3 Jahrzehnten neu gegründet wurden, der Westen und der Süden des Reichs, geben besonders auch die in diesem Artikel behandelten Bauerngebiete Mitteldeutschlands. Sie haben durchweg eine stärkere Nutztviehhaltung und überflächengestaltung die Großgüterprovinzen vielfach sogar in den Erträgen des Getreidebaus. Sie gewähren einer dichter gesiedelten Bevölkerung ein höheres und gleichmäßiger verteiltes Einkommen, leichtern Bodenerwerb und damit bessere Chancen des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs und eine reichere Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur als die ostdeutschen Rittergutsbezirke den breiten Schichten ihrer auf fremdem Grund frondenden Arbeiterbevölkerung bieten können. Sie leiden daher auch nicht im entferntesten in ähnlichem Grad unter der Abwanderung ihrer besten und strebsamsten Menschen wie der Osten.

Glücklicherweise hat die Bevölkerung Ostelbiens, und zwar seiner Städte kaum weniger als seines platten Landes, haben endlich auch die Parteien der deutschen Linken, wie zuletzt die Mannheimer Tagung der fortschrittlichen Volkspartei zeigt, die agrarpolitischen Lehren Süd-, West- und Mitteldeutschlands begriffen. Aber während nicht wenige Sozialdemokraten, unbeschadet ihres Kampfes für Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel in Industrie, Handel und Verkehr, an entschiedenem Eintreten für innere Kolonisation hinter niemandem zurückstehen, und bekanntlich auch Parteivorstand und Reichstagsfraktion ihre Beschleunigung gefordert haben¹¹⁾, hält sich inner-

¹¹⁾ Diesen ihm unbequemen Passus im letzten Reichstagswahlauftritt der sozialdemokratischen Partei versucht Genosse Marchionini in seinem in Note 2 zitierten Artikel *agrarmarxistisch* zu interpretieren. Es sei damit nur die Kultivierung von Mooren und anderen Udiändereien gefordert worden. Wie kommt eigentlich der verehrte Genosse dazu unseren obersten Parteinstanzen vorzuwerfen, sie hätten in einem offiziellen Parteiaktenstück den feststehenden Sprachgebrauch, der zwischen Kultivation und Kolonisation scharf unterscheidet, vergewaltigt? Ferner versucht Genosse Marchionini in einer gegen mich gerichteten Polemik zu beweisen, daß die fortschrittliche Volkspartei ihre großen Erfolge bei der diesjährigen Reichstagswahl in Ostpreußen nicht ihrem Eintreten für die innere Kolonisation verdanke sondern der Empörung über die Steuern des schwarzblauen Blocks. Aber weshalb profitierte unsere Partei davon in Ostpreußen so wenig, und weshalb hatten die Fortschrittler in den anderen Provinzen geringere Erfolge? Auch vergißt Genosse Marchionini, daß das von ihm selbst redigierte Parteiblatt, die *Königsberger Volkszeitung*, am Tag nach der Wahl das offensichtliche Abschwanken vieler ostpreussischer Landarbeiter von der Sozialdemokratie Liberalen die Großgrundbesitzer zu enteignen und ihre Güter unter die Bauern und Instleute zu verteilen unklugerweise getraut (siehe meinen Artikel *Die Sozialdemokratie und die ostdeutschen Landarbeiter* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 91 ff.).

halb unserer Partei, abgesondert von der gesamten übrigen Linken, eine ziemlich große Gruppe, die sich besonders radikal dünkt und doch nur extrem konservativ ist, im Bann falscher Doktrinen und utopistischer Zukunftsvorstellungen abseits. Leider gehören zu dieser binnensiedelungsfeindlichen agrarmarxistischen Gruppe, wie auch wieder der eingangs zitierte Artikel des Genossen Marchionini lehrt, noch immer einflußreiche Vorkämpfer der ostdeutschen Sozialdemokratie. Möge die von mir in diesem Aufsatz entwickelte agrarpolitische Lehre Thüringens, Nassaus und Hessens endlich ihren Dogmatismus erschüttern. Und falls auch sie fruchtlos bleiben sollte, so bitte ich die ostdeutschen Agrarmarxisten und besonders meine ostpreußischen Landsleute unter ihnen doch wenigstens zu bedenken, daß die Frage der Schaffung eines lebenskräftigen Bauern- und eines entwicklungsfähigen grundbesitzenden Landarbeiterstands im preußischen Osten und Norden mit der im Brennpunkt der innern Politik stehenden Frage, der Reform des preußischen Wahlrechts, unlösbar innerlich zusammenhängt. Ohne ein gerechteres Wahlrecht wird eine energische und großzügige Politik der Umwandlung von Domänen und Rittergütern in Bauernland angesichts des Widerstands der Großgrundbesitzerklasse in Preußen schwerlich durchführbar sein. Andererseits werden wir ein demokratisches Wahlrecht kaum jemals erreichen, wenn wir nicht auch die breiten Schichten der Landbevölkerung für den Wahlrechtskampf mobil zu machen verstehen. Das aber werden wir nur fertig bekommen, wenn wir darauf hinweisen können, daß die Vorkämpfer des demokratischen Wahlrechts zugleich ausnahmslos die Vorkämpfer der Güteraufteilung und Bauernansiedlung sind, während das bestehende Wahlrecht deren erklärte Gegner privilegiert. Nur auf diese Weise können wir die politischen Energien der arbeitenden Landbevölkerung in den Dienst unseres Wahlrechtskampfes stellen. Wollten wir aber nach Art der Genossen K. Kautsky, E. Andréé und K. Marchionini uns der staatlich geleiteten Güteraufteilung und -besiedelung feindlich entgegenstemmen, so wäre das das sicherste Mittel unserer Wahlrechtsagitation die Sympathieen aller derer zu entfremden, die wie die Bauern, Landhandwerker und Landarbeiter an ihrer beschleunigten Fortführung aufs tiefste interessiert sind, oder in ihr, wie viele Städter und Intellektuelle, eine nationalwirtschaftliche Notwendigkeit ersten Ranges erblicken. Der Agrarmarxismus schwächt daher die Stoßkraft unseres Wahlrechtskampfes, und es ist daher auch im politischen Interesse der gesamten preußischen Arbeiterklasse zu wünschen, daß er möglichst bald nur noch der Parteigeschichte angehören möge.

XX

AUGUST ERDMANN · DIE ENTSCHEIDUNG IN DER FRAGE DER KATHOLISCHEN GEWERKSCHAFTEN

In dem Streit der beiden Richtungen im katholischen Arbeiterlager waren die Berliner von vornherein in einer günstigeren Lage: Sie haben die von allerhöchster kirchlicher Stelle verkündete Lehrmeinung für sich. Sie konnten sich auf die Enzyklika *Rerum novarum* des Papstes Leo XIII. vom Jahr 1891 berufen, wo es für die Arbeitervereinigungen heißt, daß der christliche Glaube die ganze Organisation durchdringen und das religiöse Element zu einer Grundlage ihrer Einrichtungen werden muß. Sie konnten sich auf des selben Papstes Enzyklika *Graves de communi* vom Jahr 1902 berufen, wo es heißt, daß die soziale Frage vor allem

moralischer und religiöser Art ist und darum nach dem Sittengesetz und den Bestimmungen der Religion gelöst werden muß, daß, wo Vereine zur Hebung der Lage des Volkes gegründet werden, dies stets im Geist der Religion, unter ihrem Geleit und mit ihrer Beihilfe zu geschehen hat. Sie konnten sich auf den jetzigen Papst berufen, der in seinem Motuproprio vom 18. Dezember 1903 die Hauptsätze aus den sozialen Kundgebungen seines Vorgängers zusammenfaßt und der Beachtung aller Katholiken empfiehlt, der sodann in einer ganzen Reihe späterer Aussprüche die Anschauungen und Forderungen Leos XIII. kräftigst unterstreicht. Und endlich konnten sich die Berliner auf das Fuldaer Pastorale der deutschen Bischöfe vom 22. August 1900 berufen, *worin die geistlichen Oberhirten unter Berufung auf Leo XIII. den christlichen Gewerkschaften das Urteil sprachen und die katholischen Arbeiter auf die Errichtung von Fachabteilungen innerhalb der konfessionellen Arbeitervereine hinwiesen, die befähigt und stark genug seien neben der geistigen Wohlfahrt auch die materiellen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich nun zwar immer gerühmt unabhängige und selbständige Organisationen nach der politischen wie nach der kirchlichen Seite hin zu sein. Gleichwohl haben sie ihre Abhängigkeit von dem Zentrum und von der Kirche nicht verleugnen können. Hätten sie nicht unter kirchlichem Einfluß gestanden, wäre die Sache für sie ja sehr einfach gewesen. Sie hätten den Kampf mit den Berlinern aufnehmen und zu Ende führen und in aller Entschiedenheit Papst und Bischöfe wissen lassen müssen, daß sie sich von ihnen nicht in ihre Bestrebungen hineinreden lassen. Hierzu haben sie einmal den Versuch gemacht: im Sommer 1908 auf der internationalen Konferenz der christlichen Gewerkschaftsführer in Zürich. Da haben die Herren Schiffer, Giesberts usw. bekannt, daß sie in Sachen der Religion sich als Katholiken der kirchlichen Autorität gegenüber zum Gehorsam verpflichtet fühlen, daß sie sich aber das Hineinreden in ihre gewerkschaftliche Tätigkeit verbitten müßten. Von einem der Herren fiel das Wort: »Bis hierher und nicht weiter, hochwürdigste Herren Bischöfe!« Was wäre geschehen, wenn die christlichen Führer diesem mannhaften Wort gemäß nun auch gehandelt hätten? Daß die Kirche sie und ihre 300 000 Anhänger exkommuniziert hätte, ist nicht anzunehmen. Aber sie würde ihren Klerus angewiesen haben den christlichen Gewerkschaften jede Unterstützung und Förderung zu entziehen und sich dafür desto eifriger auf die Fachabteilungsbewegung zu verlegen. München-Gladbach, dessen Betrieb in geistlichen Händen liegt, würde abgerückt sein; das Zentrum, das es unter keinen Umständen mit der Kirche verderben kann, hätte seine starke Hilfe versagen müssen: es wäre aus gewesen mit dem Dasein der christlichen Gewerkschaften. Deshalb gelobten die Führer künftiges Wohlverhalten, und sie erklärten, wenn der Papst das Zusammenarbeiten von Katholiken und Nichtkatholiken wie in den christlichen Gewerkschaften für unerlaubt halte und es verbiete, werde er in den katholischen Arbeitern gehorsame Christen finden.

Von dem Augenblick, da die christlichen Gewerkschaften der Kirche das Recht zuerkannten die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zu beaufsichtigen und zu leiten, wo sie sich dann weiter mit den Berlinern in einen Wettbewerb um die Gunst des Papstes und der Bischöfe einließen und mit diesen sich in dem Ausweis guter Gesinnung und kindlichen Gehorsams überboten, war ihr Spiel verloren, weil die Berliner die höchsten Trümpfe hatten, weil sie offen und frei und ehrlich ihre völlige Unterordnung unter die Kirche bekennen konnten,

während die Christlichen aus Rücksicht auf ihr Programm und ihre nichtkatholischen Mitglieder immer noch bestrebt sein mußten wenigstens den Schein der Neutralität und der Unabhängigkeit zu wahren. Im geheimen allerdings unterordneten die Führer ihre Organisationen der Kirche, indem sie durch die Anerkennung der Fuldaer Beschlüsse vom 10. Dezember 1910 (die nachher bekannt wurden) sich verpflichteten, daß ihre katholischen Mitglieder »in allen das religiöse und sittliche Gebiet berührenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise veranlaßt werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten nach dem Urteil des kirchlichen Hirtenamts unvereinbar ist . . ., daß sie etwaigen Versuchen den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Leben der Katholiken zu schwächen mit ruhiger Entschiedenheit und offener Kundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgegenzutreten. Das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspreche, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen.« Das war die völlige Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften unter das päpstliche Machtgebot. Dessen waren sich die Führer auch bewußt, weshalb sie den Pakt mit den Bischöfen ohne Kenntnis ihrer Organisationen abschlossen; erst durch einen Vertrauensbruch ist im März 1912 die Sache ans Tageslicht gekommen. Was nun weiter folgte, entwickelte sich ganz von selber aus diesen Geschehnissen. Die Berliner wußten, was sie mit den Fuldaer Beschlüssen erreicht hatten; in bewährter Emsigkeit bohrten sie weiter, um die Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften, die im geheimen erfolgt war, zu einer offenen und endgültigen zu machen.

Die Pfingstereignisse dieses Jahres: die päpstlichen Telegramme an die Vertreter der Berliner und der München-Gladbacher Richtung, die Ansprache des Papstes an den Abgesandten der Fachabteilungsleute, sind an dieser Stelle erörtert worden.¹⁾ Dem Streit, der aus diesem Anlaß unter den beiden Richtungen ausbrach, wurde ein Ende gemacht durch die Weisung von Rom Ruhe zu halten und die Entscheidung dem Papst zu überlassen, »der im Einverständnis mit den Bischöfen die wichtige Frage prüfen und dann angemessene Verhaltensmaßregeln geben« werde. Die christlichen Führer, die eben noch den Berlinern Tod und Verderben geschworen hatten, kamen dem Befehl nach und harrten als gehorsame Katholiken der »angemessenen Verhaltensmaßregeln«, die der heilige Stuhl über 300 000 deutsche Arbeiter verhängen würde. Der Papst holte die Meinung der Bischöfe ein, und am 24. September war er mit seinem Urteil fertig. Es erschien in der feierlichen Form einer Enzyklika, die dann am 5. November durch die Bischöfe dem Klerus und am 10. November durch die Presse der weitem Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Wie die *Kölnische Zeitung* mitzuteilen wußte, ist die Enzyklika schon Anfang Oktober den deutschen Bischöfen zugestellt worden, sie habe aber in ihrer ursprünglichen Fassung so wenig den Anschauungen der Bischöfe entsprochen, daß sie Bedenken trugen sie zu veröffentlichen. Wenn das heißen soll, daß die ursprüngliche Fassung noch schärfer und für die christlichen Gewerkschaften noch ungünstiger gewesen sei, so kann man nur annehmen, daß der Papst sich bis zum völligen Verbot versteigen hatte; denn auch in der gemilderten Fassung gewährt die Enzyklika den Gewerkschaften nur ein Dasein, das dem Tod näher ist als dem Leben.

¹⁾ Siehe *Severing Der Streit in den katholischen Arbeitervereinigungen* und meinen Artikel *Der katholische Gewerkschaftsstreit und das Zentrum in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 733 ff. und 852 ff.

Zur Darlegung der grundsätzlichen Auffassung des Verhältnisses von Kirche und sozialer Frage nimmt der Papst auf die beiden oben erwähnten Enzykliken *Rerum novarum* und *Graves de communi* Bezug, wobei er die kirchlichen Anschauungen in dem Satz zusammenfaßt:

»Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gut, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insoweit sie gut oder böse in sittlicher Hinsicht sind, das heißt insoweit sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetz übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteil und dem Richteramt der Kirche unterworfen. Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren sondern müssen unter einander Frieden und wechselseitige Liebe befördern. Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hütansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkt der Religion gelöst werden muß.«

Damit ist schon grundsätzlich die Unterordnung aller Bestrebungen und Organisationen katholischer Arbeiter, auch der gewerkschaftlichen, unter die Aufsicht und die Leitung der Kirche ausgesprochen, und zwar nicht nur in ihren einzelnen Aufgaben: Regelung der Lohnhöhe, der Arbeitsdauer usw., sondern auch in den anzuwendenden Mitteln: Ausstand usw. Und es sind ihnen auch in ihrem Verhältnis zum Unternehmertum ganz bestimmte Richtlinien gezogen: keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Friede und wechselseitige Liebe; was, wie das Verhalten der päpstlichen Mustergewerkschaften, der Berliner Fachabteilungen, beweist, die völlige Unterordnung der Arbeiter, ihre Erziehung zur Ergebenheit und zum fortlaufenden Streikbruch bedeutet. Es versteht sich, daß der Papst den rein katholischen Organisationen nach Berliner Art seine volle Anerkennung ausspricht. Wie er schon mehrmals bei gelegentlichen Anfragen aus verschiedenen Ländern erklärt habe, seien »am meisten zu billigen und unter allen für den wahren und dauernden Nutzen der Mitglieder als bestgeeignete jene Vereine anzusehen, die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als Führerin offen folgen«. Diesen Organisationen spendet der Papst reiches Lob, er ermuntert und empfiehlt sie und versäumt keine Gelegenheit die Notwendigkeit ihrer Ausbreitung und Förderung zu betonen. Gemischte, das heißt interkonfessionelle Organisationen sind nicht nach dem Sinn des Papstes; sie bringen den katholischen Arbeitern oder können ihnen doch bringen »große Gefahren für die Reinheit ihres Glaubens und den gebührenden Gehorsam gegen die Gebote und Vorschriften der katholischen Kirche«. Wo die Umstände ein Zusammenarbeiten von verschiedengläubigen Arbeitern wünschenswert erscheinen lassen, sähe der Papst es lieber, wenn »katholische und nichtkatholische Organisationen sich mit einander verbinden mittels jener zeitgemäßen neuen Einrichtung, die man *Kartell* nennt«. Weil nun aber einige Bischöfe »aus Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Sache in Deutschland« es wünschen, versteht sich der Papst zu der Duldung gemischter Organisationen, also christlicher Gewerkschaften, indem er erklärt, »es könne geduldet und den Katholiken gestattet werden auch jenen gemischten Vereinigungen, wie sie in Euren Diözesen bestehen, sich anzuschließen, solange

nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhört zweckmäßig oder zulässig zu sein«.

Also Duldung auf Widerruf: das ist das Dasein der christlichen Gewerkschaften nach dem Willen des Papstes. Und dabei wird ihnen diese Duldung nicht einmal allgemein und bedingungslos gewährt. In erster Linie ist es dem Papst darum zu tun, daß die Berliner mit ihren Fachabteilungen verbreitet und gefördert werden. Er will, daß »derartige sogenannte *konfessionell katholische* Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen«:

»Handelt es sich aber um Vereinigungen, die das Gebiet der Religion und der Sittlichkeit direkt oder indirekt berühren, dann wäre es in keiner Weise zu billigen in den eben erwähnten Gebieten gemischte Vereinigungen fördern und verbreiten zu wollen, das heißt solche, die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammensetzen.«

Ob die eine oder die andere Organisationsform in einer bestimmten Gegend am Platz ist, darüber haben die Bischöfe zu bestimmen, und sie haben damit weiter das Recht aus ihren Bezirken die christlichen Gewerkschaften völlig auszusperren, ja der Papst verpflichtet sie sogar dazu, denn es wäre »in keiner Weise zu billigen usw.«.

Und da, wo die christlichen Gewerkschaften zugelassen werden, da geschieht es nur nach der Erfüllung gewisser Bedingungen. Zunächst müssen die katholischen Mitglieder einer christlichen Gewerkschaft auch einem katholischen Arbeiterverein angehören, damit sie dort »bezüglich der Pflichten der Gerechtigkeit und Liebe« in jenen »Geboten und Vorschriften« unterwiesen werden, »deren genaue Kenntnis ihnen notwendig oder nützlich ist, um an den Gewerkschaften in rechter Weise und nach den Grundsätzen der katholischen Lehre sich beteiligen zu können«. Sodann erklärt es der Papst für notwendig, daß die christlichen Gewerkschaften, wenn sie für Katholiken geeignet sein sollen, »sich von allem fernhalten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche wie der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht in Einklang steht; ebenso ist alles in Schriften oder Reden oder Handlungen zu meiden, was aus diesem Gesichtspunkt tadelnswert ist.«:

»Darum mögen die Bischöfe es als ihre heilige Pflicht ansehen sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Schaden erwächst. Die katholischen Mitglieder selbst aber sollen niemals zulassen, daß die Gewerkschaften, auch als solche, in der Sorge für die weltlichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder sich zu Lehren bekennen oder Handlungen unternehmen, die irgendwie den vom obersten kirchlichen Lehramt verkündeten Vorschriften, zumal den obenerwähnten, widersprechen.«

Zu den »obenerwähnten« Vorschriften gehört insbesondere die, daß die christlichen Gewerkschaften »keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen schüren« und daß sie weiter die sozialen Streitfragen: Lohnhöhe, Arbeitszeit, Ausstand usw., nicht zu denen zählen, »die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können«. Mit anderen Worten, die christlichen Gewerkschaften sind vollständig in die Hände der Bischöfe und der mit ihrer Überwachung betrauten Geistlichkeit gegeben. Und endlich ist noch eines zu beachten, was wie manches andere dazu dient die christlichen Gewerkschaften gegen die vom Papst bevorzugten und gehätschelten Fachabteilungen zurückzusetzen. Der Papst gebietet Frieden; er erwartet, daß niemand die Mitglieder

der christlichen Gewerkschaften in ihrer Glaubenstreue verdächtigt, andererseits wäre es nach der Ansicht des Papstes »als höchst verwerflich zu tadeln die rein katholischen Vereinigungen feindselig zu befehlen (diese Art von Vereinigungen muß im Gegenteil auf jede Weise unterstützt und gefördert werden) und zu verlangen, daß die sogenannten *interkonfessionellen* Vereinigungen eingeführt werden, und sie gleichsam aufzudrängen«. Auch hier die offensichtliche Benachteiligung der christlichen Gewerkschaften, und hier wie überall das unverkennbare Bestreben ihnen das Leben möglichst sauer zu machen, sie im Wettbewerb mit den Fachabteilungen lahmzulegen, diesen dagegen den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften möglichst zu erleichtern und ihnen die Stütze- und Hilfe der Kirche zu sichern. Nirgendwo auch nur das leiseste Anzeichen, daß der Papst die christlichen Gewerkschaften gern sieht, daß er ihnen Gedeihen und Förderung durch die Geistlichkeit wünscht, oder daß er ihnen wenigstens die Gleichberechtigung mit den konfessionellen Organisationen zugesteht. Nichts, dafür aber von alledem das Gegenteil. Grundsätzlich verurteilt und nur auf Widerruf geduldet; aus gewissen Gegenden vollständig ausgesperrt; in ihrer Bewegungsfreiheit vollständig gehemmt; wehrlos gemacht gegenüber den Fachabteilern, denen die volle Gunst und die ausgiebigste Hilfe der Geistlichkeit gehört: das ist das Dasein der christlichen Gewerkschaften unter dem durch die päpstliche Kundgebung vom 24. September geschaffenen Zustand.

Wie die Bischöfe in ihrem Schreiben an den Klerus bekunden, ist das Urteil des Papstes in der Gewerkschaftsfrage »nach Anhörung der Bischöfe Deutschlands und in Übereinstimmung mit deren Vorschlägen« erfolgt; sie danken dem Papst, daß er »durch seine höchste Autorität die Stimme der Bischöfe unterstützt hat, und daß nunmehr bindende klare Richtlinien für die Haltung der katholischen Arbeiter von höchster Stelle aus ergangen sind«. Die Bischöfe unterstreichen die von Rom aus gegebene »Mahnung zur Einigkeit und zur Unterlassung gegenseitiger Beschuldigungen« und sprechen das Vertrauen aus, daß die Katholiken »alle Weisungen der Enzyklika freudig und gewissenhaft befolgen werden«. Die Führer der christlichen Gewerkschaften machten es nun genau so wie nach dem Fuldaer Pastorale vom Jahr 1900. Durch Vermittlung einflußreicher Zentrums Politiker gingen sie die Bischöfe an, versprachen Gehorsam und erlangten dafür von den Oberhirten eine *Interpretation* gewisser Sätze der Gewerkschaftsenzyklika, die zwar an deren Sinn nichts änderte, ihn aber als weniger bedenklich erscheinen ließ. Mit dieser bischöflichen Interpretation traten die christlichen Führer vor den auf den 26. November nach Essen einberufenen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß und verkündeten dort, daß nunmehr, nach der bischöflichen Interpretation, kein Grund zur Besorgnis und zur Beunruhigung vorliege; was die Bischöfe verlangten, hätten die christlichen Gewerkschaften schon immer erfüllt, es bleibe also alles beim alten. Nichts davon, daß man sich die Eingriffe, die Überwachung und die ewigen Zurechtweisungen von kirchlicher Seite verbat: man pries sich glücklich, daß der Papst die christlichen Gewerkschaften zu dulden versprach und feierte die Bischöfe, weil sie durch ihre Interpretation einigen Sätzen der Enzyklika eine formale Milderung gegeben hatten. Vielleicht wundert man sich hier und da, daß nicht aus den Reihen der christlichen Gewerkschaftsmitglieder ein Widerspruch gegen die an ihren Organisationen verübten Eingriffe laut wird. Aber diese Tatsache erklärt sich daraus, daß die Mitglieder

der christlichen Gewerkschaften viel zu gute Katholiken sind, als daß sie an Kundgebungen von höchster kirchlicher Stelle zu nörgeln wagten. Und dann, wo sollten sie auch ihren Widerspruch anbringen? Die Führer halten, unterstützt vom Zentrum, auf Unterordnung, sie beherrschen die Presse und die Versammlungen und lassen eine eigene Meinung nicht aufkommen.

Und die evangelischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften, für die doch die bei den katholischen Arbeitern ins Gewicht fallende Gehorsamspflicht gegen die päpstliche und bischöfliche Autorität nicht mitredet? Herr Stegerwald hat in Essen die Zahl der in den christlichen Gewerkschaften organisierten evangelischen Arbeiter auf 70- bis 90 000 geschätzt. So viele sind es kaum, die Hälfte wird auch zureichen, und diese stehen zum guten Teil unter dem Einfluß der christlichsozialen Dreimännerpartei des Herrn Mumm, die dem Zentrum ihre Mandate und ihren (allerdings nur geringen) Einfluß auf die Arbeiter verdankt. Aus diesen Kreisen ist kein Widerspruch zu erwarten. Es kann sich nur darum handeln, ob die neuerlichen Bemühungen der christlichen Gewerkschaften mehr als bisher die evangelischen Arbeiter für sich zu gewinnen durch die jüngsten Begebnisse begünstigt werden oder nicht. Und da darf man wohl als gewiß annehmen, daß das Mißtrauen, das bisher schon auf evangelischer Seite gegen die christlichen Gewerkschaften vorhanden war, durch das Vorgehen des Papstes wesentlich gestärkt worden ist. Man darf sogar als ebenso gewiß annehmen, daß die römischen Übergriffe auch zahlreiche katholische Arbeiter, wenn auch nicht aus den christlichen Gewerkschaften herausgetrieben, so doch von dem Anschluß an sie ferngehalten haben. So wird die päpstliche Enzyklika wohl dazu beitragen, daß die christlichen Gewerkschaften in steigendem Maß der Möglichkeit zu weiterer Gewinnung von Anhängern beraubt, in immer größern zahlenmäßigen Abstand von der freien Gewerkschaftsbewegung gebracht werden.

XX
**KARL LEUTHNER · TÄUSCHUNG UND SELBST-
 TÄUSCHUNG**



FT haben wir uns darüber den Kopf zerbrochen, wie in unseren Tagen des herrschenden Volkswillens und der alle Wehrfähigen umspannenden Volksheere die Kriegsstimmung, die psychologischen Voraussetzungen des Kriegs herbeigeführt werden. Nun, das Wiener Kabinett hat diese Frage im Lauf von 4 Jahren 2mal nach einander praktisch in der vollkommensten Art gelöst. Und wie sonst so weist auch hier die Tat das irrende theoretische Denken zurecht. Man ist vielfach der Meinung, der Krieg sei der Ausfluß eines Überschwangs nationalen Kraftgefühls. Die sogenannten *Friedensfreunde* huldigen dieser Auffassung bis zu dem Grad, daß ihre ganze Propaganda sich ausschließlich gegen die nationalen Empfindungen kehrt und von den abgegriffensten Schlagwörtern des Kosmopolitismus bestimmt wird. Nicht wenige glauben wieder, der Krieg sei nur der in den Kampf der Waffen und der Leiber umgesetzte wirtschaftliche Konflikt, unmittelbarer Ausdruck gegensätzlicher ökonomischer Interessen. Beide Lehren hat das Wiener Kabinett 2mal nach einander schlagend widerlegt. Das Land, das innerhalb vierer Jahre zum zweitenmal in schwerer Kriegsgefahr schwebt, hat zum Lebensgrundsatz die Leugnung der nationalen Idee; Haß und Verachtung des Nationalen ist die Seele seiner kosmopolitischen Leiter, die täglich 2mal alle von

ihnen abhängigen Federn gegen die Ausschreitungen des Chauvinismus Gift und Hohn ausspritzen lassen. Ebenso sind jedoch die Staatsleiter völlig über den Verdacht erhaben, daß so Niedriges und Unvornehmes wie wirtschaftliche Interessen jemals ihr Denken berühren könnte. Auch haben in Wien die wirtschaftlichen Interessen selbst in den Tagen der heftigsten Kriegserregung, sofern sie sich überhaupt zu Wort zu melden wagten, stets zum Frieden geredet. Dennoch hätten auch diejenigen nur sehr bedingt recht, die, an der altdemokratischen Auffassung festhaltend, den Krieg als Sache der Fürsten betrachten, die ihre Völker (wie es in der Sprache unserer Großväter hieß) zur Schlachtbank führen. Die Wiener Gewalthaber, so klug im Kleinen wie gedankenarm im Großen, wissen sehr genau, daß sie nicht in der Großväterwelt leben, daß ein moderner Krieg nicht lediglich die Form einer allerhöchsten Entschließung tragen darf, zumal wenn männiglich bekannt ist, daß gerade der Allerhöchste den Frieden festhalten möchte.

Ja, man braucht das Volk, die Volksstimmung zum Krieg, wäre es auch bloß eine weithin sichtbare Bühne und die auf dieser Bühne schreiende und gestikulierende Menge als schauspielerischer Ersatzwert des Volks. Die Bühne ist die Weltstadt Wien, ihr alles übertönendes Pathos liefert die deutsche Weltsprache, das *Rhabarber* des Chores der begeisterte Wiener. Das genügt, um sich selbst und der Welt einen zum Krieg drängenden, gegen Serben, Russen und wen immer noch unwillig aufschäumenden Volkswillen in einem täuschenden Bild vorzaubern. Und doch ist eigentlich keine Zauberei und Gaukelei dabei, sondern alles geht sogar den alltäglichsten und abgetretensten Weg unserer Zeit, den Weg der Presse. Allein hier darf wieder niemand an die sogenannte *gelbe* Presse denken; diese wird in England, in Amerika von echten Strömungen des Volksempfindens getragen; nichts Echtes, nichts, was aus der Tiefe quillt, kann es in einem nicht nationalen Staat geben. Die Wiener Presse vielmehr in ihrer äußersten Entartung, in der wir sie jetzt wieder sich entblößen sehen, ist nur der folgerichtige Ausdruck jener traurigen Lebenslüge, aus der die Kriegstreiberin alle Nährsäfte ihrer Kraft zieht. Schwarzgelb ist, vereinzelte Fälle und schwache Gruppen bei den übrigen Nationen abgerechnet, nur der Deutsche und im besondern der Wiener. Der Wiener ist deutscher Weltstädter mitten in einem vorwiegend nichtdeutschen Land; die weltstädtische Verachtung des Provinzlers steigert sich bei ihm zu der völligen Nichtbeachtung, zu dem Nichtkennen alles dessen, was nicht Wien ist. Der Hinneigung zu Deutschland, der der Deutsche aus den Sudetenländern gelegentlich verfällt, ist er nicht ausgesetzt; davor bewahrt ihn das Selbstbewußtsein der Millionenstadt, die außer ihren Mauern nichts Lebenswertes, mindestens nichts Ebenbürtiges findet. Allein er stellt sich doch wieder mit den anderen Hauptstädtern in Wettbewerb. Was ihre Größe ausmacht: daß sie Zusammenfassung und Vertretung nach außen gewaltiger Gesamtkräfte eines Volks sind, das gerade fehlt Wien. Der Wiener kann nicht bloß die Deutschen Österreichs vertreten wollen, sonst bleibt er ja nicht mehr Hauptstädter im modernen politischen Sinn, und er kann die übrigen Nationen Österreichs nicht vertreten wollen, von deren Sein und Wesen er so gut wie gar nichts weiß, und die in Wien (zum Teil) das Ziel ihres grimmigsten Hasses haben.

Doch was dem Wiener, was dem schwarzgelben Überpatrioten mangelt, gerade das ersetzt sich um so üppiger in seiner Phantasie. Es gibt kein Österreich, keine Österreicher in seinem Sinn außerhalb des Wiener Weichbilds, der deut-

schen Sprachgrenzen, also erzeugt er beide in seiner Phantasie. Was er in Wien sieht, hört, liest, überträgt er einfach auf das Staatsganze, ja, in gehobenen Augenblicken auf beide Staaten der Monarchie. Er redet immer von österreichischem Gesamtempfinden: also gibt es eins. Wer widerspricht ihm denn, wer kann ihm widersprechen? Etwaigen Widerspruch aus der deutschen Provinz beachtet er nicht; er lebt ja, national gesprochen, in der Riesenstadt eines kleinen Volks, eines Volks, das dieser Staat nicht ist, während Wien diesen Staat darstellen will. Und der Widerspruch der Nichtdeutschen kann sich ihm nicht vernehmlich machen. Ja, von draußen kommen noch Zuflüsse des Denkens, die seine hochmütige Selbsttäuschung bestärken. Der Deutsche Österreichs außerhalb Wiens kann gelegentlich deutsch denken, national denken, das heißt er kann die besonderen Notwendigkeiten und Möglichkeiten im Dasein seines in Österreich kleinen Volks abwägen. Allein nicht lange, nicht ungetrübt; in ihm waltet ja aus Literatur und Geschichte das andere Bewußtsein: wenn auch nur kulturell und national Teil eines Weltvolks zu sein. Die Größe der deutschen Geschichte, die Größe der deutschen Gegenwart wallt in ihm als Gefühl oder gärt sauer in ihm als alldeutsche Phrase. Und wenn sie sich in Wortausbrüchen erschöpft hat, sucht sie das Feld des Handelns, den Staat, und findet nur den österreichischen Staat. Er ist unser Staat, er ist geschichtlich mit uns verflochten: das ist die Formel, mit der sich noch jeder selbst ins All- und Allerdeutsche verirrt deutschnationale Radikalismus zur schwarzgelben Staatsanbetung zurückgefunden hat. Der rabiateste Nationalismus schlägt dann förmlich unvermittelt in altösterreichische Denunziantenwut um; gestern hieß er noch selbst *Hochverräter, Preußenheuchler*, heute ruft er den Sozialdemokraten *serbische Spione* zu. Dieser Wandel ist in den einzelnen Personen bewußter Schwindel, Erfolgstreberie: in den dahinter stehenden Gruppen vollzieht er sich unwillkürlich, fast unwiderstehlich. Warum singen unsere kornblumengeschmückten Studenten plötzlich vor dem Deutschmeisterdenkmal Lieder, die sie sonst den Schulkindern und ihrer lehrplanmäßig beaufsichtigten Vaterlandsliebe überließen? Gerade weil sie alldeutsch angekränkt sind, das Staatsleben und seine Äußerungen in Kraftphrasen und Paukantenbegriffen fassen. Nun aber stellt sich das Wiener Kabinett auf den Paukhoden, zeigt sich in Kraftposen; da soll germanische Kraft dahinten bleiben? Wenn auch nicht mit der Tat, so doch mit dem Mund eilt sie über die Drina und bei wallenderm Blut sogar über die Weichsel und läßt (selbstverständlich zunächst nur vor dem Wiener Deutschmeisterdenkmal) das deutsche Schwert auf Slawenschädel niedersausen. Und weil es einmal saust, zumal im Kopf, weil die Freude den abgeblaßten Gespenstern der Kraftidee, des Kraftkultus durch Annäherung an möglich gewordene Kriegs- und Kampfszenen Lebensähnlichkeit zu leihen alle Besinnung über den Haufen rennt, so tauchen mit einemmal veraltete Ansprüche der Wiener Politik im Zwielficht deutschösterreichischer Forderungen auf. Der österreichische Deutsche, der einen schweren Kampf um seine Scholle gegen das kleine Tschechenvolk führt, wehrlos die Deutschen Galiziens dahinschmelzen sieht wie ein Zuckerstück in der Tonne Wasser und nur Worte hat, wenn Jahr um Jahr Tausende Deutscher in die magyarische Flut hinabbröckeln: dieser hart bedrängte österreichische Deutsche heischt herrisch den freien Weg nach dem Orient und die Herrschaft über weite, schweigende Slawenlande des Balkans, als ob Berchtolds Weg sein Weg und Berchtolds Herrschaft seine Herrschaft wären. Aber in Wahrheit ist es nichts sonst, als daß wieder einmal junges deutschnationales Blut durch Transfusion die müden, schlaffen Adern der Metternichpolitik belebt.

Dieser deutschnationale Zustrom stärkt die Wiener Strömung, sie aber sprudelt aus anderen Quellen. Was der national angehauchte Deutsche der Sudetenländer und der Alpenstädte auf dem Umweg einer Gedankenvertauschung erlebt, der äplerische Landbewohner in der Nacht seiner Unwissenheit und beherrscht von den Gewöhnungen des Staatsgehorsams einfach von oben her hinnimmt, gleich einem Regimentsbefehl: das erlebt der Wiener in unmittelbarer Anschaulichkeit. Er sieht als Großstädter ohnehin nur sich und seine nächste Umwelt, und nur das Seine wertet er voll. Und was er sieht, ist die Größe des Staats. Denn dieser, damit er Großstaat scheine, braucht den Schauplatz einer Weltstadt, braucht das Mittel der Weltsprache, um zu denen draußen imponierend zu reden, und er spricht zu ihnen deutsch, wenn er auch gerade bei irgendeinem Wandel der innern Politik die Deutschen mit Füßen tritt. Die zentralen Gewalten, das Parlament, die Regierung, die Militärparade, die Besuche fremder Fürstlichkeiten: alles ist wienerisch, kommt nach Wien, verherrlicht Wien, im Bild eine ungebrochene Einheit; wie soll der Wiener nicht diese ungebrochene Einheit auf das Staatsleben übertragen? Polen, Tschechen, sogar die Südslawen mit ihren widerborstigen Demonstrationen: er hört von alledem, aber so recht glaubt er es kaum. Nahezu bar des nationalen Empfindens versteht er dessen Kraft bei anderen nicht; der Selbständigkeitsdrang der Völker, der niemals in ihm ein eigenes Erlebnis war, hat für ihn nur die Lebenswirklichkeit einer Zeitungsphrase. Er ist Altösterreicher, also sind es auch die anderen; und nationale Gegenströmungen, wenn sie auch ganze Völker umfassen, sind eben Abirrungen, deren Kulturwidrigkeit ihm in ruhigen Zeiten das offiziöse Blatt (das in Friedenstagen von Kulturinternationalität und Versöhnlichkeit glänzt wie Stullenpapier) klärlieh darlegt, während in unruhigen Zeiten der Ruf nach der Polizei alle solche Unstimmigkeiten am sichersten beseitigt. Wien ist Österreich; das lebt naiv in dem Chauffeur und dem Stellwagenkutscher, der die demonstrierenden südslawischen Studenten vor der Oper verprügelt und sich einbildet es damit den 6 Millionen Südslawen *gezeigt* zu haben. Wien ist Österreich, schlußfolgert auch das Regierungsreptil, das diese *Schlacht vor der Oper* nicht etwa als Züchtigung vorlauter Jungen abtut sondern als untrüglichen Beweis der einmütig patriotischen Gesinnung in Österreich preist, während die tatsächlich einmütige Gegendemonstration der dalmatinischen Gemeinden zu einem polizeiwidrigen Vorkommnis zusammenschrumpft.

Der Wiener Bürger und Kleinbürger (denn ihn meine ich, wenn ich hier vom *Wiener* spreche) gründet sein altösterreichisches Lebensgefühl auf die Illusion; also wird er auch die gewitzigsten und geübtesten Ausnutzer seiner Illusionen finden, denn in den Wunden lebt die Made. Die Wiener Journalistik ist eine Meisterin der praktischen Psychologie. Was der Wiener träumt, dessen bedarf sie, das haut sie auf als bewußte Täuschung. Sie gilt in der Welt, insofern sie imstande ist nach außen hin als die Repräsentantin der österreichischen Volksstimmung zu erscheinen. Und weil sie in der Welt gelten will, zaubert sie für das Ausland die Wiener Ringstraße und den Franz Josefs-Kai in Österreich um. Sie hat nirgends sonst Wurzeln als im Wiener Boden, aber in raffiniertester Weise versteht sie das Selbstlob, in dem sich alle Großstädter gefallen, zu einem Kultus, ja neuestens zu einem Kulturglaubensbekenntnis zu erhöhen und weist dem Wiener Leser immer nur wieder seine Wiener Gottähnlichkeit nach. Dadurch hat sie eine Macht gewonnen, die über die Macht jeder andern Presse hin-

ausragt, denn ihr begegnet nicht die Kritik des Landes, das ja größtenteils nichtdeutsch, also für den Wiener stumm ist, ihr begegnet nicht die Macht des Parlaments, das in seiner nationalen Zerklüftung unfähig bleibt Kulturströmungen und Gedankenrichtungen zu bestimmen (allen Völkern entnommen, lebt es in keinem Volk).

Also kann diese Presse widerstandslos walten, und sie hat nun auch alle Laster einer unkontrollierten Gewalt. Die Wiener Zeitungen kennen nicht Scham, nicht Gram; um persönlicher Verärgerung der leitenden Redakteure willen schweigen sie ganze Richtungen tot: die sozialdemokratischen Führer, soweit und solange es irgend geht, ganze parlamentarische Debatten, wo die bürgerlichen Parteien übel abschneiden. Da gibt es keine Polemik, keine Spur geistigen Kampfs und Ausgleichs; die Fälschung der Tatsachen, Stimmungen, Machtverhältnisse und die Sensationsmache ist die Seele der Wiener Presse. Vollends darf sie ihre schönsten Kraftproben vor dem Bürgertum ablegen, wo (wie jetzt während der Kriegshetze) die klerikalen Blätter aus parteipolitischer Berechnung an der Spitze des wilden Faschingszugs, des Skandals und der Lüge marschieren. Vom Reporteramt herkommend, und auch in Feuilleton und Artikel nur gesteigerte Reporterkunst, hat die Wiener Presse den Krieg zwiefältig, doch einheitlich wirksam für den obern und mittlern Pöbel behandelt. Für den obern Pöbel ein endloses pseudodiplomatisches Gewäsch, in dem alle realen Machtverhältnisse versinken und vom Weltgeschehen nichts übrig bleibt als was angeblich Berchtold meint, Grey und Iswolskij dunkel spinnen, Paschtsch an Interviewer abgibt. Der Spießier spürt die Luft der Höhen und wandelt unter den Wissenden. Er staffiert sich innerlich rasch um. Gestern noch riechend nach allen Pomaden des Fortschritts, ein intimer Freund der Friedensleute und Verächter der *nationalen Brutalität*, wird er jetzt zum stahlharten Staatsmann des Kaffeehauses, der für höhere Zwecke Soldaten opfert wie Bauern im Schachspiel und in den Geheimnissen der albanischen Berge heimisch ist wie in seinem Tarockspiel. Für das niedere Volk und die deutschnationale Hilfstruppe kommen die schönen Menschlichkeiten in dem Balkankonflikt, in die grause Beleuchtung, die geübte Lokalreporter von Mordaffären der kläglichen Prochaskageschichte zu leihen wußten. Als die Ansichtskarte Prochaskas schon eine Woche in Wien lag, und das Auswärtige Amt seit einer Stunde auch die amtliche Depesche über seine Begegnung in Händen hatte, durch Extrablätter die Ermordung des Konsuls ausbrüllen lassen: das war ein neiderweckendes Meisterstück des Wiener Reporters, das macht ihm so bald keiner nach.

Und ebenso vortrefflich versteht dieser Wiener Reporter es der Menge das verletzte Ehrgefühl einzubilden. Daß es schlechthin nur Frechheiten zu züchtigen gelte, das ist der leitende politische Gedanke der Wiener Preßdarlegungen, und in dieser einfachsten Form wird auch die Politik so restlos geistiges Gemeingut wie nur irgendein saftiger Raubmord. Aber der Kriegsbegeisterte fühlt sich sogar in Heldenpose. Er war mit aller Welt empört, als die großen Engländer die kleinen Buren niederrangen; strebt er jetzt das selbe zu tun, meint er gar noch einen tapfern Entschluß zu fassen und beschimpft jeden als Feigling, den das Zahlenverhältnis 50 zu 3 nicht eben heroisch anmuten will. Er darf eben überhaupt Zahlen, Tatsachen in sein Denken nicht aufnehmen, sonst würde ihm etwa auch die Zahl der 12 Millionen Tschechen und Serben im eigenen Land zum Bewußtsein kommen, die durchaus nicht mitbegeistert sein wollen, und wo bliebe

dann sein gesamtösterreichisches Bewußtsein? Sie müssen mit, sagt er, sobald über den Kampfeifer unserer Südslawen Zweifel auftauchen. Er meint ungefähr, die Polizei besorge auch jene ganz eigenartig gesteigerte Form von Staatsgesinnung, die der Soldat in der Schwarmlinie an den Tag legen muß. Hier ist kein Raum für Erwägungen, wie sie Bismarck, wie sie selbst die konservativsten preußischen Generäle anstellen: daß man eine Truppe durch den Zwang des Gehorsams wohl auf den Kriegsschauplatz schaffen kann, daß aber Widerstandskraft und Verlustfähigkeit, die beiden allein siegverbürgenden Eigenschaften, nur aus der innern Zustimmung des Volks zu Krieg und Kriegszweck entspringen. Solche Gedanken darf sich der Altösterreicher überhaupt nicht nahe kommen lassen, er würde sonst in diesem Staat der widerstreitenden Volksgefühle aller prahlend ausgreifenden Politik den Abschied geben müssen.

Daß nun aber eine solche mächtige und, weil unkontrollierbare, auch gewissenlose Presse das beste und brauchbarste Werkzeug einer Abenteuerpolitik sein kann, das sieht wohl jeder. Und daher schreibt es sich denn auch her, daß im internationalen, im Staat ohne wirkliche öffentliche Meinung Kriege und Kriegsstimmungen weit leichter vorbereitet werden können als im nationalen. Im nationalen Staat besteht immer zwischen Politik und geistigem Leben, zwischen Machtgedanken und Idealen ein Verhältnis, das, mag es einmal ein freundliches, einmal ein gegensätzliches sein, doch eine beständige Durchleuchtung der Politik durch die nationale Intelligenz zur Folge hat, und das für die Staatsleitung den Zweck mit sich führt sich einigermaßen nach den tatsächlichen Machtbedingungen und Größenverhältnissen zu richten, die irgendwo im Gesamtempfinden des Volkes, das zugleich der Staat ist, als helleres oder dunkleres Selbstgefühl walten. In Österreich, wo alles Selbsttäuschung und Täuschung bleiben muß, soll die Kraftmeierpolitik nicht an sich verzweifeln, mag der leitende Staatsmann, weil das Ausland nur die Wiener Presse liest und die nichtdeutsche Provinz im Dunkel verschwindet, das Schauspiel, das in der Hauptstadt der Welt bereitet wird, zuletzt selbst dem einhellig entschlossenes Österreich vorgaukeln, der dieser Gaukelkünste Urheber war. Illusion, Selbstbetrug ist das Rätselwort des Wiener Lebens. Und diese Selbsttäuschung ist sogar eine wirkliche Macht. Ich habe es persönlich erfahren, als ich im Lesezimmer des Parlaments die tschechischen Blätter der Reihe nach durchsah: da brannte alles von Serbenliebe, von einem Haß gegen die österreichische Balkanpolitik, mit dem verglichen die sachliche Kritik der Sozialdemokratie zum leisen Fünkchen verflackert. Doch als ich dann in den Saal eintrat, stimmte der größte Teil der Tschechen und der Südslawen so, daß sie bei der Unterdrückung des Baseler Manifests tätig mithalfen. Und die so stimmten, waren nicht bloß von der selben Nation und von der selben Gesinnung wie die Schreiber jener Kampfartikel, es waren zum Teil diese Schreiber selbst.

Bei solchen Lebensbedingungen muß jede Politik aufs jämmerlichste verlumpen. Hier sind Volk und Staat völlig gelöst, beide selbständige, einander nicht bestimmende Gewalten. Da ist die natürliche Gesinnung des Strebers (in aller parlamentarischen Politik steckt 80 % Strebertum) nach unten durch Demagogie jeden andern Mandatswerber zu übertrumpfen, nach oben aber mit der völlig unabhängig scheinenden und in Fragen der äußern Politik höchstens von der Wiener Kleinbürgerstimmung getragenen Staatspolitik zu paktieren, um sich Gnade und Geschäft für spätere Zeiten nicht zu verderben. Glückliche die-

jenigen, denen eine slawische, daher in Wien unverständliche Sprache erleichtert diese doppelte Buchhaltung der politischen Moral restlos durchzuführen: im heimischen Idiom zu sein, was man in Wien Hochverräter nennt, und in der deutschen Sprache ein ergebener loyaler Patriot.

XX
**PAUL UMBREIT · DRINGENDER ARBEITERSCHUTZ
 IN DER GLASINDUSTRIE**



IE reformbedürftig der Arbeiterschutz in Deutschland noch immer ist, trotz der Unternehmerklagen über Humanitätsduselei und schädliche Mitleidsmoral, das beweisen die Zustände in der Glasindustrie, auf die 2 Petitionen des Zentralverbandes der Glasarbeiter die öffentliche Aufmerksamkeit lenken. Diese Petitionen wenden sich an den Bundesrat und Reichstag um eine Erweiterung des Schutzes der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen. Die Glasindustrie gehört nämlich zu den Industrien, denen entgegen den Vorschriften des § 136 der Gewerbeordnung die Nacharbeit der jugendlichen Arbeiter noch gestattet wird, angeblich aus Gründen der Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses an Arbeitern. Von 1892 wurde diese Ausnahme zunächst auf 10 Jahre bis 1902 und dann wiederum auf 10 Jahre bis 1912 gewährt. Als diese Frist abzulaufen drohte, setzten die Unternehmer eine abermalige vorläufige Verlängerung durch, und in einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 2. August dieses Jahres verlangten sie nichts geringeres, als daß ihnen wiederum auf 10 bis 15 Jahre gestattet werde Knaben vom 14. Lebensjahr ab während der Nachtarbeitsverbot gemäß § 136 der Gewerbeordnung bis auf das Lebensalter von 16 Jahren auszudehnen. Angesichts des großen Einflusses der Glasindustriellen und des hinter ihnen stehenden *Zentralverbandes deutscher Industrieller* ist tatsächlich zu befürchten, daß die Regierung, unbekümmert um das Wohl der Arbeiter, den Herren nochmals mit einer längern Ausnahmefrist entgegenkommt. Das bedeutet indes nach den bisherigen jahrzehntelangen Erfahrungen ein dauerndes Siechtum und frühen Tod ungezählter Arbeiter der Glasindustrie. Die Glasindustriellen begründen ihr Verlangen nach Nacharbeit der Jugendlichen zunächst mit der Behauptung, daß die Nacharbeit auf den Glashütten aus technischen Gründen nicht zu entbehren sei, weil die geschmolzene Glasmasse unbedingt verarbeitet werden müsse, und weiterhin damit, daß der Glasarbeiter, wenn er die zu seiner Hantierung nötige Geschicklichkeit erwerben solle, spätestens im Alter von 14 Jahren zu lernen anfangen müsse. Es sei zudem ein starker Mangel an jugendlichen Arbeitern vorhanden, und die Heranbildung eines leistungsfähigen Arbeiterstammes sei geradezu eine Lebensfrage für die Glasindustrie. Die Glasarbeiter bestreiten lebhaft die Richtigkeit dieser Argumentation und fordern in ihrer Petition an den Reichstag nicht allein ein ganzliches Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen bis zu 16 Jahren in Räumen, in denen eine außergewöhnliche Wärme herrscht (Häfenkammern, Feuerungskanälen usw.), oder in denen Rohstoffe zerkleinert werden, oder in denen mit flüssigem Fluorwasserstoff (zum Ätzen) oder mit Quecksilber (Spiegelbelegen) gearbeitet wird, sondern auch ein Verbot der Nacharbeit und Sonntagsarbeit überhaupt (mit Ausnahme der unentbehrlichen Unterhaltung des Feuers an den Glas-, Streck-, Brenn- und Glühöfen). Sie begründen die Not-

wendigkeit des Beschäftigungsverbots für Jugendliche an den erwähnten Stellen mit den schweren Gesundheitsschädigungen, zu denen diese Ausbeutung unerwachsener junger Leute führt, und die des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbots mit der Notwendigkeit einer Arbeitszeitregelung, die nicht bloß die Gelegenheit zu ungesunder Jugendausbeutung verschließt sondern auch die erwachsenen Arbeiter vor frühzeitiger Gesundheitszerrüttung bewahrt. Zur Durchführung dieses Nachtarbeitsverbots fordern sie eine Schichteinteilung von je höchstens 9 Stunden einschließlich 1 Stunde Pause, wonach die eine Schicht nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und die andere nicht nach 10 Uhr abends enden darf. Eine derartige Schichteinteilung habe sich in einer Reihe von Glashütten bereits bewährt, und in Holland werde zurzeit auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Organisationen der Industriellen und der Glasarbeiter ein einjähriger Versuch der gänzlichen Ausschaltung der Nachtarbeit gemacht. In Österreich sei überdies die Nachtarbeit in Glashütten in der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens durch Gesetz verboten, in Holland gleichfalls die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter. Auch in Deutschland sei ein Teil der Glasindustriellen einsichtsvoll genug die durch die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Öfen usw. und durch die Nachtarbeit erzeugten Gesundheitsverheerungen zuzugeben und ein gesetzliches Einschreiten zu befürworten, und nicht minder weisen Fabrikinspektoren stets erneut auf diese Schädigungen hin. Zum Beispiel berichtet der Aufsichtsbeamte für Liegnitz: »Vom Standpunkt des Arbeiterschutzes ist jede Nachtarbeit, insbesondere eine regelmäßige, in hohem Grad als schädlich und beklagenswert anzusehen, und da 45 (von insgesamt 47) Hohlglashütten des Regierungsbezirks ohne sie fertig werden können, muß namentlich für die Jugendlichen ein strenges Verbot der Nachtarbeit gefordert und auf das wärmste befürwortet werden.«

Von den Zuständen, unter denen die jungen Leute in der Glasindustrie ausgebeutet werden, entrollte eine am 17. November dieses Jahres in Berlin abgehaltene Glasarbeiterkonferenz ein geradezu grausiges Bild. In den Glashütten arbeiten nicht nur Jugendliche von 14 bis 16 Jahren, sondern selbst Kinder unter 14 Jahren, die vom Ausland, meist aus Böhmen, durch Werbekontrakte verschrieben werden. Sie sind nur selten der deutschen Sprache mächtig und können über ihr wirkliches Alter keine Auskunft geben; vielfach machen sie auch auf Geheiß falsche Angaben. Ihre Papiere lauten auf 14 bis 15 Jahre Alter, ihr Aussehen ist das 11- bis 12jähriger, schwächerer Knaben. Und diese Kinder werden in vollen 12stündigen Arbeitsschichten ausgebeutet; denn auch während der Pausen haben sie keine Ruhe sondern müssen, wenn sie nicht abtragen oder aufräumen, sich auf Geheiß der Meister an den Öfen beschäftigen, damit sie in dieser Zeit etwas von der Kunst des Glasblasens erlernen. Und wie Kinder in solchem Alter sind, sie tun es gerne, weil die Aussicht winkt bald mehr zu verdienen. Aber damit nicht genug, werden diese unglücklichen Wesen auch noch zu Überarbeit herangezogen, so daß Fälle von 18- bis 24stündiger ununterbrochener Arbeit ohne ausreichende Pausen vorgekommen sind. Der Mehrverdienst überwindet alle Bedenken; denn der regelmäßige Arbeitsverdienst beträgt selten mehr als 12 bis 13 Mark pro Woche, und der geht bei dem teuren Leben bald darauf.

Um die Unmenschlichkeit einer derartig langen Ausbeutung völlig zu begreifen, muß man sich die Arbeitsräume der Glashütten vorstellen, in denen außer-

ordentlich hohe Temperaturen herrschen und aus den überhitzten Häfen mit stählernen Rohren, die allein 4 bis 6 Kilo wiegen, eine Glasmasse im Gewicht von 15 bis 30 Kilo herausgehoben, in die Luft geschleudert und ausgeblasen werden muß. Diese Arbeit ist schon für erwachsene Männer fürchterlich anstrengend, für unausgereifte Körper geradezu gesundheitszerrüttend. Dazu ist die Luft mit schlechten Dämpfen erfüllt, die Ventilation ist entweder mangelhaft oder so ungeeignet, daß Zugluft entsteht. Nicht genug aber, daß junge Leute in solchen Räumen 12 bis 20 Stunden arbeiten müssen: dienen diese in manchen Hütten auch noch als Unterkunfts- und Schlafräume; denn besonders ausländische Jugendliche werden von den Hütten beherbergt und gepflegt. Da gibt es nicht immer besondere Logierhäuser, sondern die Schlafräume befinden sich gleich in der Fabrik, womöglich in nächster Nähe der Arbeitsstellen. Sie spotten jeder Beschreibung. Keine Spur von Betten, nichts als Strohsäcke und alte Decken. Dazu wird jede Reinlichkeit peinlichst vermieden. In der Regel wird das selbe Lager von den jungen Leuten der Tag- und von denen der Nachtschicht gemeinsam benutzt, so daß auch hier ein regelmäßiger Wechsel stattfindet. In der bayrischen Spiegelglasindustrie befinden sich die Schlafstätten der jungen Leute gleich in den Schleifräumen und starren vor Schmutz und Schleifstaub. Und diese Räume werden wochenlang kaum verlassen.

Die Bundesratsverordnung will zwar die Hygiene der jungen Leute nicht ganz unberücksichtigt lassen; sie schreibt vor, daß junge Leute männlichen Geschlechts nur beschäftigt werden dürften, wenn das Zeugnis eines von der höhern Verwaltungsbehörde ermächtigten Arztes bestätigt, »daß die körperliche Entwicklung des Arbeiters eine Beschäftigung ohne Gefahr für die Gesundheit zuläßt«. Das ärztliche Zeugnis soll vor Beginn der Beschäftigung dem Arbeitgeber ausgehändigt werden. Dieser Vorschrift wird in den meisten Hütten dadurch genügt, daß die jungen Leute zunächst ohne Zeugnis eingestellt werden, und daß erst später einmal ein Arzt in den Betrieb kommt und eine flüchtige Untersuchung von 20 und mehr jungen Leuten in 15 bis 20 Minuten auf einmal vornimmt. Der Arzt wird nur höchst selten einen Jugendlichen als ungeeignet bezeichnen; denn dann müßte die Firma diesen unter erheblichen Kosten in die Heimat zurücktransportieren lassen, und freiwillig meldet sich ebensowenig jemand krank, denn keiner läßt sich gern unverrichteter Dinge wieder zurückschicken. So heißt es eben aushalten in der Hölle, so gut es geht. Daß es meist schlecht geht, beweisen die Ziffern der Krankenkassen und die Erfahrungen der Ärzte. So schrieb Dr. Pfeiffer (Meißen) in seinem Werk über die Berufskrankheiten der keramischen Industrie über die Folgen der Nachtarbeit in den Glashütten, verbunden mit übermäßiger Austrennung in Akkordarbeit: »Rücksichtslos werden alle hygienischen Regeln mit Füßen getreten. Nervöse Hast und Unruhe erfaßt den Mann. Die unbetheiligten Muskeln geraten in unzweckmäßige und krampfartige Mitbewegung; später tritt Zittern und Herzklopfen auf. Ein andauerndes Schmerzgefühl durchrieselt den Rücken; statt wohlthuender Ruhe wird die schlaflose Nacht zur endlosen Qual.«

Angesichts solcher gesundheitszerrüttenden Beschäftigung wird die Heraufsetzung des Schutzalters der Jugendlichen in den Glashütten zur zwingenden Notwendigkeit. Die Frage, ob das Glasblasen respektive die damit verbundene Geschicklichkeit auch im Alter von 16 Jahren und darüber hinaus erworben

werden kann, wird von den Glasarbeitern, denen man ja schließlich ein sachverständiges Urteil über diesen Punkt wohl zutrauen kann, unterschiedslos bejaht. Zudem gibt es schon jetzt Betriebe, die keine Jugendlichen zum Glasmachen zulassen und trotzdem über geübte Arbeitskräfte nicht zu klagen brauchen.

Nicht minder als die Gesundheit der jungen Leute ist die der Arbeiterinnen in den Glashütten und Glasschleifereien gefährdet. In den Hütten werden Arbeiterinnen meist in den Verpackungsräumen mit dem Einbinden der Gläser in Stroh beschäftigt. Ist diese Arbeit auch an sich weniger gesundheitsschädlich, so wirken doch die zahlreichen Überstunden sehr nachteilig, zumal dabei auf die gesetzlichen Vorschriften nicht immer die nötige Rücksicht genommen wird. Vielfach bringen die Arbeiterinnen, besonders in kleineren Betrieben, sogar ihre Kinder zur Arbeit mit, aber nur selten schreiten die Behörden gegen diesen Unfug ein. Direkt gefährlich ist dagegen die Beschäftigung der Arbeiterinnen in Glasschleifereien. Hier sind die Arbeiterinnen nur von Arbeiten am Sandstrahlgebläse, vom Schleifen am trockenen Rad sowie vom Schleifen an Rädern, die nicht durch motorische Kraft bewegt werden, ausgeschlossen. Es bleibt ihnen noch immer die Naßschleiferei und die Beschäftigung in solchen Räumen, in denen männliche Arbeiter schleifen. In diesen, zumeist niedrigen Räumen herrscht eine stickige, mit Glas- und Sandstaub erfüllte Luft, vermischt mit dem Dunst der Petroleumlampen. Dazu ist die Heizung im Winter äußerst sparsam. Der Gesundheitszustand dieser Arbeiterinnen ist daher sehr schlecht.

Die Forderungen der Glasarbeiter: Einschränkung der Nacharbeit auf die Bedienung der Feueranlagen und Schmelzöfen, Verbot der Beschäftigung Jugendlicher bis zu 16 Jahren in Räumen mit außergewöhnlich hohen Temperaturen, in Glasätzereien, Spiegelbelegereien, sowie in Glasschleifereien am Sandstrahlgebläse, beim Trockenschliff und an nicht mechanisch bewegten Schleifrädern und strenge Durchführung der ärztlichen Überwachung des Gesundheitsstands der jungen Leute, diese Forderungen sind ebenso notwendig wie durchführbar und müssen von jedem Menschenfreund aufs wärmste unterstützt werden. Nicht minder notwendig, auch im allgemeinen Interesse, ist eine strengere Kontrolle der Zulassung jugendlicher ausländischer Arbeiter; denn den gleichen Klagen über die Einführung von Kindern unter falschen Altersangaben begegnet man ständig in den Ziegeleien, Textil- und anderen Fabriken. Eine Verschärfung der Vorschriften und der ärztlichen Machtbefugnisse allein reicht aber nicht aus, um hier erfolgreich durchzugreifen. Es ist vielmehr den Gewerkschaften aufs dringendste zu empfehlen für die in Frage kommenden Betriebsarten einen regelmäßigen Kontrolldienst, möglichst mit Heranziehung sprachkundiger Leute, einzurichten.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Balkankrieg In der auswärtigen Politik ist noch lange nicht jede Wetterwolke verfliegen, und vor allem die Börsen, des Kontinents wie Englands, blieben fortgesetzt zwi-

schen zuversichtlicheren und panikartigen Stimmungen haltlos hin und her geworfen. Auch der Ansturm auf die Sparkassen und die kleineren provinziellen Banken ist, wie zur Zeit der Marokkokrise, in Deutschland und Frankreich abermals zu beobachten gewesen. Erfreulicherweise konnten diesmal irgendwelche

Zweifel an den ernstesten Friedensbemühungen der deutschen amtlichen Politik kaum auftauchen, und gerade in England gelangte diese offene Anerkennung überwiegend zum Durchbruch. Eine schwierige und heikle Vermittleraufgabe ist freilich Deutschland insofern gestellt, als eine allzu geflissentliche Dämpfung der österreichisch-ungarischen Erregung sehr leicht den russisch-serbischen Widerstand gegen jede Einschränkung des serbischen Expansionsdrangs stärken kann, während andererseits jede mäßigende Einwirkung auf Petersburg das Kriegsfieber in dem Donaudoppelstaat von neuem anzufachen droht. In einer Note der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* mit deutlicher Spitze gegen die allzu weitgehende Inanspruchnahme Deutschlands für rein österreichische Machtzwecke und gleich darauf in der Kanzlerrede vom 2. Dezember mit reichlich unterstrichener Betonung der Bündnispflichten gegen das selbe Österreich kamen beide Tendenzen des deutschen Verhaltens in etwas unvermittelter Abwechslung zum Ausdruck, ohne daß man deshalb auf einen wirklichen Wechsel im Endziel zu schließen brauchte. In Verbindung mit einer offenen Erklärung von Kiderlens zugunsten des bisherigen und fernern Zusammenarbeitens mit England in der Orientfrage ist diese ruhigere Auffassung auch in England die vorherrschende geblieben. »Die Rede des Reichskanzlers«, urteilen die sonst so wenig deutschfreundlichen *Times*, »muß als Ganzes gelesen werden, und so gelesen, erscheint sie uns hervorragend friedensfördernd. Deutschland hat für den Frieden gearbeitet und arbeitet weiter dafür. Das ist der wesentliche Grundzug.« Die *Times* geben den Serben gleichfalls den Rat auf die geplante Angliederung Albaniens zu verzichten und umso mehr eine wirtschaftliche Verständigung mit Österreich zu suchen. Zwischen den Kriegführenden selber ist es am 3. Dezember zunächst zu einem Waffenstillstand gekommen.

× **Teuerungsdebatten** Die ersten Erörterungen des Reichstags, der am 26. November wieder zusammentrat, galten der Teuerungskalamität, deren Existenz an sich ja von keiner, nicht einmal von hochagrarischer Seite bestritten wird, und die verspäteten und ungenügenden Abwehrmaßnahmen der Regierung, zu denen naturgemäß die verschiedenen Parteien und Interessengruppen eine sehr verschiedene Stellung einneh-

men. Neues konnten die mehrtägigen Auseinandersetzungen kaum noch bringen, nachdem die Presse während des ganzen Sommers und Herbstes unermüdlich hinüber und herüber geschossen hatte, und nachdem schließlich das preußische Abgeordnetenhaus mit seinen Fleischnotinterpellationen und Ministererklärungen dem Reichsparlament vorangegangen war.

Wenn aber die Abstimmung über den, zuletzt auf ein äußerst bescheidenes Maß eingeschränkten sozialdemokratischen Mißbilligungsantrag (es erklärten sich bei 9 Enthaltungen 140 Stimmen dafür, 174 Stimmen dagegen) auf die äußerste Linke vielfach wie eine überraschende Enttäuschung wirkte, so bestätigt das doch von neuem, wie wenig man hier noch immer zu einer richtigen Einschätzung der agrarischen Bewegung, ihrer wirtschaftlichen Ursachen und damit ihrer politischen Lebens- und Widerstandskraft gelangt ist. Die Freisinnigen, unsere alten, freilich sehr wenig bewährten Vorbilder in der Agrarpolitik, haben in jüngster Zeit wenigstens einige Ansätze zu einer, dem realen Verlauf der Agrarentwicklung entsprechender wirtschaftspolitischen Auffassung gewagt. In unseren eigenen, den sozialdemokratischen Reihen, scheint eine solche Änderung sich noch nicht vollziehen zu wollen: wenigstens nicht nach außen hin, denn es lassen sich genug Anzeichen dafür anführen, daß auch bei uns viele der einst maßgebendsten Agraranschauungen der Partei innerlich schon seit langem mehr und mehr ins Wanken geraten, zermürt und zermorscht sind. Solange dieser geistige Umbildungsprozeß noch nicht weiter vorgeschritten ist, wird sich naturgemäß immer ein gut Stück falsche, irreführende Berechnung in alle agrarpolitischen Parteiaktionen mit hineinmischen; und in der Tat haben sie deshalb in den letzten Jahren meist mit einem argen Mißverhältnis zwischen hochfliegenden Erwartungen und niederdrückenden wirklichen Ergebnissen schließlich geendet. Irgend etwas in den gehegten Voraussetzungen muß hier, wie man sich mit der Zeit allgemein sagen sollte, nicht stimmen, und nur eine freie, unumwundene Diskussion kann uns aus dem alten, toten Geleis herausbringen. Die heutige Übergangszeit mit ihren vorläufig noch unausgeglichenen Meinungen hat sicherlich für das Parteauftreten nach außen hin manches Unbequeme. Aber das haben wir im Lauf der Zeit und des Parteebestehens auf zahllosen an-

deren Gebieten ähnlich erlebt, und wir haben es stets zu überwinden verstanden. Bei einigem Geschick und parteigenössischem Solidaritätsgefühl werden auch auf agrarpolitischem Gebiet unsere jeweiligen parlamentarischen Wortführer jedem gegnerischen Hinweis auf differierende Auffassungen immer die Spitze abbrechen können: vorausgesetzt allerdings, daß sie über den Kern der gepflogenen Parteidiskussionen genügend unterrichtet sind und sich deshalb nicht mit einem Drumherumgehen zu begnügen brauchen, das der Sache selber mehr schadet als nützt.

× **Zentrum und Regierung** Eine unerwartet kriegerische Haltung nahm während der Generaldebatte des Etats im Reichstag plötzlich das Zentrum gegen die Regierung an, weil der Bundesrat die verbotene Ordenstätigkeit der Jesuiten in allzu kirchenfeindlicher Weise interpretiert habe. Die Vorgeschichte des jüngsten Bundesratsbeschlusses ist in Norddeutschland sehr wenig bekannt, während sie allerdings in Bayern und Süddeutschland die Gemüter bereits sehr lebhaft beschäftigte. Im letzten bayrischen Landtagswahlkampf wiesen die Klerikalen mit Vorliebe auf die drohenden Kirchenverfolgungen hin: Habe doch ein Landesregierungserlaß vom 4. August 1911 als erlaubte Ordenstätigkeit »lediglich das Lesen einer stillen Messe oder die Abhaltung von wissenschaftlichen oder religiösen Vorträgen außerhalb kirchlicher Räume« bezeichnet, während, von Notfällen abgesehen, jede seelsorgerische Tätigkeit, namentlich auch die Abhaltung von Exerzitien und die Übernahme religiöser Vorträge in der Kirche, als nach dem bestehenden Gesetz unzulässig bezeichnet worden sei. Die ganze klerikale Agitation war insofern leerer Lärm, als der Ministerialerlaß lediglich die längst bestehende Praxis aus rein äußerlichen, zufälligen Gründen nochmals in die Erinnerung der Beteiligten zurückgerufen hatte. Unter dem Eindruck der Zentrumsanklagen und nach dem Zentrumsieg glaubte jedoch die Regierung ein übriges tun zu sollen, um die künstlich geweckte Erregung der Wähler zu beschwichtigen. Über den klaren Wortlaut des Gesetzes hinaus schuf deshalb ein Geheimeraß an die Kreisregierungen und Bezirksämter eine völlig abweichende, ganz neue Grundlage der behördlichen Praxis: abweichend von der eigenen bayrischen Vergangenheit, aber auch abweichend von der Gesetzeshandhabung im

übrigen Deutschland. Die Gegenagitation, deren Lebhaftigkeit natürlich wesentlich von den allgemeinen Parteiverhältnissen in Bayern und der neuen bayrischen Kammer beeinflusst wurde, brachte schließlich das überereifrige Ministerium Hertling in eine derart schiefe und unhaltbare Lage, daß es in seiner Bedrängnis den Bundesrat um eine eindeutige, maßgebende Entscheidung anrief. Diese fiel, wie zu erwarten, im wesentlichen gegen die versuchte neue bayrische Praxis aus, weckte jedoch in der einmal festgelegten klerikalen Presse von neuem die bittersten Verwahrungen. »Der Erlaß«, schrieb die *Kölnische Volkszeitung*, »läßt jede Rücksicht auf das katholische Empfinden vermissen. Die Beunruhigung im katholischen Volksteil wird durch den Bundesratsbeschluß nicht vermindert sondern verstärkt. Der Bundesrat hat die engherzigste Formel des Ausnahmegesetzes festgehalten und die meist stillschweigend geduldete Praxis verschärft. Ein Aufschrei der Entrüstung wird bei der Nachricht von dem Erlaß durch das katholische Volk gehen. Die Entscheidung des Bundesrats ist eine Wiedernerneuerung und Auffrischung des Kulturkampfes.« Auf den gleichen Ton gestimmt war die Etatsrede des Zentrumsführers Spahn, die zum Schluß in die wohlformulierte Fraktionserklärung ausmündete: »Der Bundesrat hat die in dem Ausnahmegesetz gegen den Orden der Gesellschaft Jesu liegenden Eingriffe in die bürgerliche und kirchliche Freiheit verschärft. Unter diesen Umständen können wir zu Reichskanzler und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Behandlung finden. Wir werden unser Verhalten dementsprechend einrichten.« Zuerst wollte man vielfach in diesem geharnischten Mißtrauensvotum den Beginn des Zentrumsabschwenkens zur Opposition erblicken. Aber das Zentrum hat, um seine Wähler und vor allem seine kirchlichen Wahlagitatoren bei Laune zu halten, schon oft solche Kriegserklärungen in die Welt geschleudert, zu Liebesszeiten sogar in regelmäßiger Wiederkehr, ohne daß man bei der nächsten wichtigern Gelegenheit auf die süße Gewohnheit des Mitregierens verzichtete. Der Anschluß an die Linke wäre zudem heute schwerer als jemals früher zu finden, ganz abgesehen davon, daß ein Kampf um die Jesuitenfreiheit gerade keine besondere Zugkraft über die engsten eigenen Parteikreise hinaus zu entwickeln vermöchte.

Regierung und Zentrumsführung werden sich deshalb wahrscheinlich um die Wette bemühen die unterbrochene Verbindung wieder herzustellen.

× **KurzeChronik** Die Vorlage über das Petroleummonopol ist dem Reichstag zugegangen und von diesem am 7. und 9. Dezember in 1. Lesung beraten worden. Die Grundzüge des Entwurfs sind die selben geblieben wie in der ersten Veröffentlichung, so daß hier auf meinen Artikel *Petroleummonopol* (in diesem Band, pag. 1403 ff.) verwiesen werden kann. × Nach langwierigen, über ein volles Jahr ausfallenden Verhandlungen ist Ende November auch der französisch-spanische Marokkovertrag zum Abschluß gebracht worden. Spanien richtet sich danach in den ihm schon durch die Delcasséschen Verträge von 1904-1905 vorbehaltenen Gebieten etwa ähnlich häuslich ein wie Frankreich in seiner, ungleich wichtigern Sphäre. Die künftige Stellung Tangers ist noch immer ungerregelt gelassen, weil hier Englands Interessen wegen des gegenüberliegenden Gibraltar mit in Frage kommen. Der Grundsatz der vertragsmäßig für ganz Marokko geltenden Handelsfreiheit wird auch für das den Spaniern zufallende Gebiet wiederholt. Alle Algecirasmächte haben dem Vertrag zuzustimmen, aber Schwierigkeiten nach dieser Seite werden nirgends erwartet. × Die russischen Wahlen scheinen die Erwartungen der Regierung, trotz aller Machenschaften und gewaltsamen Auslegung des Wahlgesetzes, enttäuscht zu haben. Den Ausschlag in der neuen Duma geben nicht die schlechthin reaktionären Parteien, sondern die gemäßigten Oktobristen. Gleich die Präsidentenwahl besiegelte die Niederlage der Reaktionen und Nationalisten.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Internationale Organisation Der Vorstand des Internationalen Genossenschaftsbundes veröffentlichte den Bericht über das Jahr 1911. Die Zahl der neuen Mitglieder war verhältnismäßig gering, weil jetzt die Verbände sich kollektiv mit ihren sämtlichen Mitgliedern anschließen können. Es haben von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht: der deutsche Zentralverband, der Verband der belgischen Genossenschaften, der der böhmischen Konsum- und Produktivgenossenschaften und der der schweizerischen Konsumvereine. In-

folge dieser Massenbeitritte hat sich auch die finanzielle Situation des Bundes recht günstig gestaltet: es wurden im Berichtsjahr 60 830 Mark eingenommen; der Vermögensbestand stellte sich am Jahreschluß auf 13 220 Mark. Der Zentralvorstand hielt im Lauf des Jahres 1911 auch eine Sitzung ab, die sich hauptsächlich mit der Wahl eines internationalen Generalsekretärs beschäftigte; Dr. Hans Müller hat sein Amt niedergelegt. Da keine der Bewerbungen den Ansprüchen des Amts genügte, so wurde die Wahl vertagt, und Dr. Hans Müller wurde ersucht die Herausgabe des *Bulletins* und des *Jahrbuchs* weiter zu übernehmen. An Stelle des verstorbenen Gray wurde A. Whitehead in den Ausschub gewählt.

Am 10. August dieses Jahres fand in Kopenhagen die diesjährige Sitzung des Zentralvorstands statt, deren Hauptgegenstand die Feststellung der Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses in Glasgow war. Folgende Themen sollen den Kongreß beschäftigen: 1. der direkte Gütertausch zwischen konsumgenossenschaftlichen, landwirtschaftlichen und anderen Produktivgenossenschaften, auch zwischen den Großeinkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder (Referent Kaufmann-Hamburg), 2. nähere Beziehungen und gegenseitige Hilfe der Genossenschaften in den verschiedenen Ländern (Referent Williams-London), 3. die Entwicklung der genossenschaftlichen Presse im Interesse der genossenschaftlichen Erziehung (Referent Schär-Basel), 4. die Frage der Pluralität von Konsumvereinen, die in der selben Ortschaft ihren Sitz haben (Referent Bufoli-Mailand); Dr. Hans Müller wird über internationale Genossenschaftsstatistik sprechen. Auch diesmal war die Sekretariatsfrage noch nicht spruchreif, und so erklärte sich Dr. Hans Müller bereit provisorisch die Geschäfte wieder zu übernehmen und zu diesem Zweck nach London überzusiedeln. Es wurde ferner noch beschlossen bei der *Internationalen Friedengesellschaft* in Bern für den Bund einen ständigen Vertreter zu ernennen.

× **England** Nach dem Bericht des Zentralvorstands, der dem englischen Genossenschaftskongreß dieses Jahres (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 1219 ff.) vorgelegt wurde, bestanden in England und Schottland:

Zahl der Genossenschaften	1911	1912	Zu- oder Abnahme
Darunter be- richterstattende	1561	1534	— 27
Mitgliederzahl	2585293	2760531	+ 175238
Umsatz (in Mark)	2178245280	2333537422	+ 155292142
Reingewinn (in Mark)	240222460	264474847	+ 24252387

An diesen Totalziffern partizipieren die einzelnen Genossenschaftsarten in folgender Weise:

Art und Jahr	Zahl	Mitglieder	Umsatz (in Mark)	Reingewinn (in Mark)
Großeinkaufsgesellschaften	1910 2	1434	686 119 820	16 871 660
Konsumgenossenschaften	1910 1 428	2 542 532	729 179 008	20 410 567
Produktivgenossenschaften	1911 1 407	2 640 091	1 437 227 660	218 766 620
genossenschaften	1910 117	32 660	1 525 970 368	238 555 968
Bezugs- genossenschaften	1911 112	32 110	63 665 780	3 792 640
Besondere Genossenschaften	1910 4	83 906	67 158 146	4 421 272
	1911 4	85 968	7 542 890	970 600
	1910 6	1 267	6 803 000	935 740
	1911 6	1 294	3 691 980	114 800
			4 426 960	151 300

Am stärksten haben sich also die beiden Großeinkaufsgesellschaften und die Konsumvereine entwickelt. Zu den für die letztgenannten gegebenen Zahlen sei noch ergänzend bemerkt, daß die Geschäftsguthaben Ende 1911 die Höhe von 645 Millionen Mark erreicht hatten, was also pro Mitglied einen Durchschnittsbetrag von 245 Mark ergibt. Ferner verfügten die Konsumvereine noch über Reservefonds in Höhe von 48 Millionen Mark und aufgenommene Kapitalien in Höhe von 100,7 Millionen Mark. Land, Gebäude und Maschinen standen mit 266 Millionen zu Buch. Es wurden 90 347 Angestellte beschäftigt, davon 67 115 in der Warenverteilung und 23 232 in der Produktion. Der Bericht macht ferner Angaben über den Umfang der landwirtschaftlichen Eigenproduktion der Konsumvereine. Es wurden im letzten Jahr von 79 Vereinen insgesamt 5400 im eigenen Besitz befindliche und 6145 ge-

pachtete Acres Land bewirtschaftet. Dabei wurde ein Gewinn von 137 986 Mark erzielt, dem aber ein Verlust von 121 380 Mark gegenübersteht.

Die in der Tabelle gemeinsam angeführten Ziffern für die beiden Großeinkaufsgesellschaften gliedern sich folgendermaßen: Die englische, der 1158 Vereine angeschlossen waren, hatte im letzten Jahr einen Umsatz von 569 Millionen Mark, eine Eigenproduktion von 139 und einen Reingewinn von 13,6 Millionen Mark. Die schottische Schwestergesellschaft mit 270 angeschlossenen Mitgliedern berichtet über 160 Millionen Mark Umsatz, 48 Millionen Eigenproduktion und 6,7 Millionen Mark Reingewinn. Beide Gesellschaften zusammen beschäftigten 21 652 Personen in der Produktion und 5000 in der Verteilung.

Die Produktivgenossenschaften endlich verfügten über ein Kapital von 32 Millionen Mark und beschäftigten 9038 Personen. Für die gesamte englisch-schottische Genossenschaftsbewegung ergibt sich so eine Arbeiterarmee von 126 037 Köpfen, von denen 72 115 bei der Verteilung und 53 922 bei der Produktion von Gütern beschäftigt waren.

Diese vom britischen Genossenschaftsbund mitgeteilten Zahlen seien noch ergänzt durch einige der amtlichen Genossenschaftsstatistik entnommene. Demnach waren im Jahr 1911 im ganzen 1122 britische Genossenschaften mit der Herstellung industrieller Güter beschäftigt. Es waren dies 2 Großeinkaufsgesellschaften, 990 Konsumvereine und 130 Produktivgenossenschaften. Unter den Produktivgenossenschaften befanden sich 5 Kornmühlen und 34 Bäckereigenossenschaften, die sämtlich von Konsumvereinigungen betrieben wurden. Der Gesamtwert der von diesen Genossenschaften hergestellten Waren belief sich im Jahr 1911 auf 519,6 Millionen Mark gegen 512,7 Millionen im Vorjahr. An diesem Gesamtbetrag waren die einzelnen Genossenschaftsarten wie folgt beteiligt: Die Konsumvereine stellten 1911 für 356,8 Millionen Mark industrielle Produkte her gegen 255,8 Millionen im Jahr 1910, die Großeinkaufsgesellschaften für 192,3 (188,0 Millionen), die Kornmühlengenossenschaften für 20,5 (20,4 Millionen), die Bäckereigenossenschaften für 20,4 (19,9 Millionen) und die eigentlichen Produktivgenossenschaften für 29,6 (28,6 Millionen) Mark. Die Produktion der organisierten Konsumenten-

ten mit rund 600 Millionen Mark übertrifft demnach die der organisierten Produzenten mit 28,6 Millionen Mark um mehr als das 20fache.

×
Italien In Italien haben wir eine gut entwickelte amtliche Genossenschaftsstatistik. Sie stellte für das Jahr 1910 5065 eingetragene Genossenschaften fest, von denen 4233 eine Mitgliederzahl von 1 165 702 und ein Anteilkapital von 152 Millionen Lire aufwiesen. Die meisten Genossenschaften hat der industriell hoch entwickelte Norden. An Konsumvereinen wurden 1764 ermittelt, von denen 1623 eine Mitgliederzahl von 346 474 erreicht hatten. Das sind schon ganz respektable Zahlen. Der Umsatz von 1516 Vereinen belief sich auf 105,7 Millionen Lire. Nur 9 Vereine hatten einen Umsatz von mehr als 1 Million Lire. Der größte unter ihnen ist die *Unione cooperativa* in Mailand, die bei 14 582 Mitgliedern in ihrem 25. Geschäftsjahr (1911) einen Umsatz von 11,0 Millionen Lire gegenüber 10,8 Millionen Lire im Vorjahr erzielte. Die *Unione* ist einer der vielseitigsten Konsumvereine, die überhaupt existieren. Neben der Vermittlung aller Bedarfsartikel betreibt sie eine Volksherberge, ein Tageshotel und errichtet gegenwärtig vor den Toren Mailands in herrlicher Lage die erste italienische Gartenstadt, Milanino.

×
Berlin Das genossenschaftliche Berlin befindet sich gegenwärtig im Zeichen einer so rapiden Aufwärtsentwicklung, daß dahinter selbst das bis dahin einzigartige Beispiel der Hamburger *Produktion* zurückbleibt. Im Jahr 1908 fand die Verschmelzung der beiden bis dahin konkurrierenden Vereine statt. Das 1. Geschäftsjahr danach 1908-1909 brachte der *Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend* einen Umsatz von 3,1 Millionen Mark und schloß mit einer Mitgliederzahl von 19 172. Im folgenden Jahr stieg der Umsatz auf 4,6 Millionen Mark und die Mitgliederzahl auf 27 957. 1910-1911 schloß mit 6,8 Millionen Mark Umsatz und 38 423 Mitgliedern, und diesmal hat es die Genossenschaft auf einen Gesamtumsatz von 11 571 751 Mark gebracht, während die Mitgliederzahl am 30. Juni 1912 die stattliche Höhe von 56 678 erreicht hatte. Gegenwärtig ist sie bereits auf über 60 000 angewachsen. Es ist nur natürlich, daß bei dieser sprunghaften Entwicklung der innere

Ausbau nicht im gleichen Tempo folgen konnte wie dies in Hamburg der Fall war. Das, was geleistet wurde, verdient aber jedenfalls alle Anerkennung. Die Genossenschaft hat im Berichtsjahr ihre große Bäckerei in Lichtenberg noch vergrößert, und es stehen jetzt 18 Doppelauszugöfen zur Verfügung, mit denen eine Produktion im Wert von 300 000 Mark bewältigt werden kann. Im letzten Jahr hatte die Bäckerei einen Umsatz von 1,7 Millionen Mark. Ferner hat die Genossenschaft angrenzend an ihr Lichtenberger Grundstück ein Terrain von 708 Quadratrußen erworben, das zur Erweiterung des Zentrallagers dienen soll. Die ungeheuren Entfernungen Groß Berlins, mit denen der Verein zu rechnen hat, machen eine Dezentralisierung nötig, und so wurde im letzten Geschäftsjahr ein Terrain in Tempelhof erworben, auf dem zunächst eine Bäckerei errichtet werden soll, die die westlichen und südöstlichen Vororte mit Brot versorgt. Außer der Bäckerei betreibt die Genossenschaft noch eine Kaffeerösterei und eine Selterswasserfabrik.

Gegenüber der außerordentlichen Teuerung konnte der Verein nicht allzuviel ausrichten. Der Antrag der Verwaltung auf Gewährung der gleichen Frachtermäßigung für Kartoffelbezüge, wie sie die Kommunen und gemeinnützigen Vereine genießen, wurde von der Regierung mit dem Bemerkten abgelehnt, daß es sich hier um keinen gemeinnützigen Verein handele; auch begegnete die Kartoffelbeschaffung in größerem Maßstab bei der Abneigung weiterer Produzentenkreise gegen die konsumgenossenschaftliche Organisation erheblichen Schwierigkeiten. Die Regierung lehnte mit der selben Motivierung anfangs auch einen Antrag der Genossenschaft ab ihr den Verkauf des russischen Fleisches zu übertragen; nachträglich hat sie ihr aber doch noch den Verkauf frei gegeben. Zur Linderung der Fleischnot hat die Verwaltung ferner den Bezug von Seefischen organisiert, die einmal in der Woche zu wesentlich billigeren Preisen als von den Gemeinden abgegeben werden.

Ein Beweis für das wachsende Vertrauen der Mitglieder in ihre Genossenschaft ist die Steigerung der Sparkassengelder von 954 779 Mark am Schluß des vorletzten auf 2 012 597 Mark am Schluß des letzten Geschäftsjahrs. Gleichzeitig stieg das Hausanteilkonto von 555 280 auf 863 640 Mark. Seit dem 1. Januar hat die Genossenschaft die Versicherung ihrer Mitglieder gegen Feuergefahr und Ein-

bruchsdiebstahl in die Hand genommen. Es wurden insgesamt 1586 Anträge mit einer Versicherungssumme von 5 106 514 Mark erledigt. Die Zahl der Verkaufsstellen vermehrte sich von 60 auf 88. Darunter befinden sich 14, die von den angegliederten Vereinen in Charlottenburg, Britz und Adlershof übernommen wurden.

Die Bilanz schließt mit einem Überschub von 155 221 Mark. Hierzu sind aber noch 438 609 Mark zu rechnen, die den Mitgliedern als 4prozentiger Rabatt auf ihre abgelieferten Marken gutgeschrieben wurden. Von dem Überschub sollen auf Antrag der Verwaltung 109 762 Mark zur Gewährung einer 1prozentigen Rückvergütung benutzt, 45 459 Mark den verschiedenen Genossenschaftsfonds, 1000 Mark dem Bildungsfonds des *Zentralverbands* und 1000 Mark als Entschädigung dem Aufsichtsrat überwiesen werden.

Unterstützungskasse

Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo die Unterstützungskasse des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* ihre Tagung an die des Verbandes selbst anschloß, fand die diesjährige Generalversammlung der Kasse gesondert, und zwar am 13. und 14. September, in Magdeburg statt. Aus der vom Generalsekretär Heinrich Kaufmann gemachten Angabe über die Entwicklung der Kasse im Jahr 1911 ist zu entnehmen, daß die Zahl der angeschlossenen Vereine von 177 auf 208, die der dadurch versicherten Personen von 4825 auf 5833 gestiegen ist. Damit dürften etwa drei Viertel der in den Konsumvereinen des Zentralverbandes beschäftigten Personen, soweit sie für die Mitgliedschaft in der Kasse in Betracht kommen, versichert sein. Dagegen stellt die Zahl der angeschlossenen Vereine nicht ganz ein Fünftel sämtlicher Verbandsvereine dar, woraus sich also ergibt, daß vornehmlich kleine und kleinste Vereine der Kasse noch fern stehen. Die finanzielle Lage der Kasse ist recht gut: Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 651 013 Mark, die Ausgaben 469 17, der Kassenbestand am Ende des Jahres 2 187 558 Mark. Die geringe Höhe der Ausgaben erklärt sich daraus, daß die Kasse erst 6 Jahre besteht und erst seit einem Jahr mit der Rentenauszahlung begonnen hat.

Das Hauptinteresse der Versammlung konzentrierte sich auf die Statutenänderung, die durch das neue Angestelltenversicherungsgesetz notwendig geworden

war. Es lag eine ganze Anzahl von Anträgen zu diesem Punkt vor. Von einer Umwandlung der Kasse in eine Ersatzkasse im Sinn des Angestelltenversicherungsgesetzes mußte wegen der damit verknüpften Schwierigkeiten abgesehen werden. Schließlich einigte man sich auf folgende Bestimmungen: Die nur der Invalidenversicherung unterstehenden Angestellten der Genossenschaften, die Mitglieder der Kasse sind, sind zwangsweise zu ihrem vollen Gehalt zu versichern und zwar mit 6 % dieses Gehalts, von denen die Kasse die eine Hälfte, der Versicherte die andere Hälfte zu tragen hat. Die der staatlichen Angestelltenversicherung unterstehenden Angestellten sind zwangsweise mit der Hälfte ihres Gehalts zu versichern, wobei die Genossenschaften die gleiche Beitragspflicht wie oben haben. Diese Angestellten haben das Recht sich auch mit der vollen Höhe ihres Gehalts zu versichern; doch sind die Genossenschaften nicht verpflichtet den Anteil für den vollen Betrag zu zahlen. Der Antrag des Vorstands bei solchen Angestellten, die weder der Invaliden- noch der Angestelltenversicherung unterstehen, die Versicherung zu der anderthalbfachen Höhe des Gehalts zuzulassen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag die Versicherungsgrenze von 6000 Mark aufzuheben.

Von den übrigen Beschlüssen sei noch der hervorgehoben, wonach die Erziehungsgelder für Waisen künftig bis zum 18. statt nur bis zum 16. Lebensjahr ausgezahlt werden sollen.

Kurze Chronik Der *Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe*, die älteste und größte Organisation vornehmlich des Kleinhandels, hat auf seiner 25. Hauptversammlung eine Resolution angenommen, in der eine Extrabesteuerung der Konsumvereine nach dem Umsatz verlangt wird. Die geforderten Sätze betragen bei einem Umsatz bis zu 1 Million Mark 1 %, steigend bei einem Umsatz über 2 Millionen auf 5 % des Umsatzes. Daneben wird noch eine progressiv steigende Filialsteuer verlangt. Man muß über so viel Bescheidenheit wirklich staunen. **X** Die *deutsche Grobeinkaufsgesellschaft* hatte im 1. Halbjahr 1912 einen Umsatz von 58,6 Millionen Mark zu verzeichnen, gegen 45,6 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Es entspricht dies einer Steigerung von 28,5 %. Die Abteilung Zigarrenfabrikation setzte für 1,4 Millio-

nen Mark, die Abteilung Seifenfabrikation für 2,5 Millionen Waren ab. × Auf dem großen zwecks Errichtung der Seifenfabrik in Gröba bei Riesa angekauften Gelände hat die Großeinkaufsgesellschaft ein neues Lager errichtet, das aus einem 79 Meter langen und 18 Meter tiefen Lager- und einem besondern Kontorgebäude besteht. Neben Kolonialwaren wird der Gröbaer Betrieb, der an Stelle des Chemnitzer tritt, auch ein Lager in Manufakturwaren enthalten. Erwähnenswert ist noch, daß der Güterverkehr auf dem Gröbaer Gelände einen solchen Umfang angenommen hat, daß der Ankauf einer eigenen Lokomotive nötig wurde. × Das *Konsumgenossenschaftliche Volksblatt* hat gegenwärtig eine Auflage von 400 000 Exemplaren erreicht. × Der 4. Unterrichtskursus des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* für Genossenschaftsbeamte fand in Nürnberg mit 8wöchiger Dauer und 30 Teilnehmern statt. Gleichzeitig wurde dort, aber nur an Sonntagen, ein erster Unterrichtskursus für Aufsichtsratsmitglieder abgehalten, der von 156 Personen besucht war. × Eine Reihe von Konsumvereinen versucht bei der gegenwärtigen Teuerung die Lebensmittelversorgung in größerem Maßstab zu organisieren. Einige haben mit dem Massenbezug von Kartoffeln, Gemüsen, Kohlen, manche auch von Seefischen begonnen. Daneben haben verschiedene Konsumvereine den Import ausländischen Fleisches in die Hand genommen. Die Hamburger *Produktion* importiert allwöchentlich 35 000 Pfund Rindfleisch aus Dänemark. Die Vereine Zeitz, Weißfels, Meuselwitz, Gera haben gefrorene australische Kaninchen importiert und verkaufen sie zu 90 Pfennig pro Stück. × Die schon seit langem geplante Verschmelzung der Dresdener Konsumvereine ist nun so weit zur Durchführung gelangt, daß die Vereine Striesen, Löbtau und Potschappel durch den Dresdener *Vorwärts* übernommen wurden. Die Übernahme von Pieschen und Niedersetzitz steht noch bevor. Die Vereinigung zählt gegenwärtig 55 000 Mitglieder; für 1912-1913 wird ein Umsatz von 23 bis 24 Millionen Mark erwartet. × Infolge eines über den *Züricher Lebensmittelverein* verhängten Boykotts der Mehlhändler haben sich 44 schweizerische Konsumvereine sowie der Genossenschaftsverband zu einer *Mühlengenossenschaft* zusammengeschlossen, die die *Züricher Stadtmühle*,

eine der größten und ganz modern eingerichteten Mühlen der ganzen Schweiz, erworben hat. Der Ankaufspreis der Mühle beträgt 1,7 Millionen Francs, das notwendige Betriebskapital 3 Millionen Francs. Bis jetzt sind von den beteiligten Konsumvereinen, die sich zur Abnahme der 1400 Waggonen betragenden Jahresproduktion der Mühle verpflichten mußten, 472 000 Francs Anteilsscheine gezeichnet worden.

× **Literatur** In wesentlich anderer Art als in der, vor kurzem in dieser Rundschau (1912, 2. Band, pag. 1062 ff.) besprochenen Schrift des Herrn R. Hetz wird das Verhältnis von Konsumvereinen und Kleinhandel in einer Arbeit *Kleinhandel und Konsumvereine, besonders in Württemberg* von Dr. Hugo Kramer behandelt (Reutlingen, Oertel & Spörer). Der Verfasser nimmt für sich als Ausnahme in Anspruch dem Problem ganz uninteressiert, vom Standpunkt der rein objektiven Wissenschaft gegenüberzutreten zu sein. Es sei dahin gestellt, ob dies möglich ist, ob nicht vielmehr jeder Beurteiler in die Frage seinen allgemeinen wirtschaftspolitischen Standpunkt hineinträgt. Jedenfalls hat sich der Verfasser redlich bemüht unvoreingenommen zu untersuchen, ob und inwieweit die jetzige Notlage des Kleinhandels durch die Konsumvereine geschaffen oder ob sie auf Mängel innerhalb der privaten Warenvermittlung selbst zurückzuführen sei. Er kommt dabei zu dem ja nicht neuen Schluß, daß die übergroße Konkurrenz im Detailhandel, die Überfüllung mit nicht genügend vorgebildeten Elementen, der Kapitalmangel, das Borgunwesen und anderes mehr für die vorhandenen Übelstände in erster Linie verantwortlich seien. Er schildert sodann die Gründe für die wirtschaftliche Überlegenheit des genossenschaftlichen Handels über den Privathandel und die Wirkungen der Konkurrenz auf diesen. Er stellt dabei fest, daß bei der verhältnismäßig langsamen Ausbreitung der Konsumvereine keine Rede davon sein könne, daß diese den einmal vorhandenen Handelsstand geschädigt und eingeschränkt hätten, sondern daß sie nur seine noch größere Ausbreitung gehindert hätten, und belegt diese Behauptung auch mit Ziffern. Es ist ja ganz gut, wenn so etwas immer wieder einmal gegenüber dem Geschrei der Mittelständler festgestellt wird, wenn wir es auch ablehnen müssen die Berechtigung oder Nichtthe-

rechtigung der Konsumgenossenschaften von der durch sie bewirkten größeren oder geringern Gefährdung einer Handvoll Kleinhändler abhängig zu machen. Leuten wie Herrn Direktor Hetz ist die Lektüre des vorliegenden Heftchens sehr zu empfehlen. Zum Schluß untersucht Kramer die Frage, ob eine vollständige Ersetzung der privatkapitalistischen Gütererzeugung und -verteilung durch die genossenschaftliche möglich sei und kommt dabei zu einem verneinenden Resultat. In dieser Beziehung stimmt seine Ansicht mit den allgemein in Genossenschaftskreisen üblichen überein. Die einzige Frage, deren Beantwortung jedoch nur den Wert einer Spielerei hat, ist die nach dem Wo der Grenze. Jedenfalls zeigt die Praxis, daß hier irgendwelche Prophezeiungen, die sich auf die seither gemachten Erfahrungen stützen, immer wieder zu schanden werden, indem die genossenschaftliche Organisation Gebiete in Angriff nimmt, die man noch vor kurzer Zeit für unzugänglich gehalten hatte. X Zum 10. Mal ist jetzt das *Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine*, diesmal in 2 Bänden von 1015 und 1079 Seiten, der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Anordnung ist die gleiche wie früher geblieben. Der 1. Band enthält den bereits gesondert veröffentlichten Bericht über die Tätigkeit des Vorstandsvorsitzenden sowie den Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklung des Verbands im Jahr 1911. Er wird durch eine Anzahl Spezialartikel über die organisatorischen Aufgaben der deutschen Konsumvereine, die wirtschaftlichen Kämpfe der Genossenschaften und die Steuergesetzgebung gegen die Konsumvereine eingeleitet. Daran schließt sich eine Darstellung der deutschen Genossenschaftsbewegung im allgemeinen, und zwar für die Jahre 1908 bis 1911, sowie der Konsumgenossenschaftsbewegung im speziellen. Es folgt der Bericht über die Entwicklung des *Zentralverbands*, unterstützt durch ein überreiches Tabellenwerk, das diese Entwicklung bis in die kleinsten Einzelheiten widerspiegelt, und zum Schluß der Bericht über die Verlagsanstalt. Als Anhang werden Berichte über die Unterstützungskasse und über das 18. Geschäftsjahr der Großeinkaufsgesellschaft, ferner die Protokolle des Genossenschaftstags, der Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft und der Generalversammlung der Unterstützungskasse und endlich eine Darstellung der Anwendung des preußischen

Warenhaussteuergesetzes auf die Konsumvereine gegeben. Der 2. Band bringt die Berichte über die Entwicklung der Revisionsverbände sowie über deren Verbandstage; außerdem ein alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Verbandsvereine. Das Werk sollte in keiner Arbeiter- und in keiner sozialwissenschaftlichen Bibliothek fehlen.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Gegenwarts- In einem kleinen Band, den er *Inventur* betitelt und der

in seiner liebenswürdigen, fein und viel schenenden Leichtigkeit viel mehr gibt als mancher sehr systematische, sehr dicke und sehr anspruchsvolle Wälzer, versucht Hermann Bahr das Profil der Zeit zu zeichnen (Berlin, S. Fischer). Als das zentrale Charakteristikum dieser Zeit erscheint ihm die von allerlei mehr oder minder wertvollen sächlichen Gewalten beherrschte und dabei sehr talentvolle Passivität der Zeit. Es ist das, was man auch impressionistischen Lebensstil im Gegensatz zu einem voluntaristischen, organisatorischen Lebensstil nennen könnte. Bahr formuliert es so, daß er einen jungen Literaten sagen läßt: »Daß ich Talent habe, weiß ich schon; ich weiß nur nicht, was ich damit anfangen soll.« Jene gesinnungsvolle Leidenschaftlichkeit der achtziger und neunziger Jahre, die in der einfachen künstlerischen Effektivierung der Zeittatsächlichkeiten eine tiefe Befriedigung (menschlich wie formal) gefunden hat, ist erschöpft. Was nun? »Man hat den Eindruck, daß jetzt jeder Deutsche plötzlich alles sagen kann, aber keiner mehr etwas zu sagen hat.« Die Kunst wird zu einer endlosen Selbstduplikation der Form. Das alte Objekt (die Natur der Dinge) ist uninteressant geworden; der Glaube an Reiz und Wert der festumschriebenen, endlichen Wirklichkeiten scheint in der Auflösung begriffen zu sein. Es bereitet sich eine neue Emphase vor. Bahr sieht sie dreifacher Gestalt. Er sieht erstlich (zumal bei den besten Haeckelschülern) eine neue »Zärtlichkeit, Innigkeit und Seligkeit des Naturempfindens«, die gleichsam metaphysisches Glück berühren; er sieht weiter ganz neu innervierte religiöse Gesinnungen; und er sieht endlich das Proletariat, das mit einer gewaltigen, begeisternden Kollektivgeste über das Welttheater schreitet: »die demokratische Zuversicht, daß der Mensch am andern mehr wird, als irgendeiner

jemals allein sein kann«. In diesen 3 Kulturerscheinungen erblickt Bahr die Voraussetzungen einer neuen Gesinnung, die allein »die doch überall bloß nach einem Antrieb zitternde Technik unserer Kunst beseelen« könnte. Es ist im Grunde der selbe Geist, den auch Bernard Shaw verkündet. Es ist die Überzeugung, daß alle formale Kraft auf neue Gesinnungsinhalte angewiesen ist, wenn sie nicht (wie es beim modernen Expressionismus werden könnte) in der unendlichen Dialektik einer rein abstrakten Formenwelt zu einer so namenlosen Vereinfachung ihres Formalismus gelangen will, daß sie sich am Ende selber zugrunde dividiert. Bahr wandelt das Problem nach allen Richtungen ab. Er gibt zunächst eine glänzende Analyse des Kulturobjektivums, das er mit der Sprache der Zeit »Betrieb« nennt. Betrieb ist die Entsachlichung des Lebens, die Rückführung aller Lebens-, Arbeits- und Genußenergie auf ein rein Formales; eben auf den »Betrieb« als solchen (man kann es nicht besser sagen als dies prägnanteste aller Schlagworte aus dem Berliner Idiotikon es sagt). Bahr spricht weiter von dem Wert der Philosophie, überhaupt der intellektuellen Erkenntnis. Er ist viel zu geschicht, hat viel zu viel von überlegenen Geschmack eines enzyklopädischen Genies, wie er seit dem Rokoko nicht mehr allzu oft vorgekommen ist, um die Pedanterie zu begehnen theoretische Philosophie aus irgendeinem präziösen Voluntarismus heraus einfach auszustreichen. Dazu ist er auch schon viel zu herzlich gegen alles Menschliche. Er philosophiert sehr eifrig von Kant bis zu Mach und Vaihinger; und den letzten liebt er besonders, weil er ihm in die Lebendigkeit seines »Pragmatismus« paßt. »Für mich gilt nicht, was wahr ist, sondern was ich brauche; und so geht die Sonne dennoch auf, die Erde ist wirklich, und ich bin ich.« Bahr spricht weiter von Erziehung und dann von der Frauenfrage, die ihm verbürgt, daß die männliche Politik der formalen Routine, die Politik der »Koloraturen«, die Politik der Kulissenhähne durch eine allgemeine Politik der Gesinnung einen ganz neuen dynamischen Zustand erhalten werde. Er spricht endlich vom Krieg und vom Frieden. Nach ihm hebt sich der immanente Unsinn eines militaristisch bewachten Friedens selber auf. Er spricht vom Offizier. Das Beispiel ist gar nicht schlecht gewählt. Es ist eine spezifische Unmöglichkeit im Frieden Offizier zu sein. »Erzieht man einen

dazu, daß er nur im Krieg notwendig, im Frieden aber unnütz ist, so muß er den Krieg fordern; er hat damit von sich aus ganz recht, denn ihn entwertet ja der Friede. . . . Der brave Bürger, der, wie Marx einmal gesagt hat, aus Einerseits und Andererseits besteht, hält den Offizier für notwendig, aber doch eigentlich bloß zur Bewachung des Friedens. Wer sich aber als Offizier fühlt, dankt dafür als Schutzmann an der Ecke des Vaterlandes zu stehen.« Diese Logik beweist nicht, daß wir Krieg machen müssen. Aber wenn wir Frieden machen wollen, müssen wir ihn auch wirklich machen. Bahr, der zu Zeiten sein Neues Testament liest (und nicht aus Koketterie), fordert von uns daß wir »Friedenstäter«, *εἰρηνοποιῶντες* sein sollen. »Angst ist keine Weltanschauung.« Es bedarf einer tätigen, aktiven Friedensgesinnung, die dynamisch ebenso gut ein Positivum ist wie der Kriegsgeist. »Nicht unkriegerische Menschen sondern Friedenstäter.« Das ist abermals Shaw, oder es ist vielmehr einfach die Frage der Tüchtigkeit, der Gesinnung, eines neuen und bewegenden Lebensinhalts, der unserer erstaunlichen formalistischen Geschicklichkeit Herz gäbe.

X
Harnack

Wer Bücher auf ihre kulturelle Typik liest und Persönlichkeiten, die schreiben können, als Exponenten eines bestimmten kulturellen Idioms würdigt, der wird bei den 2 Bänden *Essays Aus Wissenschaft und Leben*, die Adolf Harnack veröffentlichte (Gießen, Töpelmann), auf seine Rechnung kommen. Was Harnack sagt, ist nicht eigentlich akzentuiert persönlich. Das soll wahrhaftig kein Tadel sein. Im Gegenteil. Es ist hier das höchste Lob, das gespendet werden kann. Was bei Harnack so überaus wohltuend anmutet, das ist die beruhigte Sachlichkeit, mit der sich dieser Geist der rein überpersönlichen Natur einer Aufgabe unterordnet. Man lese zum Beispiel die Aufsätze über das Problem des proletarischen Charakters des Urchristentums und über den Wert der Arbeit nach urchristlicher Anschauung. Nichts kann unpersönlicher geschrieben sein. Aber wenn diese Aufsätze jede selbstbewußte Herauskehrung subjektiven Willens verschmähen, so sind sie deswegen doch nicht reizlos, nicht langweilig. Es liegt über ihnen jener ganz gedämpfte Glanz, den eine kultivierte, ihrer nur begrenzten Gewichtigkeit schlicht bewußte Pietät des Philologen den Dingen mit-

teilt. Harnack erreicht in manchen Aufsätzen Wirkungen, wie wir sie sonst vielleicht nur von der edlen philologischen Gesinnung Erwin Rohdes gewöhnt sind. Solche Aufsätze sind von einem stillen, nur ganz leise nach außen gewandten Leben bewegt. Es ist sehr überflüssig gegen den materiellen Inhalt gewisser Aufsätze Harnacks zu polemisieren. Was Harnack politisch urteilend zum Beispiel über Bismarck sagt, ist dürftig. Aber wo sich eine Persönlichkeit aus dem Politisch-Aktuellen ins rein Menschliche übersetzen läßt und in die Formeln eines wesentlich rezeptiv-ästhetischen Geistes eingeht, da ist es eine höchst sympathische Sache Harnack zu lesen. Seiner Persönlichkeit und seinem Schreiben fehlt jene stärkste Aktualität, die ganz unmittelbar, erregt und voll Machttrieb in den Dingen lebt. Es fehlt Harnack auch ganz an jenem literarischen Machttrieb, der sich mit dem genialen Panatismus einer rassistigen Doktrin oder mit der Heftigkeit eines mitreißenden Enthusiasmus darstellt. Er fehlt ihm in jedem kollektiven wie in jedem persönlichen Sinn. Aber dafür hat er etwas anderes. Läßt er sich von dem unglaublich billigen, aber durch ein breites, selbstsicheres Auftreten immerhin ansehnlichen Sophismus Carnegies imponieren (einem Sophismus, der wie eine gewisse üble christliche Syllogistik Armut und Reichtum damit rechtfertigt, daß er *Noblesse oblige* sagt, damit die Tugend der Wohltätigkeit bewährt werden kann), läßt sich Harnack von diesem Sophismus eines amerikanischen entschlossenen, durch und durch aktiven Menschen bestechen, so besitzt er auf der andern Seite, bei Gelegenheiten, die sich eignen, die distanzierende Feinheit einer humanistischen Konvention. Wo ihm die Dinge wirklich, nicht nur scheinbar liegen, da entwickelt sein Urteil, sein Stil eine vornehme humanistische Gelassenheit, die an Goethe und an Wilhelm von Humboldt erinnert. Man begreift, weshalb dieser Mann das humanistische Gymnasium liebt; und man liebt es mit ihm. Man fühlt zwar: wir sind mit dieser Kultur nicht mehr identisch. Man fühlt eine noble und abgeschlossene, sehr geistige Bürgerlichkeit; auch wo sich Harnack mit den sozialen Fragen der Zeit in einem uns materiell sympathischen Sinn befaßt. Wir polemisieren nicht gegen diese Bürgerlichkeit. Wir können uns fast nur ästhetisch oder rein menschlich zu ihr stellen: humani-

stisch, wenn man will. Harnacks Kultur (es ist eine Kultur) ist der Aktualität, die wir mit dem Wort *Politik* meinen, schlechterdings entrückt, auch wo er subjektiv etwas Aktuelles im Sinn hat. Nicht als ob er dann materiell unmöglich etwas geben könnte. Aber wenn wir die Kultur, die er repräsentiert, im ganzen sehen, dann ist sie ein, sagen wir: etwas weimarisches Verhältnis zur Welt. Sie ist gewiß lebendig. Aber sie hat so wenig die spezifische Aktualität, die wir politisch suchen, wie Goethe je die spezifische Aktualität besaß, die Napoléon repräsentierte. Es ist eine Vitalität aus der Zeit; aber eine sehr auf sich selber reduzierte. Sie würde es nicht wagen sich in den animalischen Prozeß hineinzuwerfen, in dem sich die Geschichte gleichsam als Ding an sich, als bewußtlose Wirklichkeit vollzieht.

X

Kurze Chronik Die *Öffentliche Bibliothek und Lesehalle* in der Adalbertstraße zu Berlin veröffentlicht ihren Bericht über das 13. Betriebsjahr. In diesem Betriebsjahr erschien ein neuer Katalog von musterzüglicher Anlage. Aus der Ausleihebibliothek wurden über 69 000 Bände nach Hause verliehen (gegen annähernd 67 000 im Vorjahr). Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfallen über 45 000 Bände auf schöne und über 23 000 auf belehrende Literatur. Insgesamt wurden 83 000 Bände in und außer dem Hause benutzt. Die Lesehalle wurde von annähernd 66 000 Personen (gegen 64 000 im Vorjahr) besucht; insgesamt haben gegen 135 000 Personen die Bibliothek in Anspruch genommen. Die Benutzung ist unentgeltlich.

X

Literatur Für die Pädagogen und Politiker, die sich mit dem Problem der staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend beschäftigen, ist eine von der *Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung* bei Teubner herausgegebene Sammlung von Schriften von besonderer Wichtigkeit. Am wertvollsten sind wohl die informativ gemeinten Bändchen, wie das Heft von Paul Oswald über staatsbürgerliche Erziehung in den Niederlanden, das von Gröndahl über die dänischen Versuche, das Heft von Paul Rühlmann über die schweizerischen Verhältnisse und das Heft vom gleichen Autor über die Staatsbürgerkunde in Frankreich. Über die Gesamtauffassung, die speziell Rühlmann vertritt, wurde in

dieser Rundschau schon polemisch berichtet (1908, 3. Band, pag. 1306 ff.). Es ist hier genug darauf hinzuweisen, daß die Schriften der genannten Vereinigung durchweg wesentlich nach ihrer informativen Seite für uns von Wert sind.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Prelawebungsgangtendenzen Der Leipziger Professor Franz Eulenburg, der, vom

Verein für Sozialpolitik beauftragt, *Untersuchungen über die Preisbildung* herausgibt, hat in einer durch die Fülle des verarbeiteten Materials wie der Gesichtspunkte gleich bedeutsamen Abhandlung *Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts* (Leipzig, Teubner/ (sie wurde hier in der Rundschau *Wirtschaft*, 1912, 2. Band, pag. 930, bereits erwähnt) die allgemeinsten Resultate seiner preisgeschichtlichen Forschungen zusammengestellt. Zur Grundlage dienen ihm, außer den von Sauerbeck und dem englischen *Economist* zusammengestellten und weiter fortgeführten Indexziffern, die auf der deutschen Reichsstatistik basierenden Durchschnittspreisberechnungen, die einmal das Jahrzehnt 1879 bis 1888, dann das Jahrzehnt 1889 bis 1899 zum Ausgangspunkt nehmen, ferner die Indexzahlen der amerikanischen Statistik, die 1890 bis 1899 zum Mittel nimmt, und die auf diese Periode umgerechneten Ziffern der englischen Statistik.

Die Darstellung beginnt mit einem interessanten Überblick über die Hauptbewegungen des Preisniveaus im vorigen Jahrhundert. Nach dem ungewöhnlichen Hochstand zur Zeit der Befreiungskriege setzt eine bis 1850 andauernde Periode der Preissenkung ein. »Die Ursachen mögen vor allem in dem Ausbau der Eisenbahnen, in der dadurch erreichten Aufschließung des Innern der Länder und der Verbilligung des Transports so wie dem Vordringen moderner Produktionstechnik zu suchen sein. Die dadurch gesteigerte Konkurrenz, das allmähliche Entstehen einer Großindustrie tat dann das Ihrige, um die Preise zurückzudrücken.« Dann folgte im 5. und 6. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts eine vielfach konstatierte und teilweise sehr beträchtliche Preissteigerung, die von einem mächtigen, nur durch wenige schwere Rückschläge unterbrochenen Aufschwung des europäischen Wirtschaftslebens begleitet war. Mit dem wirtschaftlichen Krach von 1873 hebt wieder eine rück-

läufige Bewegung, eine Periode niedriger Preise an, die bis gegen 1895 fortläuft. Auch hier scheint die sinkende Preistendenz eine Folge außerordentlicher Fortschritte der Technik und des Transports zu sein. »Das neue Bessemerverfahren setzt sich durch und verbilligt die Stahlproduktion. Neue chemische Prozesse entwickeln sich. Der Übergang zum Großbetrieb nahm gerade in jener Zeit große Dimensionen an. Dadurch wurde wiederum die Arbeit verbilligt. Dann aber geschah der Aufschluß der überseeischen Märkte durch den Ausbau der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt. Die großen transamerikanischen Eisenbahnen wurden vollendet. Die Rohprodukte konnten dadurch billig beschafft werden und kamen vielfach überhaupt erst auf den europäischen Markt. Vor allem fängt Übersee an seine Getreideprodukte nach Europa herüber zu senden. Der beginnende Getreideimport bringt die natürliche Preissteigerung der Nahrungsmittel, die seit dem letzten Jahrhundert andauert, zum Stillstand; ja kehrt sie in das Gegenteil um. Der Weltmarkt brachte eigentlich zum erstenmal das Prinzip der freien Konkurrenz voll zum Durchbruch.« Von da ab, erst langsamer, um die Jahrhundertwende sich schon deutlich markierend, beginnt ein neues, seit 1905 progressiv beschleunigtes Anziehen der Preise. Die sich einschleibenden Zeiten wirtschaftlicher Depression führen nur zu relativ geringem und immer wieder rasch überwundenem Preisfall. »Seit einem halben Menschenalter zeigt das Preisniveau, und zwar ganz international, steigende Tendenz. Es ist das überall zu beobachten in den Vereinigten Staaten wie in England, in Frankreich ebenso wie in Deutschland und Italien, in Belgien wie in Kanada.«

Geht man auf die Durchschnittspreise der Periode 1890 bis 1899 zurück und setzt deren Indexziffer gleich 100, so hat sich die Indexziffer der Durchschnittspreise für die Periode 1900 bis 1910 in England (nach der Statistik des englischen Handelsamts) auf 108,6 (für das Jahr 1911 auf 113,6), in Deutschland (nach der Reichsstatistik) auf 121,6 (127,5), in den Vereinigten Staaten (nach der Statistik des Arbeitsamts) auf 122,8 gehoben. Kein Jahr weist ein niedrigeres Preisniveau auf als das vorangehende Jahrzehnt, wenn auch die Höchstzahlen aus dem Anfang der siebziger Jahre noch nicht wieder erreicht sind. Eine nähere Betrachtung der Warenarten,

auf die die Indexziffern sich beziehen, zeigt, daß insbesondere die Preise der Nahrungsmittel (hier vor allem die Engrosfleischpreise) und in noch stärkerem Ausmaß die Preise der industriellen Roh- und Hilfsstoffe gestiegen sind. Die Textilrohstoffe (Baumwolle, Wolle, Hanf, Häute und Felle) und die Metalle (Eisen, Kupfer, Zink, Zinn) verteuerten sich gegen das vorangehende Jahrzehnt um fast ein Drittel, in verhältnismäßig geringerem Grad die Brenn- und Leuchtstoffe (Kohle, Petroleum).

Da die Rohstoffpreise als Kostenelement in die Warenpreise der Rohstoffe verarbeitenden Industrien eingehen; eine Steigerung jener also (wenn in den Verarbeitungsindustrien nicht durch Einführung verbilligender Produktionsmethoden kompensiert) zu einer allgemeinen Steigerung der industriellen Produktionskosten führt; diese Steigerung der Produktionskosten aber (wenn die Proftrate der industriellen Kapitale nicht sinkt) in einer allgemeinen Preiserhöhung der industriellen Waren zum Ausdruck kommen muß; erscheint die Preiserhöhung der Rohstoffe in dieser Periode als das zentrale, die Basis der ganzen Aufwärtsbewegung darstellende Phänomen. Die Erhöhung der Durchschnittslöhne, die natürlich gleichfalls (wenn nicht durch Einführung arbeitsparender Produktionsmethoden oder durch intensivere Anspannung der Arbeitskraft kompensiert) produktionskostensteigernd und bei Aufrechterhaltung der durchschnittlichen Gewinnsätze preissteigernd wirkt, kann nur als einer der sekundären Erklärungsfaktoren des allgemeinen Phänomens in Frage kommen. Denn die steigende Tendenz des Geldlohns, die überdies durchaus kein, diesen letzten anderthalb Jahrzehnten im Gegensatz zu früheren Perioden mit sinkender Preistendenz spezifisch eigenartliches Moment darstellt, erscheint hier wesentlich als ein selbst durch die Warenpreisverteuerung bedingtes Resultat, als Abwehrbewegung zur Aufrechterhaltung des bisherigen durch jene Verteuerung bedrohten Arbeiterlebensstandards, weist also auf die Preisverteuerung der Nahrungsmittel als primäre Ursache zurück. Auch die Kartellentwicklung und die Schutzzölle, so sehr sie zur Verteuerung mitgewirkt haben, können nach Ansicht des Verfassers nur als sekundäre Erklärungsgründe in Betracht kommen, da, wie schon gesagt, die Teuerung einen durchaus allgemeinen internationalen Charakter trägt, sich der

Tendenz nach in dem freihändlerischen und relativ kartellfreien England ebenso wie in der schutzzöllnerischen, von Kartellen ganz durchsetzten deutschen und amerikanischen Volkswirtschaft kundgibt.

Jene Steigerung der Rohstoffpreise, die zusammen mit der tendenziell den Lohn verteuern den Steigerung der Nahrungsmittelpreise als eigentlicher Träger und wirkende Ursache der allgemeinen Preisverteuerung anzusehen ist; hängt aber selbst wieder auf das allerengste mit der kolossalen, alles frühere überholenden Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft zusammen. Diese Expansion hat die weltwirtschaftliche Rohstoff- und Nahrungsmittelnachfrage in rasend raschem Tempo gesteigert; in einem Tempo, das trotz rapider Zunahme der für den Weltmarkt arbeitenden Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion das Verhältnis von Angebot und Nachfrage fortlaufend zugunsten der Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten verschob und diesen dadurch ein Heraufgehen mit ihren Preisen ermöglichte. In immer größerem Umfang sind fremde Länder und Erdteile in die Weltwirtschaft hineingezogen; und das in ihnen angelegte europäische Kapital rief dort, wo man bisher nur Rohstoffe und Nahrungsmittel produziert hatte, eine eigene Rohstoffnachfrage hervor. Eulenburg weist insbesondere auf die enorme Kapitalinvestierung in Ostasien (namentlich durch den Ausbau der Eisenbahnen in Sibirien, der Mandchurei, China, Persien und Indien) wie in Afrika, auf das Emporwachsen eigener Industrien in den südamerikanischen Republiken, in den Balkanstaaten und weiten Teilen Rußlands hin. Der Welthandel, der in der 14jährigen Periode 1881 bis 1895, dem Geldwert nach, um 11 % (von 61 auf 71 Milliarden Mark) wuchs, ist in der 14jährigen Periode 1896 bis 1910 um 77 %, also um das 7fache jener frühern Zunahme, gestiegen. Die Weizenproduktion hat in den letzten 2 Jahrzehnten um 54 %, die Wollproduktion im letzten Menschenalter um 50 %, die Roheisenproduktion seit 1895 um mehr als 100 % zugenommen, ebenso die Kohlenförderung. Und trotzdem wuchs die Nachfrage noch rascher, so daß der Umsatz zu außerordentlich erhöhten Preisen vor sich ging.

Aber es fragt sich, ob die Verschiebung im Verhältnis von Angebot und Nachfrage zugunsten der Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten für sich allein genügt die anhaltende Preissteigerungs-

tendenz zu erklären. Ob nicht die Stärke und Stetigkeit dieser Tendenz auf Verschiebungen innerhalb der Produktionssphäre, auf eine relative Verminderung der Produktivkraft menschlicher Arbeit in der Urproduktion hinweist: ein Phänomen, das allerdings zu der im Bereich der Verarbeitungsindustrie auf Grund verbesserter Technik sich überall durchsetzenden Verminderung des pro Stück erheischten Arbeitsaufwands in eklatantem Gegensatz stehen würde. Das treibende Motiv der Kapitalisten ihr Kapital zu möglichst hohem Gewinnssatz zu verwerten treibt sie zugleich zur Einführung vervollkommener, material- und arbeitsparender Produktionsmethoden, um durch solche Ersparnis eine relative Verringerung ihrer Produktionskosten und damit eine Steigerung der Gewinne zu erzielen, respektive um bei steigendem Preissatz des Materials und steigenden Löhnen einer Erhöhung dieser Kosten und der daraus drohenden Gewinnminderung nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Dieses den Unternehmern aller Branchen, denen der Verarbeitungs- wie der Urproduktion, im Prinzip gemeinsame Streben muß nun, wenn nicht durch Gegenwirkungen gekreuzt, im Lauf der kapitalistischen, den Produktionsumfang ständig erweiternden Entwicklung dazu führen, daß die zur Produktion aller der verschiedenen Warenarten im Durchschnitt gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit herabgesetzt, die Produktivkraft der Arbeit, durchgängig in allen Branchen, gesteigert wird. Dieser Fortschritt in der Produktivität der Arbeit, verbunden mit entsprechendem Fortschritt der Transporttechnik, war es, der in früheren Perioden seinen Ausdruck in der Verbilligung der mit immer geringerem Arbeitsaufwand hergestellten Waren fand. Wenn aber nun, wie niemand anzweifelt, die Vervollkommnung der Produktions- und Transporttechnik während der letzten 10 und 15 Jahre in progressivem Maß weiter fortgeschritten ist, wie kommt es dann, daß dieser Fortschritt nicht von einer Verbilligung sondern einer durch die Preissteigerung der Rohstoffe und Nahrungsmittel eingeleiteten und aufrecht gehaltenen allgemeinen Teuerung begleitet sein konnte? Eulenburg hält die Erklärung aus dem Hinweis auf die veränderten Angebot- und Nachfrageverhältnisse des Weltmarkts nicht für ausreichend. Er ist vielmehr der Meinung, daß in der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion trotz aller

technischen Verbesserungen eine »Erhöhung der Grenzkosten« stattgefunden habe, und daß hierin der letzthin entscheidende Grund für die Preissteigerungstendenz dieser Produktionszweige, denen die anderen folgen, zu suchen sei. Es ist das eine Deutung, die, was den allgemeinen Standpunkt der Betrachtung anlangt, wesentlich an Gedankengänge Ricardos, des großen Nachfolgers des großen Adam Smith, anknüpft. Diese Ricardosche Ansicht, an Malthus anknüpfend, läuft darauf hinaus, daß der ständig wachsende Umfang der Produktion in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem in den Branchen der agrarischen und der Rohstoffproduktion unter wesensanderen Begleiterscheinungen als in denen der Verarbeitungsindustrie erfolgt. Die Preise der industriellen Waren seien durch ihre durchschnittlichen Produktionskosten bestimmt, vermehrt um einen, dem industriellen Unternehmer die durchschnittliche Profitrate von seinem angewandten Kapital abwerfenden Gewinnssatz. Wohingegen, einen bestimmten Umfang der Nachfrage nach Bodenprodukten (agrarischen oder bergbaulichen) vorausgesetzt, die Preise dieser immer größer sein müßten als die zur Erzeugung der betreffenden Bodenproduktenart durchschnittlich erheischten Produktionskosten, das heißt als die Geldsummen, die zur Bezahlung der durchschnittlich pro Stück verbrauchten Produktionsmittel und Lohnarbeit notwendig sind, zuzüglich des Durchschnittsgewinns. Denn während in Betrieben einer industriellen Branche bei Anwendung gleicher Produktionsmethoden das Warenexemplar ungefähr mit gleichem Arbeits- und Produktionsmittelaufwand hergestellt wird, also dem Unternehmer ungefähr gleiche Produktionskosten auferlegt, bringt gleich großer Arbeitsaufwand, nach gleichen Produktionsmethoden produzierend, in landwirtschaftlichen Betrieben auf gleicher Bodenfläche, je nach den Qualitätsunterschieden des Bodens ganz verschiedene Bodenproduktquanten hervor. Analoge Differenzen bestehen je nach den Unterschieden des Mineralreichtums des Bodens für die bergbauliche Produktion. Es müssen mithin bei einem bestimmten Umfang der Nachfrage nach Bodenprodukten die Preise so normiert sein, daß die Unternehmer, die auf den relativ schlechtesten Bodenklassen, deren Anbau zur Herstellung des jeweils nachgefragten Gesamtprodukts noch mit erforderlich ist, produ-

zieren, ihre, die Produktionskosten auf dem Boden durchschnittlicher Güte weit übersteigenden Produktionskosten mit Durchschnittsgewinn zurückerkalten. Andernfalls wäre die Produktion auf diesen Bodenklassen letzter Güte nicht mehr rentabel, sie müßte also von den Unternehmern aufgegeben werden, und die Nachfrage in dem gegebenen Umfang könnte infolge des so entstehenden Produktionsausfalls nicht mehr gedeckt werden. Ricardo leugnet keineswegs, daß im Lauf der kapitalistischen Entwicklung wie in der Industrie so auch in Landwirtschaft und Bergbau immer mehr arbeit- und damit kostensparende Produktionsmethoden eingeführt werden, aber er hat die Überzeugung, daß die so *in abstracto* gegebene Möglichkeit zur Verbilligung der agrarischen und bergbaulichen »Grenzkosten« (das heißt der für die Preisbildung der Bodenprodukte maßgebenden Produktionskosten auf den relativ schlechtesten Bodenklassen) über kurz oder lang immer wieder dadurch paralytisiert oder überwogen werden muß, daß mit der wachsenden Nachfrage schließlich immer ungünstigere Bodenklassen zum An- und Abbau herangezogen werden (respektive dadurch, daß die Ertragssteigerung auf den besseren Klassen einen progressiv stärker wachsenden Mehraufwand von Arbeit, also ebenfalls wachsende Produktionskosten erheischt). Trotz technischer Vervollkommnung wachse also im Lauf der Entwicklung in diesen Branchen die zur Herstellung des, sagen wir kurz, *Grenzprodukts* gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Einer der wenigen Ökonomen, die sich ernstlich bemühten ihre Gedanken zu Ende zu denken, schloß er von dieser These ausgehend dann weiter, daß Hand in Hand mit der progressiven Kostenverteuerung des agrarischen und bergbaulichen *Grenzprodukts* und der darin begründeten allgemeinen Verteuerung der Bodenproduktpreise überhaupt die industrielle Durchschnittsprofitrate im Gegensatz zur ständig steigenden Grundrente notwendigerweise auf die Dauer eine sinkende Tendenz habe: Denn wenn der zur Produktion von Nahrungsmitteln, sagen wir eines bestimmten Getreidequantums, auf den relativ schlechtesten, noch angebauten Bodenklassen notwendige Arbeitsaufwand mit der ständigen Ausdehnung der Produktion der Tendenz nach wächst, und Hand in Hand damit die Nahrungsmittelpreise wachsen, muß die Verteuerung des not-

wendigen Lebensunterhalts eine tendenzielle Steigerung der Arbeitslöhne und (wenn auch vielfach durch Einführung arbeitsparender verbesserter Produktionsmethoden abgeschwächt) eine tendenzielle Steigerung der industriellen Produktionskosten zur Folge haben: eine Kostenerhöhung, die die industriellen Kapitalisten schließlich nicht mehr durch Preiserhöhungen der in ihren Betrieben erzeugten Waren von sich abzuwälzen imstande sein werden. Ein tendenziell notwendiges, immer weiter fortschreitendes Sinken der Profitrate, die doch das bewegende Agens der ganzen kapitalistischen Wirtschaft ist, würde aber, hebt Marx mit Recht hervor, »auf immanent notwendige Schranken« dieser Wirtschaft, auf eine mit ihrer Expansion zugleich notwendig sich entfaltende Tendenz kapitalistischer Selbstzersetzung deuten. Von einem wirklichen Beweis dieser Theorien ist jedoch bei Ricardo nicht die Rede. Gewiß war es ein großes theoretisches Verdienst auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, daß die Produktivkraft menschlicher Arbeit, die in allen Branchen industrieller Verarbeitung ständig zunimmt, in der Urproduktion eventuell durch Einbeziehung immer ärmerer Bodenklassen statt zu steigen relativ (wenigstens was die Erzeugung des *Grenzprodukts* anlangt) sinken könnte. Aber der Hinweis auf mögliche Tendenzen ist kein Beweis, daß sie auch wirkliche, geschweige in der Wirklichkeit notwendige Tendenzen sind. Ein Beweis der These *a priori* ist, wenn man nicht etwa an Stelle des ganzen Erbhalls, der doch der kapitalistischen Entwicklung offen steht, willkürlich die Fiktion eines *isolierten*, nicht weiter ausdehnbaren Staates unterschiebt, überhaupt nicht zu erbringen. Auch wenn sich tatsächlich für eine bestimmte Periode der kapitalistischen Entwicklung an unzweideutig festgestellten Fakten zeigen ließe, daß in dieser Periode in den und den bestimmten Zweigen der Nahrungsmittel- und der Rohstoffproduktion die Vermehrung des Produkts mit einem relativen Sinken der Produktivkraft der Arbeit (oder wenigstens der das *Grenzprodukt* produzierenden Arbeit) erkaufte worden ist, so wäre damit natürlich noch lange nicht bewiesen, daß dieses Phänomen notwendig dauern oder gar sich ständig verschärfen muß. Es könnte ebenso gut auch nur der Ausdruck einer temporären Stauung sein, die später, vielleicht sehr rasch, durch stär-

kere Einbeziehung fruchtbarer, doch früher wenig ausgenützter Ländereien und durch Auffindung neuer Bodenschätze überwunden werden wird.

Wenden wir uns nach diesem Exkurs, der nur die allgemeinsten, bei Behandlung des Problems in Frage kommenden Gesichtspunkte und die prinzipielle Bedeutung des Problems selbst skizzieren wollte, wieder der Eulenburgschen Untersuchung zu. Daß gewisse, von ihm gebrauchte Wendungen, zum Beispiel wenn er von einem »Gesetz der fallenden Grenzkosten« spricht, theoretisch anfechtbar und irreführend sind, nimmt seinen auf die zurzeit bestehenden Verhältnisse gerichteten Erörterungen natürlich nichts von ihrer Bedeutung. Mit voller Entschiedenheit verfehlt er die Ansicht, daß die Produktionsbedingungen für Eisenerze und Kupfer gegen früher schwieriger geworden, der Arbeitsaufwand und die Grenzkosten hier gestiegen seien. Ob er das gleiche für die Baumwoll-, die Nahrungsmittel- oder doch wenigstens die Fleischproduktion behaupten oder die Preissteigerung dieser Güterarten wesentlich auf Konto der das Angebot überflügelnden Nachfrage setzen will, ist nicht ganz klar. Jedenfalls wäre zu wünschen, daß sich die wissenschaftliche Diskussion mit diesen, für die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftsphase entscheidend wichtigen Fragen auf das eingehendste beschäftigte. Einen starken Einfluß auf die Preisverteuerung schreibt Eulenburg ferner der außerordentlich gestiegenen Goldproduktion zu. Es ist indessen nicht recht abzusehen, wie sie anders als indirekt durch die großen Gewinne, die sie den Unternehmer-Aktionären abwarf (Gewinne, die dann wie die Gewinne jeder andern Branche, in akkumuliertes Kapital verwandelt, durch Vermittlung der Banken industrieller, die Nachfrage nach Rohstoffen steigender Verwendung zugeführt werden konnten) verteuernd auf die Warenpreise gewirkt haben soll.

Der letzte Abschnitt der Studie beschäftigt sich mit den *Wirkungen der Preissteigerung* insbesondere auf den Arbeiterhaushalt. Nach der von der englischen Statistik verzeichneten Erhöhung der Durchschnittslöhne verschiedener Arbeiterkategorien, die für die Periode 1900 bis 1910 gegenüber dem vorhergehenden Jahrzehnt 11% betrug, erreichte die Lohnsteigerung noch nicht einmal ganz die (11,6% betragende, durch die Preissteigerung verursachte) Erhöhung der Haushaltskosten. Für Deutsch-

land sind die Haushaltungskosten noch stärker gestiegen, doch fehlen darüber und über die Lohnsteigerungen hier vorläufig noch genügend sichere Zahlenangaben, um einwandfreie Vergleiche zu ziehen. Nachdrücklich wird die für die Arbeiter bestehende Notwendigkeit die Zeiten steigender Preise und guter Konjunktur, wenn sie nicht völlig unter die Räder kommen sollen, mit aller Kraft zu Lohnsteigerungen auszunutzen hervorgehoben. Eine starke Senkung des hohen Preisniveaus läßt sich in absehbarer Zeit nach Ansicht des Verfassers nicht erwarten. Dieses Preisniveau ist, so resümiert das Ergebnis seiner Untersuchung in den letzten Sätzen »ein Symptom eines neuen weltgeschichtlichen und weltwirtschaftlichen Stadiums, das tief in unserer kapitalistischen Wirtschaft verankert ist. Es ist Ursache und Wirkung der veränderten Wirtschaftslage, einer neuen Phase des kapitalistischen Zeitalters. Zugleich ein Menetekel auch dafür, daß doch die Technik und die Internationalität des Verkehrs an gewisse Grenzen gebunden sind, die nicht leicht überschritten werden können, ohne die tiefsten Spuren auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens zu hinterlassen.«

X

Kurze Chronik Der diesjährige Kongreß der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* fand im Oktober zu Berlin statt. Den Jahresbericht gab Professor Max Weber; Professor Adolf Weber sprach am Eröffnungsabend über den *Soziologischen Kulturbegriff*. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Frage nach der Wesensart, der soziologischen und politischen Bedeutung der Nationalität und die Kontroverse, ob zurzeit irgendwelche wissenschaftlichen Grundlagen für eine rassistheoretische Geschichtsphilosophie gegeben seien. Nach Drucklegung der Reden wird sich Gelegenheit zu einem ausführlicheren Bericht geben. X Von den *Untersuchungen über die Preisbildung*, die im Auftrag des *Vereins für Sozialpolitik* von Professor Sering (Preisbildung bei den agrarischen Produkten) und Professor Eulenburg (Preisbildung bei den Industrieprodukten) vorbereitet werden (Leipzig, Duncker & Humblot), ist in der Eulenburgschen Serie ein Band mit Beiträgen von Dr. Franken, Dr. Hertel, Dr. Schrader bereits herausgekommen. Er enthält Untersuchungen über die Gestehungskosten im Buchdruckgewerbe, über den

Einfluß der Konjunkturen auf die Preisentwicklung der unedlen Metalle und der Steinkohlen seit 1890, über die Preisgestaltung der inländischen Braunkohlen seit 1890 in den Oberbergamtsbezirken Bonn und Halle; sie bringen viel, mit großem Fleiß gesammeltes Detail. X Von dem bekannten schwedischen Gelehrten und Sozialisten Gustaf F. Steffen sind 2 kleinere Schriften *Die Grundlage der Soziologie* und *Das Problem der Demokratie* in deutscher Übersetzung /Jena, Diederichs/ erschienen.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Erzählungen Leo Berg, der Kritiker, der sehr unbarmherzig und sehr scharf die Werke der spielenden Phantasie zu beurteilen pflegte, hat auf Gottfried Keller ein lehrreiches Wort geprägt. Er nannte ihn einen Klassiker des Philistertums. Jetzt meinen wir die Gaben des genialen Schweizer noch einmal so deutlich zu sehen. Seine Instinkte, seine Belebtheit, seine Weibleibe, seine Zimmerlichkeit in Frauendingen verraten ihn, vielmehr seine Gesinnung. Überall jedoch, wo er sich aus diesen Ideen gibt, formt er sie zu dem Erbaulichsten und Schönsten. Wir billigen bewundernd alle seine Form. Und nachdem Berg, der dies sehr klar erkannt hat, schon begraben war, erlangten einige nähere und weitere Landsleute Kellers einen Namen. Sie stammen aus der Schweiz oder aus benachbarten gemüthlichen süddeutschen Provinzen. Und immer, wenn sie sich der Art ihres Lehrers fügten und auch derb wurden und auch weit ausholten, hieß es: da ist ein vorzüglicher Kellernerbe. Nach der nordöstlichen Kante Deutschlands sind so auch die Reuterschüler entdeckt worden. Emil Strauß wurde nicht selten mit Koller verglichen; doch sehr zu Unrecht. Die Liebllichkeit des Emil Strauß zwängte sich immer an der Grenze des Allzuempfindsamen vorbei. Es war gar nicht bequem ihn vor der Verwechslung mit dem banalen Ernst Zahn, mit dem noch plattern Stegemann zu schützen. Der letzte Roman von Emil Strauß erzählt Ereignisse, die kurz nach 1600 in Pforzheim spielen. *Der nackte Mann ist das abschreckende Sinnbild des Buches* /Berlin, S. Fischer/. Es bedeutet den Krieg. Wenn er Pforzheim bedroht, dann wird nachts irgendwo in der Stadt der nackte Mann sichtbar, wie er einhergeht durch die Straßen. Er

trägt nichts als höchstens das Kleid von Mondstrahlen am Leib. Dann ist es aber Zeit, daß die Bürger ihre Kettenpanzer und Säbel putzen. Calvinismus, Luthertum, Katholizismus bekämpfen sich nach der Art ihrer Zeit. Der Landesherz rückt an, um seine Priester den hartnäckigen Städtlern mit Pulver aufzuzwingen. Da lähmt der Schlagfluß den festen Willen der Hoheit, und der nackte Mann hätte nur ein halbes Unheil angeordnet. Er hat nicht die Massen gemordet sondern eine Liebe des Vaters zu seinem Sohn zerstört. Denn des Bürgermeisters Sohn war ein Hauptmann des Fürsten geworden; er hatte gegen seine eigene Heimatstadt ziehen müssen. In diesem Buch sind zweierlei Stile gemischt. Zuerst waltet ein vorsichtig gehandhabter, in greifbaren Worten bekundeter Realismus, auch eine humorvolle Methode Gewaltsames und Derbes auszudrücken. Da ist es kein Fehler auf die Kellersche Schule zu weisen. Dann kommt aber eine große Haltlosigkeit, ein Reden in der Form des historischen Romans von früher. Das Gedankliche ist dabei keineswegs in die Menschenschicksale eingewoben.

Auch Jakob Schaffner war in seinem Kriegsroman *Der Bote Gottes* /Berlin, S. Fischer/ in diese Manier verfallen. Er hatte nur anstatt des zarten Tons den ewig polternden, aus blutrünstiger Stimmung entquellenden vorgezogen. In seinem Novellenband *Die goldene Fratze* /Berlin, S. Fischer/ ist er viel künstlerischer. Die Geschichte von der goldenen Fratze ist ein Kriminalfall. Aus Narrenliebe zu einem Schmuckstück wird ein braver Kerl zum Mörder. Hier ist alles auf die Pointe und Anekdote angelegt, und es ist schwer das Ereignis zu rechtfertigen. Die besten Novellen des Bandes sind *Die Wahrsagerin* und *Der Scharfrichter*. Sie enthalten trotz des Ernstes etwas von dem Kellerschen Humor, der aus der Weinlaube herkam. Der Scharfrichter ist ein Junggesell, im Grund ein Hasenfuß, mit einem Bruch im Gemüt, vielleicht bei der Untersuchung durch den Arzt ein Hysteriker. Wie er nun einen Kindsmörderinnenkopf abschlagen soll, der auf einem sehr üppigen, verlockenden Frauenkörper sitzt, wird ihm schwarz vor den Augen und noch düsterer im Gehirn. Er endet die Henkerei, aber auch sein eigenes Schicksal, da er einen Strick und einen festen Haken findet. *Die Wahrsagerin* erzählt von einem Schneiderlein, das dünn und pockennarbig und auch sehr verträumt

auf die Straßenbahn springt. Die Primadonna, die eben in der Stadt gastiert, sticht dem Schneider mit ihrer langen Hutnadel ein Auge aus und zahlt dafür einige Tausendnoten Reuegeld. Es geschieht, daß der in seiner Börse und Hoffährtigkeit bereicherte Jüngling eine spornende Liebe für Cassandra auffängt, die Wahrsagerin aus Saloniki. Er entführt Cassandra aus der Marktbude und harten Behandlung ihres Vaters. Zum Dank erleichtert Cassandra den Schneider um seine Noten und läßt sich von einem zitronengelben Italiener entführen. Der Schneider wird im Tingeltangel Zielscheibe für einen genialen Messerwerfer. Er vagabundiert durch die Welt. Er muß eines Tages auch wie alle übrigen Tiere und Menschen sterben, und selig grüßt er den Tod, weil Cassandra herbeieilt, um ihn anzulächeln. In diesen kleinen Novellen sind die einzelnen Auftritte so hergerichtet, daß sie stets mit einem melodramatischen Bild enden. Man könnte Gemälde zu jeder der Geschichten auf die Leinwand bringen. Gute Novellen müssen in der Tat so beschaffen sein, daß sie am Ende einen pittoresken oder plastischen Eindruck hinterlassen. Dem Roman, dem umfangreichen Lebensauschnitt wäre solche zugespitzte Wirkung von Schaden. Da darf nicht ein Gemälde das ganze Leben beschließen.

Nach dieser Begrenzung wäre auch die Geschichte Walter Nettos *Die Augen der Angelina Perza* /Berlin, Paul Cassirer/ eine gute, eine unterhaltende Novelle. Sie schließt mit einem ergreifenden, farbenreichen Auftritt. In einem Freudenhaus findet Graf Caesar X. die Geliebte wieder, die er durch alle Länder gesucht hat. Er stirbt auf ihrem nackten Körper, da ein Blutsturz ihm die Seele herausreißt. Die Szene hat etwas sehr Gewaltames, zu scharf, zu literarisch Ausgedachtes. Ein Schriftsteller erfand sie, der in der Ausdrucksform für erotische Beziehungen viel gelernt hat, der aber zu schwach wäre, um wirklich tiefere Daseinsbegegnisse zu gestalten. So muß er das Ungewöhnliche suchen. Angelina Perza, die irgendwo in einem Armenhaus geboren wurde, ist einer von den gefährlichsten Engeln. Sie hat einen Trödler und einen russischen Prinzen gemordet. Man weiß nicht, warum; auch der Graf martert umsonst seine Gedanken hierüber. Aber die Augen, die etwas geheimnisvoll Goldenes bergen sollen, sind so seltsam in Angelina, daß der Graf ihnen in die weite Welt nachfolgt. Er wird Vagabund und Bettler für diese

Augen. Als er sie endlich wiederfindet, stirbt er. Es gibt eine Kriminalnovelle für Snobs. Darin muß die menschliche Schönheit spielen, muß die Pracht von Teppichen und Lichtern, von venezianischen Lagunen und Fürstenschlössern das Auge reizen. Die Kunstmittel für diese Gattung müssen durchaus einwandfrei sein. Das ist auch in der Arbeit Nettos der Fall.

Vom Moralischen ist die Schriftstellerin Hans von Kahlenberg einmal ausgegangen. Sie begriff, wohl durch Erleben, Mitleid und Ahnung geführt, die große Verwandtschaft zwischen Sinnlichem und Sittlichem. Das verargten ihr die Frommen und verschrien die Frau sehr. Sie blieb bei ihren Ideen, sah aber ihre Aufgabe fortan mehr im sozialen als im dichterischen Schaffen. Der letzte ihrer Romane heißt *Sünde* /Berlin, Vial/. Darin werden die Abstufungen der sinnlichen Frauennatur gezeigt, von der kalten bis zur begehrenden. Die Verfasserin gibt viel Belehrung und sagt in Form einer lockenden Erzählung, was sonst in wissenschaftlichen Studien expliziert werden müßte.

Viel weicher und lyrischer will Lily Braun sich in ihrem Roman *Die Liebesbriefe der Marquise* /München, Langen/ offenbaren. Man sei vorsichtig in der Erwartung etwas ganz Zierliches und Zartes zu finden. »Um das duftende Lockenköpfchen der Marquise hatte der Sturm von 1789 getobt, und von dem Gewitter der Jüdrevolution war ihr eisgraues Haupt noch berührt worden. Schleifende Menuettschritte, rauschende Kleider, klappernde Stöckelschuhe. Sturmbläuten, Kanonendonner, dazwischen ein Flüstern, ein loises Lachen, ein verhaltenes Schluchzen: das war ihre Geschichte.« Die Marquise durfte sich immer der Liebe von Männern freuen, die im Pariser Stadt- und Hofgetriebe sehr gut Bescheid wußten und eine geschickte Feder zu brauchen verstanden. Herzliches klingt fast sparsam in all den Briefen. Die Ereignisse der langsam zur Revolution erhitzten Stadt sind viel wichtiger, sie werden mit weit größerer Ausführlichkeit bedacht. So geriet sicher das Romanhafte zu kurz, und das Kulturhistorische gewann. Es wurde von der Verfasserin sorgsam dokumentiert, in eine mit leichter Welkheit absichtlich ausgestattete Sprache verkleidet. Die Briefe jener Zeit sind ja alle literarische Arbeiten, sie wurden in Gala geschrieben. Man zeigte sie sich wie man Putzstücke bewundern ließ. Da mußten auch die Briefe elegant

und wohlgeformt sein. Lily Braun wurde gereizt das Kunststück des Briefes nachzuahmen, was ihr durch ihre stilistische Anpassungskraft gelang. Der Titel des Buches verspricht jedoch Poetisches, und das ist in dem Buch nicht zu entdecken.

× **Kurze Chronik** Der Übersetzer Ludwig Passarge, der als erster Ibsen verdeutscht hat, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. × Herbert Eulenburg hat für sein Drama *Belinde* den Volksschillerpreis von 3000 Mark erhalten. Von den Preisrichtern wurden durch besonderes Lob noch Stefan Zweig und Wilhelm Schmidtbönn ausgezeichnet. × In Florenz wird ein Dantemuseum eingerichtet.

Bühnenkunst / Hans Winand

Brahm † Das gleiche traurige Schicksal, dem vor Jahresfrist in der Blüte seiner Lebenskraft Joseph Kainz zum Opfer fiel, hat nun der deutschen Theaterkunst einen neuen unersetzlichen Verlust gebracht. Otto Brahm ist nicht mehr. An den Folgen einer schweren Operation, zu der selbst die Ärzte nur sorgend und der Pflicht gehorsam schritten, ist er entschlafen. Und fast muß man das Los segnen, das diesem Erneuerer und Hüter deutscher Theaterkunst ein schnelles stilles Verlöschen bescherte und ihm die Qual eines langsamen, peinreichen und unaufhaltsamen Dahinsiehens ersparte. Seine Tage waren gezählt. Kein gütiger Stern hätte Otto Brahm noch in jenes Leben persönlicher Freiheit geleitet, von dem er noch bis zu seinen letzten Tagen träumte. Man weiß, daß er der Bühne, der seine heste Lebensarbeit gewollt hatte, Lebewohl sagen wollte. Nach einem Vierteljahrhundert harter Fron im Dienst einer deutschen Bühne, die seine Schöpfung war, winkte das Leben eines freien und unabhängigen Schriftstellers. Er freute sich, in seiner stillen, verschwiegenen Weise, wie ein Kind auf diese Zeit. Daß sie nun nicht gekommen ist, wirft einen neuen Schatten auf diese Bahre.

In dieser Stunde ist ein nachdenkliches Schweigen Wunsch und Bedürfnis. An seinem Grab soll nicht die Trauer durch Begründungen erniedrigt, soll nicht der Schmerz durch Worte des Dankes, die er mit einem stillen abwehrenden Lächeln von sich gewiesen hätte, geschwätzig werden. Später wollen wir versuchen die großen, strengen

und in ihrer unerbittlichen Folgerichtigkeit fast monumentalen Linien dieses Lebens und seines Vollbringens nachzuzeichnen. Dann mag der Begriff *Otto Brahm* beleuchtet werden. Denn uns ist dieser Mann und sein Wirken zu einem festumrissenen Begriff geworden, zu einem Symbol, das weit hinausgreift über die Grenzen seiner Wirkungsstätte und seiner Person und der Zukunft fast wie ein Gelöbnis entgegenklingt. Der Mensch Otto Brahm ist dahingegangen: sein Geist aber soll fortwirken und möge (das ist der Wunsch und die Hoffnung aller, denen unsere Theaterkunst am Herzen liegt) immer stärker und mächtiger werden. Solange das Gedächtnis an ihn und die Erinnerung an die Werke seiner besten Jahre unter uns lebendig bleiben, brauchen wir an der Zukunft unserer Bühnenkunst nicht zu verzweifeln. Und wenn immer in der Buntheit der Gegenwart Uechtes unter der Maske der Kunst und Eintägiges mit dem Gestus der Ewigkeit uns entgegentritt und schmeichelnd die Gemüter zu verwirren trachtet, dann wird die Erinnerung an die Glanzzeit von Otto Brahms Theater wiedererwachen: als ein stolzes Ideal. Und zugleich als ein Tempelhüter an der Pforte der Bühnenkunst, an deren Schwellen nur allzuviel Unberufene Armut durch Lungenkraft zu verbergen suchen.

Es ist ein Sonnenschimmer in dieser Stunde melancholischen Gedankens, daß wir uns sagen können: Auch im Theaterbetrieb Berlins ist sein künstlerisches Erbe nicht ganz verloren gegangen. Der Ruhm des Tages, dies Kind wandelbarer Laune und dieser Götze leicht beeinflussbarer Mode, hatte Brahm in den letzten Jahren verlassen. Die vielseitigere, beweglichere, schmiegsamere und kühnere Regiebegabung Reinhardts hat schnell die Begeisterung der nach einem Rausch der Farbe dürstenden Masse erweckt. Otto Brahm, der vielleicht schärfer als andere die Vorzüge Reinhardtischer Regiekunst erkannte, war still in den Hintergrund getreten. Er mußte sehen, wie selbst scharfsichtigere Elemente mit flatternden Fahnen dem Jüngern zuschwenkten und die unermesslichen künstlerischen Gefahren und Mängel der Reinhardtischen Kunstrichtung übersahen. Die Industrialisierung des Theaterbetriebs, die im jüngsten Berlin so erstaunliche Fortschritte gemacht hat, mochte ihn mitbestimmt haben den Abschied von der Stätte seines letzten Wirkens in sein Lebenspro-

gramm einzustellen. Aber auch wenn das Schicksal ihm die Zeit zur Erfüllung dieser Absicht gelassen hätte, wäre ihm die Genugtuung geworden zu sehen, daß seine Saat aufgegangen ist, und daß nicht alle blindlings an ihrer Frucht vorbeistürmen.

X
Berlin: Kleines Theater

Nach allem, was wir in den letzten 15 Monaten sahen, dürfen wir glauben, daß Otto Brahm's Nachfolge auch künstlerisch nicht leer bleiben wird. Denn der Mann, der in 2 Jahren ins *Lessingtheater* einziehen wird, hat sich im *Kleinen Theater* seine Sporen ehrlich verdient. Daß Barnowskys Regieleistungen in der Öffentlichkeit noch nicht nach Verdienst anerkannt werden, liegt nur daran, daß dieser kluge und zielbewußte Theaterleiter auch in seinem geschäftlichen Gebaren in Brahm'schen Bahnen wandelt und eine geschwätzig Reklame ebenso streng vermeidet wie eine übertriebene Inanspruchnahme der Tagespresse, die noch immer für wortreiche Theatermänner eine besondere Schwäche zeigte.

Wenn Barnowskys Anwartschaft auf die Nachfolge Brahm's sich auf diese negativen Tugenden beschränkte, wäre freilich nicht viel Grund zu Hoffnungen. Aber Barnowskys Leistungen der letzten Zeit gaben mehr als man in dem heutigen Berlin theatralischer Publikumsensationen erwarten konnte. Das *Kleine Theater* bringt Aufführungen heraus, die an Einheitlichkeit des Zusammenspiels nichts, wirklich nichts zu wünschen übrig lassen. Das ist beste Brahm'sche Tradition: dieses Streben die Episode dem Ganzen unterzuordnen und sie darum doch nicht zu vernachlässigen. Das ist beste Brahm'sche Tradition: diese Disziplin, die in der Einzelheit den Teil der Gesamtheit ehrt und kühl der Versuchung ausweicht diesen oder jenen dankbaren Moment zu einer billigen Beifallsprovokation auszunutzen. Noch fehlen hier die Schauspieler großen Formats und auch vielleicht die großen Aufgaben: aber die man übernimmt, werden erfüllt, und es kommt zu keinen Dissonanzen.

Man braucht die fürs erste noch sehr diskreten literarischen Ambitionen des Direktors Barnowsky nicht zu überschätzen, wenn man ihm einstweilen alle Eigenschaften eines klugen, geschickten und geschmackssichern Theaterdirektors vorbehaltlos zuerkennt. Auf dieser kleinen, unscheinbaren Bühne wird nicht etwa mit ausgezeichneten Mitteln Gutes hervorgebracht: man leistet vielmehr mit

guten Mitteln Ausgezeichnetes. Eine Aufführung wie die von Tolstoj's *Und das Licht scheint in der Finsternis* ist die vorbildliche Leistung eines Regisseurs, der in tapferer Selbstzucht alle Elemente eines Dramas mit gleicher Liebe und Treue umfaßt. Und gleiche Vorzüge erfreuten bei der jüngsten Inszenierung von Thomas *Magdalena*; von der ersten Silbe bis zu dem traurigen Abschluß gab es in der Darstellung dieser geistig wie künstlerisch gleich genügsamen Dorfgeschichte weder Lücken noch Flecken. Überall waltet die gleiche, überlegen temperierte Liebe zur Sache, überall die gleiche Sauberkeit und überall die gleiche künstlerische Disziplin der Regie. Bei Schnitzlers *Professor Bernhardt* steigern sich diese Vorzüge zu einem starken Eindruck, die an die besten Zeiten Brahm's gemahnt. Man gebe diesem Direktor nur die Möglichkeit sich große Schauspieler und Schauspielerinnen zu verpflichten, und die Bahn zu einer Wiedererweckung einer großen und reinen Bühnenkunst ist frei. Das ist der Weg, auf dem die Zukunft liegt; und das ist die Art, wie ein Regisseur zwar keinen Jubel weckt, aber Werte schafft. Und das ist schließlich noch immer der bessere Teil jedes Künstlerwirkens gewesen.

Ein leidenschaftliches und vorwärtsdrängendes Temperament wie Reinhardt mag für die Vielseitigkeit unserer Bühnenkunst einstweilen fruchtbarer sein, wenn seiner Leistung auch Mängel anhaften, die dem kühleren Regisseur des *Kleinen Theaters* nicht vorgeworfen werden können. Noch heben bei Reinhardt große Vorzüge viele der gefährlichen Mängel auf. Indes Barnowskys Leistungen, in ihrer Beschränkung der Aufgaben, vielleicht Begeisterung durch Freude, Feuer durch Eifer, leidenschaftlichen Glauben durch Gewissenhaftigkeit und trunkene Hingabe durch feinfühliges Mitempfinden zu ersetzen streben. Aber diese Einschränkungen fallen einstweilen nicht ins Gewicht. Sie können auch in vieler Beziehung durch die Eigenart der Raumverhältnisse und der Werke erklärt werden. Doch schon jetzt erreichen Barnowskys Leistungen die Aufführungen des heutigen *Lessingtheaters*, gehen für mein Empfinden sogar darüber hinaus. Die Übersiedelung in das verwaiste Brahm'sche Haus wird dereinst zeigen, in welchem Maß die Dankbarkeit des Bühnenmilieus im *Kleinen Theater* an dem Eindruck der Aufführungen mitgearbeitet hat. Denn es kann nicht zweifelhaft

sein, daß gerade die kleine Bühne den Weg zu intimen Wirkungen sehr erleichtert. Die große Bühne und das große Haus des *Lessingtheaters* stellen strengere Ansprüche an des Regisseurs Fähigkeit Stimmungen erstehen und Illusionen erwachen zu lassen. Aber nach allen bisherigen Proben wird man Barnowsky auch die Lösung dieser größeren Aufgaben zutrauen. Er bringt alle Voraussetzungen mit, die in ihm einen würdigen Nachfahren Brahms erhoffen lassen. Und wenn ihm, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch nicht das Glück winkt als Träger und Förderer einer neuen Dramenliteratur in die Theatergeschichte einzuziehen, so läßt das übernommene Erbe seinem Können doch noch ein weites Feld.

× **Kurze Chronik** Der verdienstvolle Generalintendant des Münchener Hoftheaters Freiherr von Speidel ist seinem segensreichen Wirken als Reorganisator der Hofbühne durch den Tod entrissen worden. Als Nachfolger berief man den Berliner Chorrepetitor Freiherrn von Frankenstein. × Das Berliner *Lessingtheater* wird nach den letztwilligen Verfügungen Brahms bis zum Ablauf der Pachtzeit für Rechnung der Erben von einem Komitee fortgeführt, dem der bisherige Dramaturg Dr. Ehrlich und der Regisseur Lessing angehören. × Das Berliner *Deutsche Schauspielhaus* der Direktion Lantz hat Ende September mit einer Aufführung des *Egmont* seine Tätigkeit begonnen. Die Aufführung enttäuschte, soll billigerweise jedoch nicht zum Maßstab der Leistungsfähigkeit gemacht werden, da das Recht auf eine mißlungene Eröffnungsvorstellung einem jungen Bühnenleiter nicht bestritten werden kann. Die Aufführung von Strindbergs *Kameraden* hat diese Scharte zum Teil ausgewetzt. × Als Nachfolger Alfred von Bergers, der seit dem Rücktritt Schlenthers das Wiener Burgtheater leitete und vor einigen Monaten starb, gilt Hugo Thimig. Die Entscheidung wird erst im kommenden Jahr fallen; einstweilen wird die Direktion von Thimig provisorisch verwaltet. × Hagemann hat wegen Unstimmigkeiten mit dem Verwaltungsrat des Hamburger *Deutschen Schauspielhauses* seine Direktion niedergelegt. Als Nachfolger ist der Münchener Dramaturg Dr. Kilian in Aussicht genommen. × Das neuerbaute Stuttgarter Hoftheater ist

Anfang Oktober festlich eingeweiht worden. Der von Littmann geschaffene Bau stellt ein Doppelhaus dar, mit verbindendem Mittelgebäude.

×

Literatur

× Für den Wert von Theaterkritiken gibt es einen strengen, aber unfehlbaren Gradmesser: Man sammle diese unter dem Eindruck eines in die Vergangenheit hinabsinkenden Tages geschriebenen Betrachtungen, lege sie in eine Mappe, lasse sie ablagern und übergebe sie einem Verleger, damit er sie, erbarmungslos eine an die andere gereiht, eines schönen Herbsttages in Buchform herausgebe. Siegfried Jacobsohn, der Herausgeber der *Schaubühne*, hat mit der ihm eigenen zähen Begeisterung für sein kritisches Amt diese Feuerprobe gewagt: und daß seine Kritiken dem standhalten, ist wohl der schönste Triumph, den ein erbarmungslos eifriger Theaterfanatiker seines Schlanges erleben kann. Denn merkwürdig: Diese scheinbar für den Tag bestimmten kritischen Betrachtungen, zwischen deren Zeilen Haß, Liebe, Zorn und Sorgen vergänglicher Stunden in ein prächtig klares, elastisches und reines Deutsch gebracht wurden, verlieren bei dieser verspäteten Lektüre im Buch nichts von ihrer suggestiven Frische. Ja, mehr noch: Mir will scheinen, als vertiefe sich, dem Reiz der Aktualität entzückt, ihre Eindringlichkeit, und als wachse ihr Wert. Denn gerade in ihrer harten Aneinanderreihung erweist sich, daß dieser vielverfolgte und vielgelästerte Mann, der in selbstquälender Begeisterung die Abfassung von Kritiken zu seinem Lebensamt erhob, auch unter der Suggestion des Tages nie den Blick für weitere Ziele verliert. Die frischen Ausbrüche dieses, trotz allen grimmen Zorns, im Grunde rettungslos optimistischen und damit begeisterungsfähigen Temperaments ordnen sich ein in ein Streben, das einer Veredelung unserer Schaubühne gilt. Und mit Freude fühlt man, wie hier ein Kritiker des Tages alle Hypnosen des Augenblicks überwindet. Tapfer, herb und klar, immer aber ehrlich und lebendig ist dieses Büchlein *Das Jahr der Bühne* / Berlin. Oesterheld/: ein Vademecum für jeden Theaterdirektor, Dramaturgen und Schauspieler, der es mit der Theaterkunst ernst meint. Und selbst da noch, wo man diesem Kritiker nicht folgen kann, bleibt der Respekt vor einem Schriftsteller, der es mit seinem Willen ebenso ernst nimmt wie mit seinem Talent.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Gemeinnützige Großsiedlung Seit dem bedauerlichen Rückgang in der Kolonisationstätigkeit der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen sind die großen gemeinnützigen provinziellen Ansiedlungsgesellschaften des deutschen Ostens mehr und mehr in den Vordergrund der öffentlichen Beachtung getreten. Im Vergleich zur Ansiedlungskommission weisen sie in der Tat erhebliche Vorzüge auf. Sie sind vor allem nicht wie jene staatliche Behörden sondern private Handelsgesellschaften und als solche beweglicher, geschäftstüchtiger. Weil sie nicht nur die bedeutenden Unkosten der Besiedlung, vor allem die Dotationen für Gemeinde, Kirche und Schule, sondern auch die 4prozentige Verzinsung ihres Gesellschaftskapitals (höhere Dividenden zu verteilen ist ihnen nicht gestattet) herauswirtschaften müssen, sind sie beim Güterankauf vorsichtiger und besonders bei Bemessung des Kaufpreises knauseriger als die aus einem Hundertmillionenfonds öffentlicher Gelder schöpfende Ansiedlungskommission. Andererseits kann das Erwerbsinteresse nicht das Gemeininteresse überwuchern, weil überall der Staat und die ihm nachgeordneten öffentlich-rechtlichen Verbände, die Provinz und die Kreise, in Brandenburg und Hannover auch zahlreiche Städte, als Hauptgeldgeber die einflußreichsten Gesellschafter sind. Durch Beteiligung der lokalen Selbstverwaltungskörperschaften ist eine gewisse Bürgschaft dafür gegeben, daß neben dem Interesse des Staatsganzen auch die berechtigten lokalen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Es hat daher im Aufbau der provinziellen gemeinnützigen Großsiedlungsgesellschaften nicht nur der Gegensatz zwischen Wohlfahrtsinstitut und Erwerbsgesellschaft sondern auch zwischen Zentralisation und Dezentralisation einen zweckmäßigen Ausgleich gefunden. Aber nicht nur wegen ihrer Rechtsform und ihrer innern Struktur sind die provinziellen Kolonisationsunternehmungen der in Posen und Westpreußen wirkenden staatlichen Kolonisationsbehörde vorzuziehen sondern auch wegen ihrer Zweckbestimmung. Sie sind nämlich nicht in erster Linie Instrumente im nationalen Kampf um den Boden sondern Instrumente zur Herbeiführung einer unter wirtschaftlichen und sozialen

Gesichtspunkten richtiger Bodenbesitzverteilung. Wenn sie diesem Ziel sich zwar annähern, es aber nicht erreichen können, so liegt das nicht an organisatorischen Fehlern oder an der leidigen Kapitalarmut Ostdeutschlands, die auch die Aufbringung der zur innern Siedlung erforderlichen Geldmittel erschwert, sondern daran, daß die Bauern und Landarbeiter, die Hauptinteressenten der innern Kolonisation, in den Vertretungskörperschaften des preußischen Staats und seiner Provinzen und Kreise einen so viel geringern Einfluß haben als die Großgrundbesitzer. In Anbetracht dieses Grundfehlers in der Organisation der innern Kolonisation in Preußen ist die Siedelungstätigkeit der gemeinnützigen Provinzialgesellschaften während der letzten Jahre immerhin recht beachtenswert. (Siehe zum folgenden auch diese Rundschau, 1909, 1. Band, pag. 201 ff., 1909, 3. Band, pag. 1457 ff., und 1910, 2. Band, pag. 666 ff. und 3. Band, pag. 1328 ff.) Die älteste dieser Gesellschaften ist die mit einem Gesellschaftskapital von 7 151 000 Mark arbeitende *Ostpreussische Landgesellschaft* zu Königsberg. Sie hat im Geschäftsjahr 1911-1912 11 Güter mit 2 837,12 Hektar zu einem Gesamtkaufpreis von 3 326 369 Mark (Durchschnittspreis für das Hektar 1173 Mark) angekauft und 225 selbständige Rentengüter von 3 038,61 Hektar Fläche gebildet. Die Nachfrage nach Rentengütern war außerordentlich reger. Im Bericht für das Jahr 1910-1911 heißt es darüber sogar: »Der Verkauf der ausgelagerten Stellen ist so schnell vor sich gegangen, daß der größte Teil der Güter verkauft war, bevor die Ansiedlungsbedingungen in gedruckter Form herausgegeben werden konnten.« Besonders rasch hat sich seit 1907 der Verkauf von Landarbeiterstellen unter 2,5 Hektar gesteigert; 5, 24, 44, 63, und im letzten Jahr 85. Bis zum 31. März 1912 hat die Gesellschaft 1025 Ansiedler auf 14 791,26 Hektar angesetzt; von ihnen haben 284 Stellen bis zu 2,5 Hektar, 649 Stellen von 2,5 bis 25 Hektar und 72 große Bauernstellen und Restgüter erhalten. Aus Ostpreußen stammten 441 Ansiedler, aus dem übrigen Deutschland 404, und 180 waren deutschrussische Rückwanderer. Die 584 Ansiedler, die nach Ostpreußen einwanderten, haben in die menschen- und geldarme Provinz insgesamt rund 1700 Kinder und 3 625 000 Mark gebracht. Die Ansiedler kommen gut vorwärts und zahlen ihre Renten und Hypothekenzinsen pünktlich.

Eine erfreuliche Entwicklung nahm in ihrem 2. Geschäftsjahr die brandenburgische Landgesellschaft *Eigene Scholle* zu Frankfurt an der Oder. Interessant ist die Zusammensetzung dieser Kolonisationsgesellschaft. Ihr gehören an der preußische Fiskus, der Provinzialverband, 22 Kommunalverbände der Provinz Brandenburg, 20 Korporationen, Banken und Aktiengesellschaften, 205 Privatpersonen und, was die brandenburgische Gesellschaft vor der ostpreußischen und pommerschen auszeichnet, 35 Städte. In der überraschend großen Beteiligung der Städte drückt sich eine durchaus zutreffende Wertschätzung der erheblichen Vorteile aus, die die Bauern- und Arbeiteransiedlung den benachbarten Städten, besonders den kleineren und mittleren, bringt. Das Kapital der Gesellschaft erhöhte sich infolge des Eintretens neuer Gesellschaften auf 8 288 000 Mark. Bis zum 30. Juni 1912 erwarb sie 21 Güter mit insgesamt 8 958,77 Hektar für die gemischte Besiedelung. Die Grundstückspreise wurden durch die lebhaft Nachfrage in Berlin wohnender Kapitalisten hochgehalten, und besonders für sogenannte *Jagdgrüter* wurden außergewöhnlich hohe Preise bezahlt. Diese unerfreuliche Erscheinung erweckt die Befürchtung, daß die Zunahme reicher Leute, die sich Luxusgüter leisten können, durch Hinauftreiben der Bodenpreise auch in Deutschland, wie schon seit langem in England, der innern Kolonisation gefährlich werden kann, und mahnt sie zu beschleunigen, solange noch Bauer und Landarbeiter mit dem Kapitalisten konkurrieren können. Die Nachfrage nach kleinen Stellen, besonders auch nach Arbeiterstellen, war auch in Brandenburg sehr reger. Im ganzen konnten mit Ablauf des 2. Geschäftsjahrs 258 Familien angesiedelt werden, und zwar 98 auf Bauernwirtschaften (10 bis 20 Hektar), 29 auf kleinbäuerlichen Wirtschaften (8 bis 10 Hektar), 18 auf Handwerkerstellen ($\frac{1}{2}$ bis 5 Hektar), und 113 auf Arbeiterstellen (0,125 bis 1,50 Hektar). Die erbauten Arbeitergehöfte wurden sämtlich veräußert. Außer der gemischten Besiedelung betreibt die Gesellschaft auch die reine Arbeiteransiedlung. In deren Rahmen hat sie bis August 1912 44 Industrie- und Landarbeiterstellen gebildet und verkauft.

Bereits mehrfach wurde an dieser Stelle von den bedeutenden Erfolgen der *Pommerschen Ansiedlungsgesellschaft* zu Stettin berichtet. Sie hat bis

zum Schluß des Jahres 1910 eine Fläche von 32 088,64 Hektar erworben und davon auf die eigentliche Rentengutsbildung einschließlich der für gemeinschaftliche Anlagen und Dotationen erforderlichen Flächen insgesamt 24 761,92 Hektar verwendet. Auf diese Fläche hat sie 1278 Ansiedler angesetzt, von denen 376 oder 29,3% ehemalige Gutsarbeiter, 220 oder 17,2% Land- oder Dorfhandwerker und 102 oder 9,9% zuletzt in Städten wohnhaft waren. Von den Ansiedlern erwarben 142 Rentengüter unter $2\frac{1}{2}$ Hektar, 127 solche von $2\frac{1}{2}$ bis $7\frac{1}{2}$ Hektar, 167 solche von $7\frac{1}{2}$ bis 10 Hektar, 649 solche von 10 bis 25 Hektar und 148 solche über 25 Hektar. Im Dezember 1910 ging die Genossenschaft in die nach dem Vorbild der *Ostpreußischen Landgesellschaft* gebildete *Pommersche Landgesellschaft* (mit beschränkter Haftung) zu Stettin auf. Das Gesellschaftskapital beträgt zurzeit 6 Millionen Mark. Davon haben der preußische Staat 3 Millionen, die Provinz 2 Millionen, die *Pommersche Ansiedlungsgesellschaft* 250 000, die pommersche Landesgenossenschaftskasse 302 000 und 23 pommersche Landkreise 448 000 Mark übernommen. Im Lauf des Jahres 1911 erwarb die Landgesellschaft 14 Güter im Umfang von 5 473,79 Hektar. Der durchschnittliche Einkaufspreis betrug pro Hektar 1 011,85 Mark. Nach umfangreichen Moor-, Heide- und Wiesenmeliorationen verwandte sie in ihrem 1. Geschäftsjahr 1 854,61 Hektar zur Bildung von 134 Rentengütern. Bemerkenswert ist, daß sie nur 17 Landarbeiterrentengüter unter $2\frac{1}{2}$ Hektar absetzen konnte. Die Ursache dieses Mißerfolgs der eigentlichen Landarbeiteransiedlung in Pommern, das hierin im Osten eine Ausnahmestellung einnimmt, ist durchaus nicht eine Abneigung der Landarbeiter sich anzusiedeln sondern der Umstand, daß sie in Hinterpommern bereits bei einem baren Vermögen von etwa 1000 Mark ein bäuerliches Rentengut erwerben können und infolgedessen so lange sparen, bis sie sich durch einen solchen Kauf der Lohnarbeit entziehen können. Um einen erhöhten Anreiz für den Erwerb eigentlicher Arbeiterstellen zu schaffen, will sich die Landgesellschaft in Zukunft mit dem Nachweis eines Vermögens von 500 Mark und darunter begnügen.

Die *Schleswig-Holsteinische gemeinnützige Siedelungsgenossenschaft* zu Kiel, der Ende 1911 der Staat, die Provinz, 16 Kreise, 4 Städte, 1 Gemeinde,

7 Körperschaften und 76 Einzelpersonen mit 264 Geschäftsanteilen zu 1000 Mark angehörten, hat in den letzten 3 Jahren in Nordschleswig 693,43 und in Holstein 1 679, 43 Hektar gekauft. Verkauft hat sie in dem selben Zeitraum in Nordschleswig 499,80 und in Holstein 661,43 Hektar. Die ähnlich zusammengesetzte *Hannoversche gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft* zu Hannover betätigt sich reger in der Kultivierung von Moor und Heide und in der Begründung von Rentengütern, Neubauereien und Arbeitstellen.

In den Provinzen Sachsen und Schlesien sind bisher große gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaften bedauerlicherweise nicht zustande gekommen. Daß ein Bedürfnis hierfür nicht nur bei den kleinen Leuten des platten Landes sondern sogar bei den Großgrundbesitzern besteht, ergibt sich daraus, daß der Landgesellschaft *Eigene Scholle* im Jahr 1911-1912 aus diesen beiden Provinzen 19 Güter mit 23 018 Hektar zum Kauf angeboten wurden. Inzwischen ist aber meine in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 1332) ausgesprochene Hoffnung, die innere Kolonisation werde bald auch in die Provinz Sachsen ihren Einzug halten, wenigstens insofern in Erfüllung gegangen, als der preußische Staat seine große Domäne Ummendorf im Oktober der Landgesellschaft *Eigene Scholle* zum Zweck einer Aufteilung in kleinere Bauernhöfe verkauft hat.

× **Gewer- mäßige Großsiedlung** × In Deutschland bestehen zurzeit 2 kolonisorische tätige Erwerbsgesellschaften: die *Landbank* zu Berlin und die *Mecklenburgische Ansiedlungsgesellschaft* zu Schwerin. Beide sind Aktiengesellschaften. Die eine kolonisiert vornehmlich in Ostpreußen und Pommern, betreibt aber in erster Linie den Güterhandel im großen über ganz Deutschland hin. Die andere ist eine sich auf Mecklenburg beschränkende reine Siedlungsunternehmung.

Die *Landbank* steht mit der Zahl der von ihr gegründeten selbständigen kleineren Stellen (Ende 1910 waren es 3054 mit 41 757 Hektar) immer noch unmittelbar hinter der Ansiedlungskommission, wenn auch in weitem Abstand, an erster Stelle. Im Jahr 1911 hat sie 438 selbständige kleinere Stellen mit einer Gesamtfläche von 2450 Hektar abgegeben und 188 Stellen mit 2450 Hektar neu begründet. Leider erklärt die

Landbank in ihrem letzten Geschäftsbericht sich auf dem Gebiet ihrer ursprünglichen Aufgaben, eben der innern Kolonisation, in Zukunft mehr Zurückhaltung auferlegen zu müssen, weil »sich auf diesem Gebiet neuerdings Tendenzen geltend machen, die eine Privilegierung der gemeinnützigen Gesellschaften um ihrer äußern Gestaltung willen vor der gemeinnützigen Arbeit als solcher, wie wir sie auf privatem Boden betreiben, bezwecken und bereits zu einer weitgehenden Befreiung bestehender gemeinnütziger Organisationen von staatlicher Kontrolle und von Abgaben und Steuern aller Art geführt haben, während die gemeinnützige Arbeit ohne solche Organisation mit diesen Abgaben und Steuern belastet bleibe«. Nachdem ich im Sommer vorigen Jahres in Pommern eine ganze Anzahl von ihr begründeter Kolonien gesehen habe, muß ich diesen Entschluß der *Landbank*, die außer ihrem großen Aktien- und Obligationenkapital von je 20 Millionen Mark offensichtlich eine reiche Erfahrung und viel guten Willen in den Dienst der innern Siedlung gestellt hat, lebhaft bedauern. Man sollte bei der Auslegung des Reichswertzuwachssteuergesetzes und im angekündigten preußischen Parzellierungsgesetz die auf kolonisorischem Gebiet anerkannt gemeinnützig wirkende große Erwerbsgesellschaft nicht schlechter behandeln als die schon ihrer Organisationsform nach gemeinnützigen Großsiedlungsgesellschaften. Man sollte sich hüten das Privatkapital von einem Gebiet zu vertreiben, wo es, wie der Jahresbericht der *Landbank* mit Fug und Recht schreiben kann, »seinerzeit bahnbrechend vorging, unter Mitwirkung und Kontrolle der dazu berufenen Behörden nach Urteilen von kompetentester Seite erfolgreich und gut gearbeitet hat, und wo bei der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Aufgabe alle willkommen geheißen werden sollten, die unter der erforderlichen staatlichen Kontrolle in einwandfreier Weise mitzuarbeiten bereit sind«.

Die 1906 gegründete *Mecklenburgische Ansiedlungsgesellschaft* hat seit ihrem Bestehen 6920,90 Hektar zur Aufteilung erworben und daraus 302 mittlere und kleinere Besitzstellen geschaffen, darunter 166 Bldereien von 6 bis 12 Hektar und 90 Häuslereien von 20 bis 90 Ar. Ihr Hauptverdienst besteht darin, daß sie durch Aufteilung des Ritterguts Prestin die erste große Kolonisation im ritterschaftlichen Gebiet trotz aller Schwierig-

keiten, die ihr im Weg standen und in den Weg gelegt wurden, erfolgreich durchgeführt hat. Kann man den Widerstand der mecklenburgischen Ritterschaft gegen das Eindringen der Bauernansiedlung in ihr Gebiet allenfalls begreifen, so wundert man sich um so mehr über die Mitteilung der Ansiedlungsgesellschaft, daß »die Förderung der Besiedelungstätigkeit auch bei den Stadtmagistraten keineswegs, wie man annehmen sollte, eine gleichmäßig liberale und wohlwollende ist«, und daß infolgedessen das Aufteilungsverfahren in einigen Fällen, »und zwar auffallenderweise gerade bei einer Stadt, die sonst eine führende Rolle in Mecklenburg für sich in Anspruch nimmt, über alle Maßen lange gedauert hat« (siehe auch diese Rundschau, 1909, 3. Band, pag. 1459, und 1910, 2. Band, pag. 668 ff.).

× **Polnische Parzellierungsbanken** ×

Nach dem Bericht des Regierungsrats Schilling (Posen) im *Archiv für innere Kolonisation* haben die polnischen Land- und Parzellierungsbanken, unterstützt durch die Spargelder der polnischen Industrie- und Wanderarbeiter und durch den Kredit der polnischen Volksbanken und der Verbandskasse der polnischen Genossenschaften und getragen vom Vertrauen und der Teilnahme der Volksgesamtheit, auch im Jahr 1910 den nationalen Kampf um die Befestigung und Vermehrung des polnischen Grund und Bodens mit großem Erfolg geführt. In Posen und Westpreußen bestanden 1910 27 polnischnationale Land- und Parzellierungsbanken, von denen 3 im Jahr 1909 und 7 in 1910 neubegründet worden sind. Im Verein mit der *Spolka Ziemska* in Beuthen betrug die Höhe der Geschäftsanteile ihrer 4122 Mitglieder 5 831 655 Mark, ihre Gesamtsumme 5 429 200 Mark und die Gesamtsumme der ihnen anvertrauten Depositen 16 636 902 Mark. Der Zuwachs an Depositengeldern gegenüber dem Vorjahr ist mit 1,8 Millionen Mark recht hoch. Der finanzielle Reingewinn bei der Gesamtheit der Landbanken stellte sich 1910 auf 607 000 Mark; außerdem konnten die Reservefonds von 2 645 222 auf 2 885 311 Mark erhöht werden. Wie energisch und umsichtig sich die nationale Selbsthilfe der Polen in der innern Kolonisation betätigt, möge an dem Beispiel einer ältern großen und einer jungen kleinen Parzellierungsbank gezeigt werden. Die *Bank parcelacyjny* in Posen erwarb im Jahr 1910 für eigene Rechnung 18 Wirtschaf-

ten mit 3400 Morgen Flächeninhalt, davon 1300 Morgen aus deutscher Hand. Dieses Land parzellierte sie und veräußerte es an etwa 52 polnische Käufer weiter. Bei nur 282 082 Mark eingezahlten Geschäftsanteilen erzielte sie einen Reingewinn von 120 556 Mark und konnte daraus ihren Mitgliedern 10 % Dividende zahlen; außerdem wies sie rund 30 000 Mark dem Reservefonds zu. Die *Spolka Ziemska* in Gollantsch wurde Ende 1909 vom verstorbenen Prälaten Wawrzyniak, dem Kurator des *Verbandes der polnischen Genossenschaften*, gegründet. Sie wird vom Probst Duczwal als Vorstandsvorsitzenden und 2 weiteren im Aufsichtsrat sitzenden Präbsten geleitet. In ihrem 1. Geschäftsjahr 1910 erwarb die Bank bei nur 6785 Mark eingezahlten Geschäftsanteilen 10 Wirtschafte mit einem Areal von etwa 1500 Morgen, darunter 3 deutsche von etwa 600 Morgen, von denen sie 5 im ganzen und die übrigen geteilt weiter verkaufte. Sie hat dadurch mit einem Gewinn von 10 431 Mark abschließen und außerdem den Reserve- und Dubiosenfonds mit 25 000 Mark dotieren können. An Spareinlagen sind ihr in dem einen Jahr 80 000 Mark zugeflossen. Es wäre zu wünschen, daß die katholischen Geistlichen Bayerns als Leiter der ländlichen Darlehnskassen, denen das neue bayerische Güterzertrümmerungsgesetz die wichtige Aufgabe der Aufteilung auf den Markt kommander Grundstücke zugewiesen hat, eine auch nur annähernd vergleichbare Geschicklichkeit in Parzellierungssachen entfalten möchten. Dem Deutschtum der Ostmark ist der erfolgreiche Kampf der polnischen Landbanken natürlich gefährlich. Da die ihnen entgegenwirkenden Selbsthilfeorganisationen der Deutschen noch jung und schwach sind und trotz oder vielleicht wegen der Unterstützung durch die Ansiedlungskommission, die *Mittelstandskasse* in Posen und die *Bauernbank* in Danzig bisher im Kampf um den Boden wenig geleistet haben, soll bekanntlich das Parzellierungsgesetz, das dem preußischen Abgeordnetenhaus in der gegenwärtigen Session vorgelegt werden wird, der Tätigkeit dieser polnischen Parzellierungsbanken neue Hindernisse in den Weg legen (siehe hierzu diese Rundschau, 1910, 3. Band, pag. 1330 ff.).

× **Kleinsiedlungsgenossenschaften** ×

Zwar an Zahl (es gab ihrer 1911 in Posen und Westpreußen 31) sind die deutschen Kleinsiedlungsgenossenschaften

den polnischen gewachsen. Auch ihre Besiedelungstätigkeit kann sich sehen lassen; denn bis Ende 1910 hatten sie 866 Stellen in der Gesamtgröße von 756 Hektar für 5917289 Mark verkauft. Aber diese Erfolge sind mehr der behördlichen Unterstützung als der eigenen finanziellen Kraft der deutschen Landgenossenschaften zu danken. Durch Ministerialerlaß vom 10. September 1910 ist die Art und Weise der behördlichen Fürsorge geändert worden. Die Bildung der Kleinsiedelungsrentengüter geschieht seither nicht mehr durch Vermittlung der Generalkommission zu Bromberg sondern der *Deutschen Mittelstandskasse* zu Posen im Bereich der Provinz Posen und der *Deutschen Bauernbank* zu Danzig im Bereich der Provinz Westpreußen. Das Rentenskapital wird aus dem Ansiedlungsfonds ausgelegt, und zwar als ein mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinsliches und mit $\frac{1}{2}\%$ in etwa 60 Jahren tilgbares Darlehen. Infolgedessen erhalten die Genossenschaften das Rentenskapital nicht mehr wie früher in Rentenbriefen (wobei sie bei dem niedrigen Kurs dieser Papiere einen Kursverlust von 10% erlitten) sondern in bar ausgezahlt. Die wichtigste Änderung besteht jedoch darin, daß der Staat für jede neubegründete Rentenstelle, die den vorgeschriebenen Bedingungen entspricht, den Genossenschaften eine Prämie von 1000 Mark aus dem Ansiedlungsfonds als zinsloses Darlehen gewährt. Prämienfähig sind im allgemeinen Gehöfte mit Einfamilienhäusern, deren Land- und Gebäudeumfang das für einen Arbeiter oder Handwerker Landesübliche nicht überschreitet. Während die Kleinsiedelung in Posen und Westpreußen von den Behörden aus nationalpolitischen Gründen gefördert wird, hat sie in anderen Provinzen des Ostens noch vielfach den Widerstand der vom Großgrundbesitzerinteresse beherrschten lokalen Selbstverwaltungsbehörden zu überwinden. Beispielsweise versagte die Kreisverwaltung des pommerschen Kreises Pyritz der dortigen lokalen Ansiedlungsgesellschaft jede Mit Hilfe, weil sie die Kleinsiedelungen »aus sozialen, politischen und jagdlichen (!) Gründen« nicht für erwünscht halte (siehe hierzu diese Rundschau, 1909, 3. Band, pag. 1459, und 1911, 2. Band, pag. 1130 ff.).

×
Feuerungs-
debatten

Der Reichskanzler hat in der Reichstagssitzung vom 27. November gesagt, daß er sich »sehr häufig an den Aufsätzen

von Schippel, Schulz und anderen Herren erfreut« hätte. Ich freue mich über dieses Interesse, das der Reichskanzler sozialistischen Darlegungen entgegenbringt, und ich möchte hoffen, daß es auch in den politischen Maßnahmen der Regierung seinen Ausdruck finden wird. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion glaubte dem Reichskanzler mit der Bemerkung antworten zu sollen, daß die genannten sozialdemokratischen Schriftsteller mit ihren Ansichten innerhalb unserer Partei vorläufig noch eine kleine Minderheit bildeten. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Behauptung ebenso unbeweisbar wie nichts beweisend ist, hätte es mir richtiger geschienen, wenn der Redner lieber auf den Inhalt der Arbeiten selber eingegangen wäre (die er doch wohl gekannt hat) und auf die Nichtübereinstimmung zwischen den anerkennenden Worten des Reichskanzlers und der Politik, die von der Regierung tatsächlich unterstützt wird, hingewiesen hätte. In der speziellen Frage der Fleischversorgung, um die es sich in jenen Debatten handelte, ist in den *Sozialistischen Monatsheften*, und namentlich mit besonderer Ausführlichkeit in meinen Artikeln, nicht die (von den Rednern der Rechten und der Regierung in jener Sitzung verteidigte) Auffassung vertreten worden, daß der Fleischkonsum der arbeitenden Bevölkerung eingeschränkt werden müsse, vielmehr im Gegenteil die, daß die deutsche Fleischproduktion so gesteigert werden sollte und könnte, daß das Bedürfnis vollständig gedeckt würde. Es ist darin betont worden, daß in Notstandszeiten auch ausländisches Fleisch herangezogen werden dürfte, daß aber eine dauernde und durchgreifende Besserung nur durch die notwendige Steigerung der eigenen Produktion des Landes bewirkt werden könne. Neben den Maßnahmen, die den Fleischproduzenten auf der einen Seite vor dem Ausland schützen, auf der andern auch entlasten sollen (zu diesen gehört die in jenen Aufsätzen verlangte Aufhebung der Futtermittelzölle), wurde da als das vornehmste und einzig durchgreifende Mittel die energische Inangriffnahme der innern Kolonisation bezeichnet, die namentlich im Osten der preußischen Monarchie an Stelle der Großgüter kleine Bauernexistenzen mit rationellem, intensivem Betrieb zu schaffen hätte; also das Gegenteil der Politik, die von den in der Rechten vertretenen Großgrundbesitzerinteressen verlangt und von der Re-

gierung in wesentlichen Punkten mitgemacht wird.

Es soll freilich nicht verkannt werden, daß, wenn die Regierung ihre wiederholt ausgesprochenen Sympathieen für die Kolonisation des Ostens im großen Maßstab nicht in die Tat umsetzt, dies auch daran liegt, daß sie dabei im preußischen Landtag nicht die Mehrheit der regierenden konservativen Partei fände. Will sie also ihre Worte verwirklichen, so muß sie vor allen Dingen auf eine Beseitigung der ausschlaggebenden Stellung der Konservativen durch eine Reform des preußischen Wahlrechts hinarbeiten. Solange sie in diesem Punkt versagt, kann jenem von der Regierung geäußerten theoretischen Interesse ihre politische Haltung in der Praxis nicht entsprechen. Dies auszuführen und unter Berufung auf den Inhalt der vom Reichskanzler angeführten Artikel des nähern zu begründen hätte der Redner unserer Fraktion nicht unterlassen sollen. Er hätte damit von seinem Standpunkt aus sicherlich wirksamer operiert als durch den Hinweis auf einen ganz gleichgültigen und äußerlichen Nebenumstand, der durch seine ermüdende Wiederholung an der Beweiskraft der in den *Sozialistischen Monatsheften* vertretenen Auffassungen ja doch nichts zu ändern vermag.

Es darf in diesem Zusammenhang wohl daran erinnert werden, daß gerade in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits im November 1911 die diesjährige Teuerung vorausgesagt wurde (siehe meinen Artikel *Zur Abwehr der Lebensmittelteuerung*, 1911, 3. Band, pag. 1463 ff.), und zwar, wegen der Kartoffelmissernte, gerade eine schwere Teuerung des Schweinefleisches, eine verschlimmerte Wiederholung der Schweineteuerungsperiode 1905-1906, wobei der Optimismus des Landwirtschaftsministers und die Schlüsse, die er aus der Steigerung der Schweineauftriebszahlen zog, ausdrücklich als unberechtigt hingestellt wurden. Vielleicht hätte dem drohenden Unheil noch zum Teil vorgebeugt werden können, wenn man an den maßgebenden Stellen der Regierung und aller Parteien die Vorschläge, die an die dargelegten Tatsachen und Argumente seinerzeit hier geknüpft wurden, mit Energie aufgegriffen hätte.

× **Kurze Chronik** Das preußische Rentengutsgesetz von 1891 hat am 7. Juli 1912 20 Jahre in Wirksamkeit gestanden. In diesen

20 Jahren wurden 18 187 Rentengüter ausgelegt, wobei natürlich die von der Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen begründeten, ungefähr ebenso zahlreichen Rentengüter nicht berücksichtigt sind. Von den unter Vermittlung der Generalkommissionen errichteten Rentengütern sind 3911 unter 2½ Hektar, 2537 über 2½ bis 5 Hektar, 4415 über 5 bis 10 Hektar, 5739 über 10 bis 25 Hektar, 1585 Restgüter über 25 Hektar groß. Aufgeteilt wurden ganz oder teilweise 4933 Güter mit einem Flächengehalt von 390 369 Hektar. Der Kaufpreis der Rentengüter beträgt in Rente 6¼ Millionen, in Kapital 47¼ Millionen Mark, ihr Taxwert erreicht fast 218 Millionen Mark. Aus dem Verkauf sind aufgekomen an Anzahlungen 32%, an Rentenbriefen 146¼ und an Hypotheken 11¼ Millionen Mark. Von den Rentengütern sind 14 686 Neuansiedlungen, 3501 Zukäufe. Sie umfassen 2723 Hektar Hofraum und Garten, 148 198 Hektar Acker, 35 769 Wiese und Hutung, 13 142 Holzung sowie 7664 Hektar Wege, Gewässer und Unland. Auf Pommern kommen 3898 Rentengüter, auf Westpreußen 3289, Ostpreußen 3180, Posen 2355, Schlesien 1518, Westfalen 1322, auf die übrigen Provinzen weniger als 1000 Rentengüter. × Nach der im Frühjahr 1912 dem preußischen Abgeordnetenhaus überreichten Denkschrift über die Verwendung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreußen, Pommern und dem Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder für das Etatsjahr 1910 beteiligten sich an der Binnensiedlung außer den oben genannten privaten Gesellschaften vorwiegend öffentlichrechtliche Verbände und außer der *Landbank* wenigstens in Pommern auch noch Private, speziell Gutseigentümer, die ihr Gut mit Hilfe der Generalkommission respektive des zuständigen Spezialkommissars selbst aufteilen und besiedelten. In Pommern wurden der Generalkommission zu Frankfurt an der Oder im Jahr 1910 von privater Seite 9 Liegenschaften mit 787 Hektar und in der ersten Hälfte des Rechnungsjahrs 1911 7 Liegenschaften mit 608 Hektar zur Aufteilung in Rentengüter angeboten. Mehrere Angebote geringern Umfangs bezweckten die Ansiedlung von Landarbeitern. Es wurden 1910 309 neue Wohnhäuser und 567 neue Wirtschaftsgebäude auf Rentengütern aufgebaut. Die wirtschaftliche Lage der Ansiedler in den 3 Provinzen ist durchweg befriedigend.





JEAN BAPTISTE VON SCHWIENTZER /
NACH SEINER HANDZEICHNUNG AUS
SEINER STUDIENTENZEIT